



25. Sitzung

Mittwoch, 1. April 2009

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsidentin Nebahat Güclü und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Aktuelle Stunde	1467	Fraktion der CDU:	
Fraktion der SPD:		Hamburg – starker Gesundheits- und Medizinstandort	
Drei Jahre nach dem Sonderausschuss "Vernachlässigte Kinder": Verbindliche Vorsorgeuntersuchungen immer noch nicht umgesetzt!		(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Carola Veit SPD	1467, 1481	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Stephan Müller CDU	1468, 1478, 1482	Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts	
Christiane Blömeke GAL	1469, 1479, 1481, 1482	– Drs 19/516 –	1483
Mehmet Yildiz DIE LINKE	1471	Ergebnis	1483
Dietrich Wersich, Senator	1471	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Britta Ernst SPD	1473	Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts	
Egbert von Frankenberg CDU	1474	– Drs 19/1834 –	1484
Linda Heitmann GAL	1475	Ergebnis	1484
Kersten Artus DIE LINKE	1476		
Dirk Kienscherf SPD	1477		
Thomas Böwer SPD	1480		
Fraktion der GAL:			
Keine Flaschen auf dem Kiez			
(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)			
Fraktion DIE LINKE:		Bericht des Haushaltsausschusses zum Thema:	
Neues Schulgesetz: Zwei Säulen – zwei Begabungen			
(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)			

Sachstandsbericht zur HSH Nordbank (Selbstbefassungsangelgenheit) sowie über die Drucksache 19/2428:HSH Nordbank:Strategische Neuausrichtung (Senatsantrag)	mit	Große Anfrage der Fraktion der SPD:
– Drs 19/2617 –	1485	Vorsorgeuntersuchungen nach SGB V sowie gemäß Hamburgischem Kinderbetreuungs-gesetz (KibeG): Welche Kinder werden bisher vom Senat trotz gesetzlicher Verpflichtung nicht untersucht und was unternimmt der Senat gegen die geringere Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen in sozial schwächeren Stadtteilen?
dazu		– Drs 19/2412 –
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und GAL:		Beschlüsse
HSH Nordbank AG		Antrag der Fraktion der SPD:
– Drs 19/2693 (Neufassung) –	1485	Zwei-Klassen-Medizin in Hamburg: Ungerechte kassenärztliche Versorgung in den Stadtteilen
Jens Kerstan GAL	1485, 1500	– Drs 19/2497 –
Frank Schira CDU	1487	Anja Domres SPD
Michael Neumann SPD	1489	Harald Krüger CDU
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	1493, 1507	Linda Heitmann GAL
Dr. Michael Freytag, Senator	1496	Kersten Artus DIE LINKE
Rüdiger Kruse CDU	1502	Dr. Martin Schäfer SPD
Dr. Peter Tschentscher SPD	1503	
Dora Heyenn DIE LINKE	1505	
Andreas Waldowsky GAL	1506	
Beschlüsse	1509	
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:		
Strafvollzug		
– Drs 19/2073 –	1509	
Christiane Schneider DIE LINKE	1509	
André Trepoll CDU	1511	Beschlüsse
Stefan Schmitt SPD	1513	Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Farid Müller GAL	1514	
Dr. Till Steffen, Senator	1515	
Beschluss, Besprechung erfolgt	1518	Integration durch Sport – ein Heimathafen für die "St. Pauli Buccaneers"
Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:		– Drs 19/2593 –
Neustrukturierung des gesundheitlichen Vorsorgeangebots für Kinder im Vorschulalter		Thomas Kreuzmann CDU
– Drs 19/2463 –	1518	Martina Koeppen SPD
dazu		Horst Becker GAL
Antrag der Fraktion der SPD:		Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE
Gesetz zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung, Missbrauch und Misshandlung		
– Drs 19/2700 –	1518	Beschluss
		Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:

Erweiterung der sozialtherapeutischen Abteilung im Jugendstrafvollzug – Drs 19/2595 (Neufassung) –	1528	Koalitionsvorhaben in der Zuständigkeit der Sozialbehörde: Tricksen, Täuschen, Verbergen – die Geheimniskrämerei von Senator Wersich – Drs 19/2056 –	1529
Beschlüsse	1528	Beschluss, Besprechung beantragt	1529
Antrag der Fraktion der SPD:			
Das Hamburgische Petitionsrecht bürgerfreundlicher gestalten durch Einführung der elektronischen Eingabe (E-Eingabe) – Drs 19/2495 –	1528	Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:	
Beschlüsse	1528	Konzept für den Verkehr im Hafen und auf den Elbinseln Veddel/Wilhelmsburg – Drs 19/2066 –	1529
Bericht des Eingabenausschusses:		Beschluss, Besprechung beantragt	1529
Eingaben – Drs 19/2458 –	1528	Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksache 19/1814:	
Bericht des Eingabenausschusses:		Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (Senatsantrag) – Drs 19/2401 –	1529
Eingaben – Drs 19/2459 –	1528	Beschlüsse	1529
Bericht des Eingabenausschusses:		Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 19/443:	
Eingaben – Drs 19/2460 –	1528	Rettung der reformierten gymnasialen Oberstufe –Modernisierung statt Abschaffung des bewährten Leistungs- und Grundkurssystems (Antrag der SPD-Fraktion) – Drs 19/2158 –	1529
Beschlüsse	1528	Beschluss	1529
Sammelübersicht	1528	Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Drucksache 19/1743:	
Beschlüsse	1528	Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Vergabegesetzes (Antrag der SPD-Fraktion) – Drs 19/2424 –	1529
Große Anfrage der Fraktion der SPD:		Beschluss	1530
Konzepte zur ambulanten Versorgung für Menschen mit Behinderung – Drs 19/1882 –	1529	Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/1632:	
Beschluss, Besprechung beantragt	1529		

103. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Grün- und Wohnbauflächen an der Holtenklinker Straße in Bergedorf)		Beschluss	1530
88. Änderung des Landschaftsprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg (Grün- und Wohnbauflächen an der Holtenklinker Straße in Bergedorf) (Senatsantrag)		Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:	
– Drs 19/2464 –	1530	Entwicklung eines Konzepts zur Verringerung CO₂-intensiver Abfalltransporte bei der Müllverbrennungsanlage Rugenberger Damm unter besonderer Berücksichtigung der Hafenumlage	
		– Drs 19/2594 (Neufassung) –	1530
Beschluss	1530	Beschlüsse	1530
Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 19/1255:		Antrag der Fraktion der CDU:	
"Ausweisungspflicht und individuelle Kennzeichnung von Polizeibediensteten"		Infrastrukturprojekte des Masterplans Industrie	
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG) (Antrag der Fraktion DIE LINKE)		– Drs 19/2596 –	1530
– Drs 19/2598 –	1530	Beschlüsse	1531
Beschluss	1530		
Antrag der Fraktion der SPD:			
Einrichtung einer Ombudsstelle bei der team.arbeit.hamburg			
– Verbesserung des Beschwerdemanagements			
– Drs 19/2494 –	1530		
Beschluss	1530		
Antrag der Fraktion der GAL:			
Verbesserung der Verkehrsleistung der S3 und S31			
– Drs 19/2510 –	1530		
Beschluss	1530		
Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:			
Sport statt Gewalt: Ein Skateplateau für St. Pauli und die Neustadt			
– Drs 19/2592 –	1530		

Beginn: 15.03 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Heute beginne ich zunächst mit Geburtstagsglückwünschen. Sie gehen heute an unsere Kollegin Frau Kersten Artus, das kann man an den Blumen auf ihrem Tisch auch schon ersehen. Liebe Frau Artus, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen recht herzlich zu Ihrem Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute für das neue Lebensjahr.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen dann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind heute vier Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Drei Jahre nach dem Sonderausschuss "Venachlässigte Kinder": Verbindliche Vorsorgeuntersuchungen immer noch nicht umgesetzt!

von der GAL-Fraktion

Keine Flaschen auf dem Kiez

von der Fraktion DIE LINKE

Neues Schulgesetz: Zwei Säulen – Zwei Begabungen?

und von der CDU-Fraktion

Hamburg – starker Gesundheits- und Medizinstandort.

Ich rufe nun das erste Thema auf. Wird das Wort gewünscht? – Frau Veit, bitte.

Carola Veit SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die schwarz-grüne Koalition hat gestern mit einer mehr als dürrtigen Begründung die Befassung mit dem traurigen Tod der kleinen Lara aus Wilhelmsburg im Jugendausschuss verhindert,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Veragt!)

weil Sie hoffen, die schweren Versäumnisse der Sozialbehörde so unter den Tisch kehren zu können.

(Beifall bei der SPD)

Das war kurzsichtig, Herr Senator Wersich. Wir werden diese Debatte dennoch führen, wir werden reden über die Lücken beim Kinderschutz in dieser Stadt und auch über Ihre Versäumnisse.

(Hans-Detlef Roock CDU: Dann laden Sie man mal Herrn Schreiber vor!)

Statistik hilft uns hier nicht viel, am Ende geht es immer um das eine Kind, bei dem das Hilfesystem nicht funktioniert hat.

In Hamburg waren es allerdings in den vergangenen Jahren deutlich mehr als eines. Nicht nur Lara ist tot, Jessica aus Jenfeld auch. Bianca und Brian aus Wilhelmsburg schiefen im Müll. Michelle aus Lohbrügge ist trotz Familienhilfe in der eigenen Wohnung umgekommen und Lea aus Wilstorf wurde erst in letzter Minute gerettet.

Das sind alles Hamburger Kinder, bei denen das Hilfesystem versagt hat, Herr Senator Wersich. Alle Experten betonen, dass die Fälle, die bekannt werden, nur die Spitze des Eisbergs sind. Aber selbst wenn es keine Dunkelziffer gäbe, wäre ein Kind schon zuviel, ich habe Ihnen gerade fünf genannt.

Vor vier Jahren haben wir uns in einem Sonderausschuss mehr als ein halbes Jahr lang in vielen Sitzungen und Expertenanhörungen mit dem Fall der kleinen Jessica beschäftigt. Am Ende haben wir einstimmig einen sehr konkreten Maßnahmenkatalog an den Senat verabschiedet.

Wir wollten Familienhebammen für alle Mütter, die das brauchen. Sie gehen bis zu einem Jahr nach der Geburt regelmäßig in die Familien; Sie haben das nicht umgesetzt. Wir waren uns einig, dass der ASD angemessen besetzt und ausgestattet werden muss,

(Stephan Müller CDU: Zum Thema!)

auch für aufsuchende Arbeit. Bis heute gibt es nicht einmal eine Bedarfsanalyse und die schlecht bezahlten Stellen können nur schwer besetzt werden. Laras Akte wurde immer wieder auf Wieder Vorlage gelegt.

Wir waren uns einig, dass wir eine Zertifizierung und eine Qualitätsoffensive für die Freien Träger wollen. Auch das haben Sie nicht umgesetzt. Wir waren uns einig, dass ein ganz besonders wichtiges Instrument zum Schutz der Kinder die lückenlose Teilnahme an allen Vorsorgeuntersuchungen ist. Deshalb – da waren wir uns damals alle einig – sollten diese Untersuchungen verbindlich werden.

Aber nichts ist geschehen und noch immer steht es im Belieben der Eltern, ob die Kinder zum Arzt kommen oder nicht. Damit ist Hamburg inzwischen eine Ausnahme. Von den 15 anderen Bundesländern haben mittlerweile elf eine landesgesetzliche Regelung und die vier anderen zumindest einen Gesetzesentwurf, Herr Wersich. Zweimal haben Sie von der CDU unseren Gesetzesentwurf für verbindliche Vorsorgeuntersuchungen, den wir hier eingebracht haben, abgelehnt. Sie haben sich damit auch nie wirklich auseinandergesetzt, etwas Eigenes vorgeschlagen haben Sie schon gar nicht. Das war und ist verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD)

(Carola Veit)

Unsere Große Anfrage, die wir schon vor Laras Tod gestellt hatten, hat erschreckende Zahlen ergeben, zum Beispiel, dass in Jenfeld, Altona-Altstadt oder Wilhelmsburg, der Veddel oder St. Pauli nur um die 60 Prozent der Kinder regelmäßig einem Kinderarzt vorgeführt werden. Viele Kinder dort sind auf Hilfe angewiesen und die verweigern Sie ihnen.

Wir beschäftigen uns nachher noch mit dem Antrag von Schwarz-Grün, der den Senat auffordert, ein Modellprojekt zu erarbeiten und probeweise zwei von zehn Untersuchungen verbindlich zu machen; ein kleines Modellprojekt, drei Jahre nach dem Sonderausschuss. Auch das ist verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD)

Denn klar ist doch, Herr Wersich, egal, ob ein Kind bei den Eltern lebt, in einem Heim, einer Pflegefamilie oder ob die Mutter eine Familienhilfe bekommt, hätte Hamburg verbindliche Vorsorgeuntersuchungen, dann wäre sichergestellt, dass ein Arzt das Kind auch wiederholt auf mangelhafte Versorgung, auf Krankheit oder sogar Misshandlungen untersucht.

Dabei will natürlich niemand ein System, das Eltern unter Generalverdacht stellt. Die große Mehrheit der Hamburger Kinder ist bei ihren Eltern in guter Obhut. Über die reden wir hier nicht. Wir reden über die Hamburger Kinder, die unsere Hilfe wirklich benötigen.

Ich glaube, es gibt einen sehr breiten gesellschaftlichen Konsens darüber, dass es dabei keinen Raum gibt für die Frage, ob Vater oder Mutter Lust haben, ihr Kind regelmäßig einem Kinderarzt vorzustellen oder nicht. Sie, Herr Senator Wersich, stehen da ganz weit im Abseits. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Müller.

Stephan Müller CDU:* Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Frau Veit, Sie haben eine sehr schlimme Rede gehalten,

(Beifall bei der CDU und bei *Andreas Waldowsky* GAL)

die sich ausschließlich auf Schuldzuweisungen zurückzieht. Sie möchten den Eindruck hinterlassen, der Senat beziehungsweise Senator Dietrich Wersich wären an dem Tod der kleinen Lara in irgendeiner Weise schuld.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das hat sie nicht gesagt!)

Dabei haben Sie sich selbst schon einmal ganz anders dargestellt; ich verweise auf Ihre Internetseite, die nachlesbar ist. Da haben Sie kurz nach dem

Bekanntwerden des Falles Lara gesagt, dass Sie traurig und betroffen seien, das nehme ich Ihnen auch ab. Aber ansonsten haben Sie auch gesagt, Sie wollten keine Vorverurteilungen aussprechen, bevor alle Informationen lückenlos auf dem Tisch lägen, denn Schnellschüsse würden niemandem weiterhelfen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das sind Ihre Worte, Frau Veit. Wir alle wissen, dass in diesem ganz speziellen Fall uns einfach noch wichtige Fakten fehlen. Wir sind noch nicht in der Lage zu erklären, an welchen Ursachen dieses Kind gestorben ist. Wir haben keine Aussage der Betreuerin. Sie selbst wissen auch, dass das Berichtswesen der Träger an das Jugendamt mehr als mangelhaft war. Insofern kann Ihr Stil, hier Schuldzuweisungen zu machen, allerdings auch nach hinten losgehen, spätestens dann, wenn sich der Verdacht erhärtet, dass im Hilfeplan beziehungsweise im Hilfeverlauf möglicherweise Fehler gemacht worden sind. Dann erwarte ich von Ihnen, dass Sie sich hier genauso hinstellen und die Schuldzuweisungen an den zuständigen Bezirk geben.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Darum ging es eben doch gar nicht, Herr Müller!)

Das ist das Jugendamt Hamburg-Mitte, aber das werden Sie vermeiden, weil Sie dann nämlich auf Ihre eigenen Leute eingehen müssten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Noch etwas, Frau Veit. Ich muss mich beeilen, weil die Zeit immer sehr knapp hier ist. Es tut mir leid, es mag arrogant klingen, aber ich gebe Ihnen einmal etwas Nachhilfe in Ausschussvorsitz, Frau Veit.

(Zurufe von der SPD)

Nicht der Senator ist derjenige, der einen Tagesordnungspunkt vertagen kann, sondern lediglich die Fraktion. Und das haben wir getan, das ist auch falsch in Ihrer Pressemitteilung.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – *Michael Neumann SPD:* Auf Anweisung!)

Es ist richtig, dass der Sonderausschuss " Vernachlässigte Kinder" die Forderung einer Bundesratsinitiative zu U-Untersuchungen enthielt, deswegen eine Bundesratsinitiative, weil wir uns einig waren, dass dieses auf Bundesebene zu bewegen wäre. Diese Initiative hat es auch gegeben. Hamburg war sich mit fast allen Bundesländern einig über die Ausgestaltung der Früherkennungsuntersuchungen und natürlich auch der Verpflichtung der Datenübermittlung an Jugendämter und Gesundheitsämter.

(Stephan Müller)

Das ist aus mehreren Gründen gescheitert. Aber ein Grund war unter anderem, Frau Veit, dass die Bundesregierung diese Forderungen abgelehnt hat. Ich frage Sie einmal, ob Sie denn wissen, wer die zuständige Bundesministerin war. Das war Frau Ulla Schmidt aus der SPD.

(Beifall bei der CDU – *Olaf Böttger CDU*: Hör! Hör!)

Ihre Große Anfrage hat im Ergebnis auch gezeigt, dass es in der ganzen Republik, auch in den SPD-geführten Bundesländern, keinen Teilnahmepflicht für U-Untersuchungen gibt.

Nun brüsten Sie sich damit, hier schon zweimal Gesetzesentwürfe eingebracht zu haben

(*Ties Rabe SPD*: Machen Sie doch mal selbst einen!)

– und heute wieder einen Zusatzantrag, übrigens ganz schlecht gemacht, da steht noch 18. Wahlperiode drauf, das hätten Sie gerne mal mit Tipp-Ex entfernen können –, und mit Ihren Gesetzesentwürfen verbindliche Vorsorgeuntersuchungen in diesem Haus beantragen wollten. Schaut man nun hinein, dann stellt man fest, dass dort nichts von verbindlicher Vorsorgeuntersuchung steht. Das ist ein verbindliches Einladesystem, ich weiß gar nicht, ob Sie den Unterschied kennen. Eine Verbindlichkeit im Einladesystem ist etwas ganz anderes, Frau Veit.

Sie betreiben hier Etikettenschwindel, indem Sie das Thema verbindliche Untersuchungen anmelden und dieses selbst nie beantragt haben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es ist richtig, dass wir heute debattieren und auch beschließen werden, ein verbindliches Einladesystem vorläufig bei U6- und U7-Untersuchungen einzuführen. Das Ziel ist klar, wir wollen Hilfen an Kinder und Familien vermitteln, die diese auch benötigen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das ist doch gar nicht Ziel des Antrags!)

– Herr Kienscherf, Sie sind gleich noch dran.

Wenn diese Kinder eben nicht an den Untersuchungen teilnehmen, schaltet sich das Jugendamt entsprechend ein und kann dann auch bedarfsgerecht Hilfemaßnahmen einleiten, die dann auch in einer sozialpädagogischen Familienhilfe enden können.

Nun schlage ich einmal den Bogen zum Fall Lara. In diesem Fall hat es eine sozialpädagogische Familienhilfe konkret schon gegeben. Das, was wir und Sie mit diesem Antrag erreichen wollen, ist doch, dass eine sozialpädagogische Familienhilfe in die Familie kommt. Insofern ist das schon der zweite Schritt, da waren Sie etwas zu schnell.

Den Eltern zufolge erkrankte das Kind Mitte Februar. Wenn man einmal zurückrechnet, wäre die letzte Untersuchung für die kleine Lara im Dezember fällig gewesen. Da stellt sich doch klar die Frage, ob denn eine U-Untersuchung in diesem Fall schon einen Befund oder ein Krankheitsbild hätte erkennen lassen.

Es ist sehr wichtig, viel sachlicher mit dieser Thematik umzugehen. Die Frage ist doch hier ganz klar: Was passiert denn, wenn ein Kind akut erkrankt? Dann muss es zum Arzt gebracht werden, dafür sind die Eltern da und dafür ist die sozialpädagogische Familienhilfe da.

(Glocke)

Ich werde noch einmal wiederkommen müssen. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gerade nach dem Redebeitrag von Frau Veit ist mir wieder klar geworden, dass wir zunehmend in dieser Debatte um die Vorsorgeuntersuchungen eine Schräglage bekommen, die dringend korrigiert werden muss.

Durch die Darstellung in den Medien, die aber auch immer von der SPD in der Richtung gefüttert werden, wird der Eindruck erweckt, dass wir nur verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen bräuchten und kein Kind würde mehr Vernachlässigung erleiden oder gar an Vernachlässigung sterben.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das haben wir nie gesagt, Frau Blömeke!)

Herr Kienscherf, das ist ein sehr verkürzter Lösungsansatz für die komplexe Problemlage, die wir bei Kindesvernachlässigung haben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir müssen uns alle immer klar machen, dass Vorsorgeuntersuchungen keine Wunderwaffe gegen Kindesvernachlässigung sind,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das haben wir nie behauptet, Frau Blömeke!)

ebenso wenig wie Kinderärzte keine Elternpolizei sein können und auch nicht sollen. Vorsorgeuntersuchungen sind ein Baustein im Maßnahmenkatalog für mehr Kinderschutz, nicht mehr und auch nicht weniger.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Blömeke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kienscherf?

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

(Klaus-Peter Hesse CDU: Der hat später das Wort!)

Christiane Blömeke (fortfahrend): – Genau, Herr Kienscherf steht auch noch auf der Rednerliste.

Dass Vorsorgeuntersuchungen nur ein Baustein im Kinderschutz sind, sollte uns der Fall Lara auch deutlich machen. Der Fall Lara ist eine komplexe Problematik in punkto Kindesvernachlässigung, die nicht nur den Schrei nach Vorsorgepflicht auslösen kann. Ich habe aber zunehmend das Gefühl, dass die Diskussion hier in die völlig falsche Richtung geht.

Lara hatte eigentlich – eigentlich, betone ich – die beste Vorsorge gehabt, die wir uns fachpolitisch wünschen können. Es gab bereits von Geburt an eine Betreuung durch das Jugendamt, es gab eine mehrmals in der Woche stattfindende Familienhilfe. Eine derart intensive Betreuung ist eigentlich mehr wert als jede Vorsorgeuntersuchung in größeren Zeitabständen.

Die Fragen, die wir uns stellen müssen, die auch richtig sind und beantwortet werden müssen, sind doch ganz andere. Das ist zum Beispiel die Frage, ob die Hilfeplanung des Jugendamts Hamburg-Mitte wirklich fachlich richtig angelegt war. Gab es Mängel bei der Durchführung durch den Freien Träger? Warum hat die Familienhelferin nicht bemerkt, dass das Kind immer dünner wurde? Wurden die fachlichen Standards, die übrigens der Bezirksamtsleiter Schreiber nicht erst erfinden musste, sondern die es bereits gibt, eingehalten oder nicht? Bemerkenswert ist auch die Aussage der Mutter, die sagte, sie hätte Lara nicht zum Arzt gebracht, weil sie Angst vor dem Jugendamt hatte. Das sind doch Fragen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

Mich wundert, dass Frau Veit sich noch einmal hier hinstellt nach der Sitzung gestern, in der wir gemeinschaftlich mit der Vorsitzenden vereinbart hatten – und den Vorsitz im Ausschuss hat Frau Veit –, das Thema von der Tagesordnung zu nehmen, wenn es keine neuen Erkenntnisse gibt.

(Carola Veit SPD: Das stimmt doch nicht! Das ist eine Lüge, Frau Blömeke!)

Mit den Fragen zu diesem Fall werden wir uns auseinandersetzen und wir werden eine lückenlose Aufklärung machen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Haben Sie einen Freibrief oder was! – Dirk Kienscherf SPD: Das ist gelogen!)

Deswegen haben wir das Thema auf den 21. April vertagt, wenn dann die Erkenntnisse hier vorliegen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Kienscherf und Frau Veit, ich ermahne Sie, zur parlamentarischen Gelassenheit zurückzukehren.

Christiane Blömeke (fortfahrend): Wir können jetzt hier in parteipolitische Plänkeleien verfallen, aber ich glaube, das ist nicht das, was bei diesem Fall interessiert.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Zurück zu den Vorsorgeuntersuchungen. Unabhängig vom Fall Lara hatte diese schwarz-grüne Koalition bereits einen Antrag eingereicht, die Vorsorgeuntersuchungen mit einem verbindlichen Einladewesen auszustatten. Es geht hier nicht um eine Pflichtteilnahme und auch nicht um Zwangsmaßnahmen, sondern darum, dass wir die Familien identifizieren wollen, die möglicherweise Hilfebedarf und Unterstützungsbedarf haben. Das kriegen wir hin durch ein verbindliches Einladewesen. Früherkennungsuntersuchungen können Hinweise auf mögliche Defizite in diesem Bereich geben. Es ist auch richtig, bislang haben wir nur die U6 und U7 mit diesem verbindlichen Einladewesen ausgestattet.

Ich finde es auch legitim, jetzt zu fragen, ob das ausgeweitet werden soll, vielleicht auf frühere U-Untersuchungen. Aus diesem Grund – deshalb greife ich jetzt auch der Debatte nachher vorweg – sind wir durchaus dafür, im Gesundheitsausschuss eine Expertenanhörung zu diesem Thema zu machen.

(Carola Veit SPD: Aber Sie stimmen es doch heute hier ab!)

Dann würden Sie vielleicht auch die Erfahrungswerte anderer Bundesländer mit aufgreifen, die möglicherweise – wir gehen offen in die Sitzung hinein – auch zu dem Ergebnis kommen, dass Vorsorgeuntersuchungen kein Kinder-TÜV sind und dass viel wichtiger als Vorsorgeuntersuchungen die Angebote der frühen Hilfe sind. Frühe Hilfen wie Familienhebammen, Beratungsangebote, Stärkung der Elternkompetenz, Betreuung durch das Jugendamt, das alles sind Hilfen, die wahrlich nachhaltig sind. Ein Baustein von den Maßnahmen zum Kinderschutz sind die verbindlichen Vorsorgeuntersuchungen, die uns ebenso wichtig sind wie Ihnen, Frau Veit.

Der Vorwurf, dieser Senat hätte nicht gehandelt, trifft diesen Schwarz-Grün-Senat bestimmt nicht. Wir haben die Anzahl der Familienhebammen verdoppelt und die Anzahl der ASD-Mitarbeiter um insgesamt 40 aufgestockt. Was Sie behaupten, entspringt Ihrer Fantasie.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Tod Laras ist eine weitere Tragödie in der Geschichte unserer Stadt. Es ist nicht das erste Mal, dass so etwas passiert ist, und sicher auch nicht das letzte Mal, dass ich mit ansehen muss, wie die CDU-GAL-Koalition mit solchen tragischen Fällen umgeht.

Seit mehr als vier Jahren verspricht der Senat vollmundig, eine Regelung zu Vorsorgeuntersuchungen für alle Kinder zu schaffen und Lücken in den Vorsorgeuntersuchungen zu schließen. Ich verweise auf die Worte der ehemaligen Sozialsenatorin Frau Schnieber-Jastram – ich zitiere –:

"... werden wir die Empfehlungen des Ausschusses umsetzen ... Ich nenne hier beispielsweise die Initiative, die U1- bis U9-Untersuchung verpflichtend zu machen."

Wir sehen, dass sich rein gar nichts getan hat. Seit dem Tod der kleinen Jessica, der Anlass zu diesen Versprechungen war,

(Harald Krüger CDU: Haben Sie Frau Blömeke eben nicht zugehört?)

ist immer noch keine der U1- bis U9-Untersuchungen verpflichtend.

Nennen Sie mir einen Grund, warum man nicht alle Vorsorgeuntersuchungen verpflichtend machen sollte? Mehr als die Kostenfrage werden Sie hier nicht anführen können. Warum werden Sie so geizig, wenn es um die sozial Schwachen in dieser Stadt geht? Wenn aber auch die Vorsorgeuntersuchungen gesetzlich verpflichtend sind, was wir wollen, sollte das nicht dazu führen, dass man die Hilfsangebote streicht.

Senator Wersichs Konzept zeigt – er drückt sich wie üblich bei der CDU in wirtschaftlichem Fachjargon aus –, dass die Hilfen im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes immer weiter gesenkt wurden. Am Beispiel der kleinen Lara wird die Kostensenkungspolitik des Senators im Kinder- und Jugendbereich deutlich. In seinem Konzept gibt er als Ziel an, die Hilfebezugsdauer zu senken.

Durch die vom CDU-GAL-Senat diktierten Sparmaßnahmen wird großer Druck auf die Hilfe leistenden Träger ausgeübt; diese müssen überall sparen. Dadurch können sie nicht auf alle Einzelheiten der Betreuung achten.

Genau das geschah bei Laras Familie, als die wöchentliche Betreuungszeit von zehn auf fünf Stunden gesenkt wurde und zwischen dem letzten Besuch der Betreuung acht Tage vergingen, bevor Lara verstorben ist.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich weitere Eckpunkte der CDU-GAL-Sparpolitik an unseren

Kindern erläutern. Trotz erhöhtem Betreuungsbedarf – die Ursachen sollten Ihnen allen bekannt sein – wurde und wird die Anzahl der geleisteten Hilfen gesenkt beziehungsweise soll weiter gesenkt werden.

Ich komme gleich zu einem Zitat, aus einer Presseerklärung von Senator Wersich vom 13. Januar.

Unter dem Strich sind das laut Wersichs Konzept mehr als 21 Millionen Euro Ersparnisse am Kindeswohl. Das will er unter anderem durch – ich zitiere –:

"Vermeidung kostenintensiverer Heimunterbringung"...

"Geringere Aufwendungen und kürzere Hilfen"...

"Reduzierung der Zahl ambulanter Hilfen zur Erziehung"

erreichen. Letzteres hat der kleinen Lara wohl auch mit das Leben gekostet.

Meine Damen und Herren des Senats, Herr Wersich! Hören Sie auf, Kinder- und Jugendbetreuung unternehmerisch zu führen. Wir reden hier nicht von Betriebskostensenkungen zur Erhöhung des Profits oder der Effizienz, wir reden hier von dem Wohl der Kinder unserer Stadt.

Kinder sind die Zukunft dieser Stadt, dieses Landes und der gesamten Welt. Sie sollten sich fragen, ob Sie mit einer verantwortungsvollen Politik, die nicht nur am Sparen orientiert ist, den Tod der kleinen Lara hätten verhindern können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst finde ich es ein bisschen befremdlich, dass dieses Thema zur aktuellen Stunde angemeldet wird, wo nur Fünf-Minuten-Beiträge möglich sind, obwohl wir es gleich unter Tagesordnungspunkt 3 in der regulären Tagesordnung haben. Ich will mich bemühen, mich ebenfalls an diese fünf Minuten zu halten und kann deshalb auch nur holzschnittartig auf dieses Thema eingehen.

Ich will ganz deutlich vorwegnehmen: Wir führen das Einlade- und Kontrollwesen für die U-Untersuchungen auch in Hamburg ein. So ist es im Koalitionsvertrag vorgesehen und so machen wir das auch.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Bei aller Umstrittenheit im Detail hatte auch der letzte Senat das Ziel, die Daten der Nichtteilnehmer direkt und unbürokratisch von den Krankenkassen zu erhalten, um sie den Jugendämtern zu

(Senator Dietrich Wersich)

Zwecken des Kinderschutzes zur Verfügung zu stellen. Zweimal hat der Bundesrat auf Initiative Hamburgs entsprechende Beschlüsse gefasst, die jedes Mal ausgerechnet an der SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt gescheitert sind.

(Ekkehart Wersich CDU: Hört! Hört!)

Es ist schon aberwitzig, dass in den Ländern jetzt ein zusätzliches, kompliziertes und bürokratisches Einlade- und Kontrollsystem aufgebaut werden muss, weil die Bundes-SPD nicht bereit war, uns die bereits vorhandenen Daten bei den Krankenkassen über die Nicht-Teilnehmer zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wenn wir jetzt ein solches Einlade- und Überprüfungssystem in Hamburg aufbauen, dann sollten wir uns auch vor übertriebenen Hoffnungen hüten und davon nicht zuviel erwarten. Das fängt schon mit den Begrifflichkeiten an, darauf ist hingewiesen worden. Öffentlich wird der Eindruck erweckt, wir reden über Pflichtuntersuchungen. Das ist, Herr Müller hat es gesagt, eigentlich Etikettenschwindel, kommt auch nicht im SPD-Gesetzesentwurf vor und gibt es auch in den anderen Bundesländern nicht. Eine Pflicht zur Vorsorgeuntersuchung, ohne dass diese durchgesetzt wird, also eine Pflicht ohne Zwang, würde gerade in gefährdeten Familien ins Leere laufen. Eine zwangsweise Vorführung beim Arzt, um Vorsorgeuntersuchungen durchzuführen, wird nicht nur von allen Ärzten abgelehnt, sondern wäre auch nach Auffassung der Bundesregierung mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die freiwillige Mitwirkung der Eltern an den Vorsorgeuntersuchungen ist deshalb auch für alle Experten so wichtig, weil die Untersuchung, die Teilnahme selbst, gar nichts bewirkt. Sie ist eben nur eine Untersuchung und keine Therapie. Für den Fall, dass man bei der Vorsorgeuntersuchung etwas feststellt, kommt es darauf an, dass die Eltern mitwirken und daraus dann auch die Konsequenzen für die Therapie ziehen. Deshalb sagen alle Experten, Vorsorgepflicht ist Quatsch, es nützt uns nichts, wenn die Eltern sagen, ich war da und mache meinen Haken, sich aber um die Konsequenzen nicht kümmern.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Bei dem Thema, über das wir heute diskutieren, geht es, wenn man den SPD-Antrag liest, gar nicht um die Pflicht oder gar den Zwang zur Vorsorge, sondern ob man sie nutzen kann für Zwecke des Kindeswohls und da liegt gleich der nächste Haken. Die größeren zeitlichen Abstände dieser Untersuchung sind nach übereinstimmender Auffassung aller Experten kaum geeignet, Verwahrlosung und Misshandlung zu erkennen. Hier können allenfalls schwerste Formen gesehen werden. Und

auch da hatten wir mit unserer Bundesratsinitiative einen Vorstoß unternommen, nämlich den Untersuchungskatalog der Vorsorgeuntersuchungen um Hinweise zu ergänzen auf Kindeswohlgefährdung.

Im Auftrag von Ulla Schmidt hat der gemeinsame Bundesausschuss aus Experten von Kassen und Ärzten dieses Ende 2007 abschlägig beschieden – ich darf zitieren –:

"In den durch den G-BA ausgewerteten Publikationen und Studien wurden allerdings keine Belege gefunden, dass sich durch Tests im Rahmen von Vorsorgeuntersuchungen drohende Kindesmisshandlung verhindern oder aufdecken lässt."

Aufgrund dieser Analyse lehnte der Gemeinsame Bundesausschuss es ab, das von uns geforderte Screening auf Kindesmisshandlung, Kindesvernachlässigung oder Kindesmissbrauch in die Untersuchungsinhalte aufzunehmen.

Alle Experten sind sich auch an dieser Stelle wieder einig, dass sowohl die regelmäßige Betreuung der Kinder in Schule oder Kita als auch die Beobachtung des Kindes im häuslichen Umfeld, also der Hausbesuch, wesentlich besser geeignet sind, um Verwahrlosung und Vernachlässigung aufzudecken, als Vorsorgeuntersuchungen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Deshalb geht es uns darum, wie in Schleswig-Holstein und anderswo, über ein wiederholtes Einladewesen mit Teilnehmerückmeldung und nachgehender Kontrolle aller Nicht-Teilnehmer festzustellen, ob es dem Jugendamt bisher nicht bekannte Risikofamilien gibt, bei denen hinter der Nicht-Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen eine Kindeswohlgefährdung stecken könnte.

Das heißt, es geht darum zu kontrollieren, ob die Nichtteilnehmer dem Jugendamt bis dahin nicht bekannt waren – das ist von den Vorrednern der Koalition dargestellt worden –, und genau dieser Mangel bestand bei Lara nicht. Lara war dem Jugendamt schon vor der Geburt bekannt und wurde vom Jugendamt begleitet. Deshalb steht zu Recht im Fokus der Untersuchung die Kritik, ob der Hilfeplan und die Hilfeleistung im Fall Lara angemessen und sicher waren, und nicht das Thema Vorsorgeuntersuchung.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren! Das alles macht deutlich, dass das Kontrollwesen der Nichtteilnahme an Vorsorgeuntersuchungen nur ein Baustein im System des Kinderschutzes darstellt, dessen Wirkung nicht überschätzt werden darf und vor allem die Beteiligten nicht in falscher Sicherheit wiegen kann. Insofern war die Einführung dieses Kontrollwesens auch in politischen Kreisen immer deutlich populärer als bei den Fachleuten.

(Senator Dietrich Wersich)

Wir wollen dieses Element jetzt einführen, nämlich das Einladewesen mit Nachkontrolle der Nichtteilnehmer, aber gezielt mit Augenmaß und mit Überprüfung der Wirksamkeit von Beginn an.

Frau Veit, zum Schluss möchte ich noch sagen, dass ich es völlig daneben finde, wenn Sie versuchen, mit dem Thema Vorsorgeuntersuchung den Eindruck zu erwecken, als hätten Senat und Behörden nach dem verbrecherischen Einsperren und Verhungernlassen der kleinen Jessica 2005 durch die Eltern nichts unternommen. Es wurde ein umfassender Maßnahmenkatalog erarbeitet und durchgesetzt, indem rechtliche, fachliche, qualitative, strukturelle, organisatorische und finanzielle Konsequenzen gezogen wurden. Infolgedessen haben wir heute über 80 Mitarbeiter mehr in den Jugendämtern. Ihr Vorwurf ist grober Unfug und ein Schlag ins Gesicht all derer in der Stadt, in den Behörden, Ämtern, Universitäten, Schulen, Kitas und im Gesundheitswesen, die sich seitdem für das Kindeswohl in Hamburg engagieren.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Ernst.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Senator Wersich, in gewisser Art und Weise bin ich Ihnen dankbar für Ihre Ausführungen, weil Sie sehr deutlich gemacht haben, dass Sie bis heute die Vorsorgeuntersuchungen überhaupt nicht verbindlicher gestalten wollen. Sie haben ein Argument an das andere gereiht, um deutlich zu machen, warum Sie von dieser Maßnahme nichts halten.

(Beifall bei der SPD)

Da sind Sie sich in gewisser Weise treu geblieben, denn Sie waren auch zu Gast im Sonderausschuss und haben schon damals erkennen lassen, dass Sie der Meinung sind, dass der Staat nicht zu aktiv werden solle, wenn es darum gehe, Kinder vor Vernachlässigung zu schützen.

Ich will aber rückblickend noch einmal sagen, dass ich es sehr bedauerlich finde, dass wir hier in einen sehr heftigen, mit üblen Vorwürfen gespickten parteipolitischen Streit geraten und der Ausgangspunkt ein völlig anderer war. Wir haben nach dem Tod des Mädchens Jessica einvernehmlich einen Sonderausschuss eingesetzt und einvernehmliche Handlungsempfehlungen beschlossen. Und allen, die damals mitgearbeitet haben, war sehr daran gelegen, diesen parteipolitischen Hickhack, der heute wieder aufflackerte, nicht zu machen – Herr Müller, ich meine Sie –, weil uns das in der Sache zu wichtig war. Alle Fraktionen haben damals darauf verzichtet, konsequent ihre Ansichten durchzusetzen, sondern wir haben uns auf einen gemeinsamen Forderungskatalog verständigt, in dem

stand, dass U-Untersuchungen verbindlicher werden sollen. Das war ein einstimmiger Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft, der vor drei Jahren gefasst wurde.

(Beifall bei der SPD)

Herr Müller, Sie hatten die Sorge, dass es arrogant klinge, was Sie hier dargelegt haben. In der Sache wussten Sie nicht genau, worüber Sie sprechen; das war das Problem. Als der Sonderausschuss eingesetzt wurde, hat es bundesweit eine Diskussion darüber gegeben, wie man die U-Untersuchungen verbindlicher machen kann und ob das der richtige Weg sei. Zum einen gibt es in jeder der hier anwesenden Parteien bis heute unterschiedliche Auffassungen darüber, weil ein Teil der Jugendhilfe das nicht möchte, ein anderer Teil in jeder Partei aber glaubt, dass man auf dieses Instrument als ein Baustein nicht verzichten könne. Das Erfreuliche war aus meiner Sicht, dass sich in der Hamburgischen Bürgerschaft diejenigen durchgesetzt haben, die diese Verbindlichkeit für einen unverzichtbaren Baustein hielten. Diesen Beschluss haben wir hier getroffen, ein Widerspruch zur Diskussion in jeder Partei, in Ihrer, in der SPD und auch bei den Grünen.

Der zweite Punkt, den wir damals im Sonderausschuss nicht genau wussten, war, wie man das eigentlich regelt, weil es einen heftigen Streit darüber gegeben hat, ob die Bundesebene zuständig sei oder ob es Ländersache ist. Erst nach dem Ende des Sonderausschusses hat sich herausgestellt, dass die Bundesländer für das Gesundheitswesen zuständig sind und deshalb in diesem Rahmen diese Untersuchung als Bundesland auch regeln können. Der Vorwurf ist, dass Sie das in Hamburg seit drei Jahren unterlassen haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Wersich hat hier wieder versucht, die Nebelkerze der Bundeszuständigkeit zu werfen. Sie müssen sich doch einmal fragen, warum Hamburg inzwischen fast das einzige Bundesland ist, das keine landesgesetzliche Regelung getroffen hat; wir sind die Ausnahme geworden. Ich habe noch einmal die Debatten nachgelesen. Herr von Frankenberg, der im Ausschuss mitgestritten hat, als wir das erste Mal unseren Gesetzesentwurf eingebracht haben, hat dies damals abgelehnt und gesagt, wir wollen keine Insellösung. Sie merken gar nicht, dass Hamburg eine Insel der Untätigkeit ist, denn wir laufen Gefahr, bald das einzige Bundesland zu sein, das landesgesetzlich immer noch nicht zu einer höheren Verbindlichkeit kommt. Darum melden wir dieses Thema solange an, bis wir auch in Hamburg zu einer Veränderung kommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann ehrlicherweise auch das Argument nicht mehr hören, wir würden den Eindruck erwecken, damit seien alle Probleme gelöst. Es gibt über-

(Britta Ernst)

haupt niemanden, der dieses Argument benutzt. Es wird aber von Gegnern der verbindlichen U-Untersuchung immer benutzt. Jeder weiß, dass verbindlichere Einladungen nur ein Baustein sind. Aber man muss sich doch angesichts des neuen Todesfalls fragen, ob dieser Baustein nicht notwendig ist, Frau Blömeke. Wir haben doch die schreckliche Situation, dass Familienhilfe vorhanden ist und trotzdem Kinder zu Tode kommen. Wenn man diese vielen Fälle analysiert, dann wird deutlich, dass die U-Untersuchungen wirklich verbindlicher sein müssen, dass dies ein unverzichtbarer Baustein ist.

Ich möchte abschließend noch erwähnen, Herr Senator Wersich, dass es uns nicht nur darum geht, dass eine verbindliche Einladung die Familien erreicht – auch darin unterscheiden wir uns vermutlich –, sondern es geht uns darum, dass diese Untersuchungen auch durchgeführt werden. Ich halte es für ein Menschenrecht von Kindern, dass der Staat ihnen dabei hilft, sich gesundheitlich normal zu entwickeln. Es kann festgestellt werden, ob Kinder Haltungsschäden haben, ob sie mangelernährt sind, ob sie kaputte Zähne haben. Das sind wichtige Dinge und da möchten wir, dass in Hamburg Kinder diesen Schutz, wie in allen anderen Bundesländern inzwischen auch, bekommen. – Danke.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eines vorweg: Bürgerschaft und Senat haben in den letzten Jahren viel für die Kinder in unserer Stadt erreicht – das möchte ich erst einmal festhalten –,

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan* GAL)

und zwar für alle Kinder, auch für diejenigen, denen es nicht so gut geht, wie wir uns das wünschen. In dieser Hinsicht sind wir in den letzten Jahren gemeinsam sehr viel weiter gekommen und ich denke da auch durchaus an die Zusammenarbeit im Sonderausschuss zurück. Wir haben viel bewegt und man muss erst einmal die positiven Dinge sehen, die wir angeschoben haben. Ich bin der Auffassung, dass wir auch in Zukunft gemeinsam sehr viel mehr bewegen können, als uns nur in gegenseitigen Vorwürfen zu ergehen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist kein guter Umgang miteinander, wenn wir uns gegenseitig Vertuschungen, Tricks, Täuschereien und Lügen vorwerfen oder das mit Populismus oder Profilierungssucht beantworten. Das Thema ist ungeeignet, um so einen scharfen Ton anzuschlagen. Der öffentliche Eindruck, der dadurch entsteht, wird der Sache nicht gerecht, denn

wenn wir das Kindeswohl ernst nehmen, dann sollten wir gemeinsam versuchen, für die Kinder in unserer Stadt etwas zu erreichen. Damit das gelingt, müssen wir erst einmal zu einem sachlichen Ton untereinander kommen, sonst klappt das Ganze von vornherein nicht.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ich stimme Ihnen zu, dass der Staat – Sie haben es so nicht gesagt, aber ich fasse es einmal mit meinen Worten zusammen – ein staatliches Wächteramt für die Kinder in unserer Stadt hat. Ich finde auch, dass der Senat und die Behörden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses sehr ernst nehmen und durchaus gute Arbeit machen; das möchte ich ausdrücklich festhalten.

Vorsorgeuntersuchungen als solches – den Eindruck teile ich – sind für sich alleine genommen kein Wundermittel. Wenn wir das verbindlich machen, dann können wir damit nicht alles verhindern. Der Weg mit einem Einladewesen und der Nachkontrolle, dass die Jugendämter bei denjenigen, die nicht gekommen sind, schauen, warum sie nicht gekommen sind, ist ein guter Weg, wo wir viel erreichen können. Ich glaube, dass wir durchaus zu Erfolgen kommen können und es zu einer Verbesserung kommt.

Ich möchte noch einmal die Ausschussberatungen von gestern Revue passieren lassen. Sie erwecken ein bisschen den Eindruck, als wollten wir etwas unter den Tisch kehren; das ist aber mit Sicherheit nicht der Fall. Uns ist an einer umfassenden Aufklärung gelegen und es gab auch schon eine Sondersitzung des Ausschusses. Es wird eine weitere Sitzung am 21. April geben, in der wir uns intensiv mit dem Fall befassen werden. Nur bin ich davon überzeugt, dass es der Sache nicht dienlich ist, wenn wir uns hypothetisch darin ergehen und sagen, man könnte und müsste und sollte. Vieles ist noch gar nicht klar, sondern wir müssen uns am 21. April umfassend informieren und dann kommen wir wesentlich weiter, als wenn wir uns jetzt im Hypothetischen ergehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich will ausdrücklich dem Eindruck entgegenreten, dass zwar ein Sonderausschuss eingesetzt wurde, aber nichts in Gang gekommen sei. Wir haben zum Beispiel im Dezember das 22. Eltern-Kind-Zentrum eröffnet, es gibt zahlreiche Familienhebammenprojekte. Wir haben eine Qualitätsoffensive bei den Allgemeinen Sozialen Diensten. Wir haben die Fortbildung intensiviert. Wir haben 80 bis 100 Stellen mehr als noch vor einigen Jahren und vakante Stellen werden sofort besetzt. Es sind sozusagen alle Mann an Bord. Früher war das eher ein Bereich – ich will Ihnen das als SPD gar nicht zum Vorwurf machen, das war auch in anderen Bundesländern so –, in dem

(Egbert von Frankenberg)

munter gestrichen worden ist, und es gab zahlreiche Vakanzen. Das hat sich grundlegend geändert und das ist ein Erfolg der vergangenen Legislaturperiode, den ich noch einmal unterstreichen möchte. Wir haben intensiv daran gearbeitet und die Mittel erheblich aufgestockt.

(Beifall bei der CDU)

Auch in diesem Jahr haben wir mehr Fälle und dem wird Rechnung getragen; wir haben 30 zusätzliche Stellen geschaffen und werden damit dem steigenden Bedarf gerecht. Insofern wird hier nicht irgendwie kaufmännisch gespart, wie das vorhin gesagt wurde, sondern die Stadt investiert massiv in diesen Bereich. Aber auch die Hilfen zur Erziehung sind in den letzten Jahren deutlich angestiegen; natürlich auch bedingt durch ein verändertes Verhalten der Bevölkerung.

(Carola Veit SPD: Ja, das kürzen Sie doch jetzt wieder!)

Arbeitsabläufe werden verbessert, wir haben eine Fortbildungsoffensive, es gibt konkrete Orientierungsleitfäden und, und, und. Es sind also in dem Bereich zahlreiche Maßnahmen eingeleitet worden, ich kann das im Rahmen der Aktuellen Stunde nicht alles aufzählen. Ich will nur eines deutlich machen: Wir haben intensiv gearbeitet und investiert.

Wir sollten wieder zu einem vertrauensvollen Umgang miteinander zurückfinden, zu einer fairen Zusammenarbeit und ich könnte mir vorstellen, dass in der nächsten Sitzung des Familienausschusses am 21. April dazu Gelegenheit ist. Lassen Sie uns gemeinsam für Hamburgs Kinder handeln.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ernst, ich weiß nicht, ob Sie immer nur die erste Seite der Tagesordnung lesen, wenn Sie uns hier vorwerfen, der Senat oder die Koalition insgesamt würden sich dagegen sperren, ein verbindliches Einladewesen zu fordern. Wenn Sie einmal weiterblättern in Ihrer Tagesordnung, dann sehen Sie, dass später auch noch ein Antrag von uns auf der Tagesordnung steht und auch hier debattiert wird, der ein verbindliches Einladewesen für U6 und U7 einführen möchte. Ich werde später darauf eingehen, wie er ausgestaltet ist und warum er so ausgestaltet ist wie er ist.

Ich finde es okay, dass Sie uns bis zu einem gewissen Grad treiben wollen, aber nicht okay finde ich – das möchte ich noch einmal ganz klar betonen –, dass Sie das immer wieder in Zusammenhang mit dem Todesfall der kleinen Lara stellen

und in der öffentlichen Debatte dadurch eine Scheinsicherheit vorgaukeln, die es so einfach nicht gibt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

In diesem Fall ist die Ursachen- und Fehlerforschung immer noch nicht abgeschlossen und, Herr Yildiz, das möchte ich auch noch einmal sagen, es ist keine Sparmaßnahme des Senats, wenn die Betreuung im September von zehn auf fünf Stunden abgesenkt wurde, sondern das war eine Entscheidung des Jugendamts in Hamburg-Mitte in Zusammenarbeit mit dem Träger, die die Situation so eingeschätzt haben, dass keine weiteren Aufstockungen möglich waren.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Heitmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Veit?

Linda Heitmann (fortfahrend): Nein, ich möchte jetzt keine Zwischenfrage von Frau Veit zulassen.

(Beifall bei Robert Heinemann CDU)

Noch einmal zu den Tatsachen, warum ich es erschreckend finde, wenn Sie uns diese Sicherheit durch die U-Untersuchungen vorgaukeln. Erstens hätte – das wurde schon mehrfach erwähnt – die letzte Vorsorgeuntersuchung der kleinen Lara Ende November bis Anfang Dezember angestanden. Ob damals schon zu erkennen gewesen wäre, dass sie im März so stark abgemagert sein würde, dass sie möglicherweise daran stirbt, kann hier wohl niemand sagen.

(Arno Münster SPD: Doch, das kann man sagen! Da haben Sie keine Ahnung von!)

Zweitens – das möchte ich noch einmal deutlich betonen – hat die Verbindlichkeit von U-Untersuchungen zum Ziel, Fälle von Vernachlässigung überhaupt erst zu erkennen. Aber im Fall von Lara waren Mutter und Kind schon längst in staatlicher Obhut und daher bedarf es einer sehr viel genaueren Untersuchung, was in diesem Fall eigentlich schief gelaufen ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Meine Damen und Herren! Bis heute Mittag wusste ich nicht so recht, was Sie, liebe SPD, eigentlich mit der Verbindlichkeit der U-Untersuchungen meinen,

(Arno Münster SPD: Sag' ich doch, dass Sie keine Ahnung haben! – Carola Veit SPD: Das hätten Sie doch nachlesen können!)

bis dann der Zusatzantrag kam, der gezeigt hat, dass Sie auch ein verbindliches Einladewesen möchten, und zwar für alle U-Untersuchungen. Möchten Sie wirklich auch für die U1 und die U2,

(Linda Heitmann)

die schon im Krankenhaus durchgeführt werden, einen solchen bürokratischen Aufwand?

(Ingo Egloff SPD: Wissen Sie eigentlich, was Sie da erzählen? – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Falls es Irritationen gibt, das Wort hat ausschließlich Frau Heitmann.

Linda Heitmann (fortfahrend): – Danke schön.

Herr Wersich hat schon darauf hingewiesen, dass überhaupt noch keine verlässlichen Untersuchungen aus den anderen Bundesländern vorliegen, inwieweit mit dem verbindlichen Einladewesen die Familien, um die es hier geht, zuverlässig erreicht werden und durch die U-Untersuchungen mögliche Vernachlässigungen und Misshandlungen erkannt werden können. Aber wir sind gerne bereit, uns dies im Ausschuss in einer Expertenanhörung und auch die gemachten Erfahrungen in den anderen Bundesländern darstellen zu lassen. Dann können wir ergebnisoffen darüber diskutieren, ob man auch in Hamburg zu einer möglichen Ausweitung kommen kann.

Liebe Frau Veit, wenn Sie meine Kollegin Frau Blömeke der Lüge bezichtigen,

(Carola Veit SPD: Natürlich!)

weil sie gesagt hat, dass im Ausschuss einvernehmlich beschlossen wurde, solange es keine neuen Tatsachen im Fall Lara gäbe, würde dieser Punkt nicht wieder auf die Tagesordnung genommen, möchte ich Ihnen doch einmal raten, das Wortprotokoll dieses Sonderausschusses zu lesen. Zum Glück haben wir eines anfertigen lassen und das kommt wahrscheinlich demnächst. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Ich glaube, wir Versammelten sind uns darin einig, dass eine sehr gründliche Untersuchung erforderlich ist und man sich die dafür nötige Zeit nehmen muss, um herauszufinden, woran das Kind in Wilhelmsburg letztendlich gestorben ist.

(Stephan Müller CDU: Ganz genau!)

Aber was bis dahin passiert und was künftig passieren soll, darüber wird hier vortrefflich gestritten. Deswegen möchte ich auch noch einmal die Sichtweise der LINKEN dazu darlegen. Voran ein Zitat:

"Nachts liege ich wach, denke an die Kinder, die ich betreue, und habe Angst, dass etwas Schlimmes passiert."

Das ist die Aussage eines Sozialarbeiters. Ich habe diesen Satz der "Hamburger Morgenpost" von gestern entnommen. Es ist der erste Satz eines Berichts über die Arbeitsbedingungen bei den Allgemeinen Sozialen Diensten.

Schon lange herrschen unter den zuständigen Kollegen und Kolleginnen in den Ämtern Sorge und auch Angst, dass sie persönlich für den Tod eines Kindes verantwortlich gemacht werden könnten. Sie fühlen sich verantwortlich für die Familien, die sie betreuen, aber sie können aufgrund ihrer Arbeitsbedingungen diesem Anspruch nicht mehr gerecht werden, schon lange nicht mehr. Dieser eine Satz drückt die ganze Situation aus, vor denen die Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen stehen. Er drückt aus, in welcher Gefahr möglicherweise weitere Kinder in Hamburg sind.

Ich hätte es begrüßt, wenn der Familien-, Kinder- und Jugendausschuss gestern darüber geredet hätte und Senator Wersich nach diesen Umständen konkreter hätte befragt werden können. Vielleicht hätte man sich auf einen schnellen Weg einigen können, um den unerträglichen Missstand bei der Beachtung der Lebensbedingungen von Babys und Kleinkindern in bestimmten Familien zu beseitigen.

Aber der Kinderexperte der CDU, Herr Müller, und die Kinderexpertin der GAL, Frau Blömeke, haben es vorgezogen, Herrn Wersich nicht in diese Nöte zu bringen. Sie haben den Tagesordnungspunkt mit ihren Mehrheiten weggestimmt. War es eigentlich das Ergebnis eines gemeinsamen Jour Fixe beim Senator, dass man seit Ende letzter Woche versuchte, den Obleuten der SPD und der LINKEN aus dem Familien-, Kinder- und Jugendausschuss nahezubringen, doch bitte schön auf das Thema Lara bis nach Ostern zu verzichten? Neben den Arbeitsbedingungen in den Ämtern hätten wir gestern auch über verbindliche Vorsorgeuntersuchungen oder ein verbindliches Einladesystem reden können; wir hätten es müssen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Dieser Senat und seine beiden ihm angehängten Fraktionen entwickeln ein gewisses Talent darin, Dinge aus dem Zusammenhang zu reißen und mit depressiver Sachlichkeit die Emotionen um den Tod des neunmonatigen Kindes aus Wilhelmsburg verbal zu zertreten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn ein Kind verhungert in Zeiten, in denen eigentlich niemand mehr hungern müsste, dann sind ganzheitliche Sichtweisen vonnöten. Und wenn ein Obduktionsergebnis noch nicht vorliegt, dann ist es nicht deren Aufgabe, das Thema von der Tagesordnung zu nehmen, sondern umgehend eine Bestandsaufnahme zu machen und vorsorgliche Maßnahmen einzuleiten.

(Kersten Artus)

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Hätte es nach dem Tod von Lara eine ähnliche gesellschaftliche Empörung und Betroffenheit wie im Jahr 2000 nach dem Tod des kleinen Volkan, der von einem Hund totgebissen wurde – ebenfalls in Wilhelmsburg – gegeben, dann hätten Sie bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der Vorsorgeuntersuchungen verbindlich macht und der eine adäquate Betreuung von Familien inklusive angemessener personeller Ausstattung der Ämter für soziale Dienste und ausreichende Zuwendungen für die beauftragten Freien Träger gewährleistet. Damals konnten Sie gar nicht schnell genug sein mit einem Gesetz, das Hunden Maulkörbe verpasst, an die Leine zwingt und die Zucht bestimmter Rassen verbietet. Jahrelang wurde bis dahin über eine Kampfhundeverordnung diskutiert. Aber es musste erst ein Kind sterben, bis gehandelt wurde. Warum ich das hier erwähne?

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist peinlich!)

In einem Kommentar in den Medien hieß es damals:

"Volkan ist das Opfer eines Kampfhundes und untätiger Bürokraten."

Wessen Opfer ist Lara?

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen der CDU und der GAL! DIE LINKE fordert euch und Sie unmissverständlich auf, umgehend mit der SPD und der LINKEN den Senat verbindlich mit Maßnahmen zu beauftragen, die Fälle wie Lara in Hamburg unmöglich machen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – *Christiane Blömeke GAL*: Das wird es nicht geben!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Blömeke, das war schon ein bisschen zynisch, was Sie hier abgeliefert haben.

(Christiane Blömeke GAL: Ich war ausnahmsweise mal sachlich!)

Ich erinnere an das, was auch Herr Hesse in der letzten Legislaturperiode im Jugend- und Familienausschuss mitgetragen hat. Wir hatten auch nach Jessica ein paar Fälle und wir waren alle bestrebt, diese Fälle entsprechend aufzuarbeiten.

Was wir aber gestern erlebt haben, hatte mit Aufarbeitung, mit Transparenz, mit dem Willen zur Aufklärung und Veränderung nichts zu tun und das ist das Verwerfliche, Frau Blömeke. Sich dann hier hinstellen und so zu tun, als sei das einvernehmlich geschehen, ist wirklich zynisch.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollten gestern konkret wissen,

(Christiane Blömeke GAL: Sie waren doch gar nicht da gestern!)

warum Lara gestorben ist. Das wussten wir gestern nicht, das wissen wir auch heute nicht. Was wir aber in der letzten Sitzung schon festgestellt haben, war doch die Tatsache, dass es Versäumnisse an der einen oder anderen Stelle gibt und dass es Aufklärungsbedarf gibt.

Herr Wersich hatte zum Beispiel schon weitere Pressemitteilungen herausgegeben und die Mehrheit des Ausschusses hat dann gesagt, an dieser Diskussion haben wir kein Interesse, sondern wir wollen die vertagen. Jeder Tag, an dem wir nicht handeln, ist ein verschenkter Tag für die Kinder in unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deshalb brauchen wir Aufklärung und deswegen will ich auch noch einmal ganz deutlich sagen, dass wir den Fokus, so tragisch es auch ist, nicht alleine auf den Fall Lara richten, sondern wir sind aufgeschreckt worden durch die Ergebnisse unserer Großen Anfrage. Das ist der Ansatzpunkt und nicht das, was Sie uns hier einreden wollen, dass wir aus bestimmten Gründen den Fall Lara nach vorne bringen wollen. Wir wollen über das Thema U-Untersuchung diskutieren und darüber, dass dieser Senator – damals als Staatsrat, heute als Senator – immer gesagt hat, was wollt ihr eigentlich mit den U-Untersuchungen, das läuft doch alles wunderbar. Wir haben aufgrund unserer Großen Anfrage erkennen müssen, dass es nicht wunderbar läuft und wir ganze Gruppen in bestimmten Stadtteilen davon ausgrenzen, eine Gesundheitsuntersuchung wahrzunehmen. Das kann nicht angehen und deswegen müssen wir hier handeln.

(Beifall bei der SPD – Kai Voet van Vormizeele CDU: Sie blockieren das doch auf Bundesebene, Herr Kienscherf!)

Es ist schon etwas merkwürdig. Damals haben wir darüber diskutiert und es hieß, das mit der Verbindlichkeit gehe gar nicht, das könnten wir rechtlich gar nicht durchsetzen. Dann haben wir gesagt, wir machen ein verbindliches Einladewesen. Der Staatsrat hat dann gesagt, ein verbindliches Einladewesen sei auch schwierig und wenn Schleswig-Holstein das nicht mache, dann gehe das auch nicht, wir könnten keine Insellösung machen, sondern müssten auf die Entscheidungen auf Bundesebene warten.

Frau von der Leyen hat aber mehrmals – Ihrem Haus gegenüber und auch in der Öffentlichkeit – gesagt, als Bundesfamilienministerin fordere sie alle Länder auf, landespolitisch tätig zu werden. Hamburg ist eines der ganz wenigen Bundesländer, das bisher versagt hat, und das ist Fakt.

(Dirk Kienscherf)

(Beifall bei der SPD)

Schleswig-Holstein betreibt dies erfolgreich und wir brauchen dieses in Hamburg auch. Wir brauchen es nicht, beschränkt auf zwei Untersuchungen, wir brauchen es auch nicht, weil der Rechnungshof angemerkt hat, dass man sich Doppelarbeit sparen solle – das ist der Hintergrund Ihres Antrags –, sondern ein verbindliches Einladewesen kann ein Baustein sein, um Kindesvernachlässigung frühzeitig zu entdecken und zu verhindern. Das ist unser Ansinnen, dagegen haben Sie sich jahrelang gesperrt und dagegen sperren Sie sich jetzt und das ist letztendlich fatal für die Kinder in unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Noch einmal zu Ihren Ausführungen, Herr von Frankenberg. Natürlich haben wir beim ASD 30 Stellen mehr, aber wir haben auch ein paar Tausend Fälle mehr, die die Mitarbeiter bewältigen müssen. Diese Analyse, inwieweit der ASD überhaupt handlungsfähig ist, haben Sie nicht durchgeführt. Auch hier haben Sie sich verweigert und gesagt, wir machen eine andere Datengrundlage und dann wird das irgendwie schon funktionieren. Es funktioniert nicht und deswegen besteht auch hier Handlungsbedarf. Wir erkennen an, dass das eine oder andere gelaufen ist, aber die große Linie fehlt nach wie vor und deswegen ist eine Diskussion über die Verbindlichkeit von U-Untersuchungen richtig und wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Müller.

Stephan Müller CDU:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt einfach noch das eine oder andere richtigzustellen und hier wird auch sehr viel durcheinander geworfen.

(Carola Veit SPD: Ach, das sagt ja gerade der Richtige!)

Auf der einen Seite steht die Thematik der U-Untersuchungen und auf der anderen Seite der Fall Lara. Es ist einfach sehr wichtig, wenn man sich sachlich damit auseinandersetzt, die Fälle voneinander zu trennen. Niemand aus der Koalitionsfraktion bestreitet, dass ein verbindliches Einladesystem möglicherweise Kinder und Familien identifizieren kann, die sonst unentdeckt blieben. Deshalb debattieren wir heute darüber und werden dieses auch letzten Endes beschließen.

Aber Sie vermengen das immer und das führt dann zu einem parteipolitischen Hickhack, den wir ja gar nicht begonnen haben.

Lassen Sie mich einmal auf den einen oder anderen Redner eingehen. Herr Yildiz hat eben die ehemalige Senatorin Schnieber-Jastram zitiert, dass sie letzten Endes die Punkte aus dem Ausschuss

umsetzen werde und möchte. Das ist richtig, das hat sie auch so getan. Daraufhin ist diese Bundesratsinitiative entstanden und ich hatte Ihnen auch erklärt, warum die gescheitert ist.

Übrigens, Herr Yildiz, möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben, dass all das, was Sie hier angesprochen haben, wir würden betriebswirtschaftliche Sichtweisen auf diese Fälle anwenden, nicht zutrifft. In den meisten Fällen gibt es einen Rechtsanspruch auf Hilfen und Unterstützung und deswegen ist das in dem Fall auch keine Frage des Geldes.

Frau Ernst, Sie haben vollkommen richtig gesagt, dass U-Untersuchungen ein Baustein sein können, um noch einmal genauer hinzusehen. Aber auch Sie haben dann wieder davon gesprochen, dass Sie verbindliche Vorsorgeuntersuchungen treffen wollen. Da bitte ich Sie von der SPD, uns einfach einmal zu erklären, wie denn Ihr heutiger Gesetzesentwurf zu verstehen ist, in dem nichts von verbindlichen Untersuchungen steht, sondern lediglich etwas von einem verbindlichen Einladesystem.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Frau Artus, die Arbeitsbedingungen beim ASD sind natürlich immer ein wichtiges Thema. Wir hatten auch schon erwähnt, dass unsere Qualitätsoffensive dieses sehr wohl im Fokus hat. Wir haben nicht nur durch Stellenanhebungen beim ASD schon eine Menge bewegt, sondern auch durch entsprechende Umstrukturierungsmaßnahmen.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Was sich überhaupt nicht schön anhört, ist Ihr Vergleich mit Volkan und dem Kampfhund; auch das müssten Sie erklären. Andererseits sind Sie auch aktiv in der Hundelobby und haben vor nicht allzu langer Zeit dafür plädiert, Kampfhunde zukünftig wieder von der Leine zu lassen. Das ist super-unglaubwürdig, entschuldigen Sie bitte.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Herr Kienscherf, Sie versuchen hier den Eindruck zu hinterlassen, wir hätten gestern im Ausschuss etwas von der Tagesordnung genommen, weil uns irgendwelche Themen vielleicht unangenehm sein könnten.

(Dirk Kienscherf SPD: Ja, ist ja auch so!)

– Ich gehe darauf noch ein.

Wenn Sie sagen, jeder Tag, an dem wir nicht handeln, sei einer zuviel, dann steht das schon im argen Widerspruch zum Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Hamburg-Mitte, das ist Herr Johannes Kahrs, der bei der letzten Jugendhilfeausschusssitzung ganz klar gesagt hat, wir müssten uns die Zeit und die Gründlichkeit nehmen, diesen Fall genau zu durchleuchten und lückenlos aufzu-

(Stephan Müller)

klären. Das sagte Herr Kahrs und damit hat er recht.

Herr Kienscherf, uns ging es gar nicht darum, gestern irgendetwas nicht zu besprechen, sondern wir haben einvernehmlich – das ist nachzulesen, Frau Veit, darüber werden wir sicherlich noch einmal im Ausschuss sprechen – bei der vorletzten Ausschusssitzung gesagt, dass wir wieder über diese Thematik sprechen wollen, sowie es umfassende neue Erkenntnisse gibt. Das ist übrigens ein Vorschlag der CDU und der GAL gewesen in der letzten Sitzung.

Insofern geht es uns einfach darum, dass wahrscheinlich bis Mitte April viel mehr Fakten vorliegen und wir dieses Thema gesamtheitlich am 21. April aufarbeiten wollen. Wir werden dafür sorgen, dass dieses lückenlos aufgeklärt wird, und dazu brauchen wir nicht Ihre Aufforderung.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort hat die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir scheint, dass wir jetzt nach dem Beitrag von Herrn Müller langsam wieder zu einer Sachlichkeit zurückkehren, die auch erforderlich ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich habe lebendige Debatten sehr gern, weil ich selber auch gerne lebendig rede; ich versuche es zumindest. Aber ich habe langsam das Gefühl, das gesamte Parlament – ich beziehe uns in die Selbstkritik ruhig mit ein – mutiert dahingehend, dass wir alle nur noch reden, aber keiner mehr dem anderen zuhört, denn ansonsten kann ich mir einige Punkte nicht erklären, die wir in dieser Debatte erleben.

Abgeordnete der CDU- und der GAL-Fraktion sagen hier mehrfach, das ist auch nachzulesen, was wir in Hamburg vorhaben: Verbindliche Vorsorgeuntersuchungen, das wiederhole ich noch einmal für alle, sind im Koalitionsvertrag ausgeführt und mit einem Antrag im Februar ins Leben gerufen worden. Und warum erst jetzt? Verbindliche Vorsorgeuntersuchungen kosten auch Geld. Sie sind Gegenstand unserer Haushaltsberatungen beziehungsweise Gegenstand unseres Etats. Deswegen gab es kurz nach unserer Haushaltsausschusssitzung oder in Einklang damit ein Konzept für die verbindlichen Vorsorgeuntersuchungen; das ist Fakt. Ich kann nicht verstehen, dass Frau Ernst hier wiederholt sagt, der Senat wolle nicht aktiv werden in Sachen verbindlicher Vorsorgeuntersuchungen. Was brauchen Sie denn noch mehr als einen Antrag von uns?

Ich kann verstehen, wenn Sie jetzt kritisieren und sagen, das gehe Ihnen nicht weit genug. Das ist in Ordnung, das wäre eine Kritik, die angebracht ist, damit kann man sich fachlich auseinandersetzen. Das wollen wir auch gar nicht blockieren. Aus diesem Grund haben wir jetzt schon mehrfach gesagt, dass wir eine Expertenanhörung im Gesundheitsausschuss wollen.

(Dirk Kienscherf SPD: Im Nachhinein!)

Das wird auch dringend erforderlich, Herr Kienscherf, denn man sollte nicht immer nur Teilaspekte im Kopf haben. Wir haben zum Beispiel eine Studie des Deutschen Jugendinstituts, die bislang Auswertungen gemacht hat über verbindliche Vorsorgeuntersuchungen. Das sind Ergebnisse, die man auch einmal in Betracht ziehen muss.

Deutschland hat zum Beispiel mit dem Weg der verbindlichen Vorsorgeuntersuchung einen Sonderweg beschritten. Unsere europäischen Nachbarländer machen das nicht. Es gibt Untersuchungen vom Deutschen Jugendinstitut – also unabhängig und nicht von einer Partei –, die belegen, dass es Todesfälle von Kindern gab, bei denen im Rahmen von Vorsorgeuntersuchungen keine Auffälligkeiten festgestellt wurden. Und es gibt auch Untersuchungen, die belegen, dass mit dem schnellen Fortschritt Deutschlands im Kinderschutz – was ja auch gut ist – die Fortbildungen der Ärzte nicht so schnell Schritt halten können. Denn auch die müssen geschult werden, um erst einmal zu lernen, woran man Kindesvernachlässigung überhaupt erkennt.

Das alles sind wichtige Punkte und die müssen berücksichtigt werden. Ich will mich auch gar nicht für meine Fraktion dagegen sperren, über eine Ausweitung der U-Untersuchungen nachzudenken, das sagte ich schon. Nur hier zu sagen, das müsse jetzt alles sofort eingeführt werden, ist der verkehrte Weg.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich möchte noch einmal sehr deutlich sagen, dass es uns wirklich nicht um Zwangsmaßnahmen geht. Ich möchte nicht das bayerische Modell hier haben, bei dem Eltern, die ihre Kinder nicht zu Ärzten bringen, Abzüge beim Elterngeld bekommen.

(Dirk Kienscherf SPD: Warum nicht?)

Das ist der absolut verkehrte Weg. Das Einzige, was wirklich zählt und wichtig ist, ist, dass wir die Familien identifizieren, die möglicherweise Hilfebedarf haben. Dies wird möglich, indem wir ein verbindliches Einladewesen schaffen, sodass wir in letzter Instanz das Jugendamt einschalten, das zu den Familien geht und schaut, warum sie ihre Kinder nicht zur Vorsorgeuntersuchung bringen; das ist doch der springende Punkt.

Ich kann auch nicht verstehen, dass Sie sich so darüber aufregen, dass wir das Thema gestern im

(Christiane Blömeke)

Ausschuss vertagt haben. Ihnen läuft doch die Kritik nicht weg.

(Dirk Kienscherf SPD: Darum geht es doch gar nicht, Frau Blömeke!)

Sie können in drei Wochen in aller Ausführlichkeit all die Punkte anbringen, die Ihnen nicht passen. Aber es macht doch erst dann Sinn, wenn wir belegbare Fakten und Daten haben. Wir können doch nicht aus Mutmaßungen heraus diskutieren. Wir können nicht irgendetwas herbeizaubern und darüber diskutieren.

Sie erwähnen die von Herrn Senator Wersich herausgegebene Pressemitteilung. Darin hat er begrüßt, dass zum Beispiel eine externe Prüfung stattfindet. Darin hat er begrüßt, dass jetzt auch das Jugendamt Hamburg-Mitte prüft und analysiert, und eine lückenlose Aufklärung gefordert. Es gab in dem Sinne keine Neuigkeiten, denn die gilt es erst einmal zu schaffen und dann auch zu bewerten. Deswegen ist Ihr Getue, Ihre Aufblaserei hier fehl am Platz.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Ich denke, Sie wollten sachlich sein!)

Ich möchte allen Anwesenden hier noch einen Zahn ziehen, was eben von Frau Artus gesagt wurde, wenn wir das alles getan hätten, dann wären Fälle wie Lara unmöglich. Das wird leider nie passieren, leider werden wir nie ein Netz so eng knüpfen können, dass solche Fälle nicht wieder passieren. Aber wir werden alles versuchen, um diese Fälle zu minimieren, bis sie nicht mehr vorkommen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort hat der Abgeordnete Böwer.

Thomas Böwer SPD:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Blömeke, hier geht es nicht um Aufblasen, es geht nicht um Vorgaukeln,

(Olaf Ohlsen CDU: Luft ablassen!)

hier geht es darum, wie man aus schrecklichen, dramatischen Ereignissen richtige politische Schlussfolgerungen ziehen kann, wie man das Netz enger knüpfen kann.

Anlehnungspunkt der heutigen Aktuellen Stunde ist der Bericht des Sonderausschusses Jessica. Einer der Punkte war, er findet sich in der Drucksache auf Seite 3:

"Erfahrungen aus den staatlichen Pflichtuntersuchungen nach dem [Hamburgischen Schulgesetz] und dem Kinderbetreuungs-Gesetz sollten nach ca. 3 Jahren ausgewertet und der Bürgerschaft

über die Erkenntnisse Bericht erstattet werden."

Heute Nachmittag – das haben wir als Bürgerschaft einstimmig beschlossen – gehen Sie hin und wollen den Wegfall der gesundheitlichen Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz streichen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen der GAL, ist widersprüchlich und gefährdet das Wohl von Kindern in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist widersprüchlich, gemeinsam in einen Sonderausschuss zu gehen und zu sagen, wir wollen das nach drei Jahren auswerten. Und die drei Jahre sind noch gar nicht vorbei und CDU und GAL gehen an dieser Stelle hin und beschließen, es einfach zu streichen. Wenn Sie dann von einer Expertenanhörung sprechen, die erst im Anschluss daran stattfindet, dann brauche ich auch keine Expertenanhörung, denn Sie scheinen ja sozusagen die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zur gestrigen Sitzung. Da bestellt Herr Wersich bei GAL und CDU das Absetzen der Debatte

(Stephan Müller CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

– Sie können sich ja noch einmal zu Wort melden –, obwohl er selber in einer Pressemitteilung des Senats vom 27. März in einem für mich sprachlich fast nicht mehr nachvollziehbarem Stil sagt, alles sei geregelt.

Es geht an dieser Stelle im Wesentlichen darum, nicht mit Sicherheit zu sagen, dass man alles geregelt hat, Herr Senator, sondern um den Tod eines Kindes. Wir wissen über die Ursachen des Todes in der Tat noch nicht hundertprozentig Bescheid. Da wird der Tod eines Kindes zum Anlass genommen zu überprüfen, ob das Netz eng genug geknüpft ist, das wir als Bürgerschaft im wahrsten Sinne des Wortes den Kindern zum Überleben zur Verfügung stellen. Und da kommt der Senator zu dem Ergebnis, dass alle notwendigen Dinge für den Kinderschutz in Hamburg bereits geregelt sind. Diese Selbstsicherheit habe ich nicht und haben viele andere in meiner Fraktion auch nicht. Darüber hätten wir gerne einige Fragen im Ausschuss gestellt.

Es ist zum wiederholten Mal, Kollegin Blömeke, dass Schwarz-Grün in diesem Ausschuss versucht hat, Debatten während laufender Beratung durch Geschäftsordnungsanträge, Schluss der Debatte, zu beenden. Es ging in dieser Frage explizit um eine Hilfeform, nämlich die sozialpädagogische Familienhilfe. Wir haben versucht, in einer Beratung über die Fallzahlentwicklung auf bestimmte Dinge aufmerksam zu machen, und Sie haben dann ir-

(Thomas Böwer)

gendwann gesagt, das interessiert uns nicht mehr, darüber wollen wir nicht mehr reden.

So, Kolleginnen und Kollegen von GAL und CDU, kann man mit der Problematik erst recht dann nicht umgehen, wenn ein Kind in Wilhelmsburg gestorben ist. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Debatten leben manchmal vom Reden und Antworten. Herr Böwer, Sie waren jetzt gerade das Paradebeispiel eines Abgeordneten für mich, den ich gerade versuchte zu beschreiben: Reden, reden, reden, aber nicht zuhören. Das haben Sie eigentlich gar nicht nötig, ebenso wenig, wie Sie hier mit Unterstellungen und Unwahrheiten argumentieren, und das auch noch öffentlich in Pressemitteilungen, in denen Sie zu der Ansicht kamen, dass Senator Wersich bei CDU und GAL das Absetzen eines Ausschusses beantragt hätte; so ein Quatsch.

(*Thomas Böwer SPD:* Ausschuss habe ich überhaupt nicht gesagt!)

Im ersten Moment habe ich mich amüsiert, im zweiten war ich ärgerlich. Sie waren anwesend im Ausschuss, Sie haben die Diskussion mitgekriegt. Das war ein Entschluss der Abgeordneten von CDU und GAL; nur soviel an dieser Stelle.

(Beifall bei der GAL)

Fachlich und inhaltlich möchte ich zu einem Punkt noch etwas sagen, den Herr Böwer angesprochen hat. Wir streichen die Dreijährigen-Untersuchung im Kita-Bereich, das ist richtig, aber vielleicht ist Herr Böwer auch nicht auf dem neuesten Stand der Dinge. Denn von der Bundesregierung, bei der die SPD auch beteiligt ist, wurde glücklicherweise eine neue, verbindliche Vorsorgeuntersuchung geschaffen, und zwar die U7a. Diese ist ergänzend zu den anderen Vorsorgeuntersuchungen nahezu identisch mit der Dreijährigen-Untersuchung bei uns in Hamburg, auf diesem Hamburger Sonderweg.

Um Doppeluntersuchungen zu vermeiden, die nicht nur belastend für die Kinder sind, haben wir in Hamburg die Dreijährigen-Untersuchung streichen können, weil wir jetzt eine übergeordnete Instanz haben, die U7a, geschaffen durch die Bundesregierung.

Herr Böwer, das sollten Sie von Ihrer eigenen Fraktion aus Berlin vielleicht einmal zur Kenntnis nehmen, dann wird Ihnen diese Maßnahme hier auch ganz deutlich.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Die Abgeordnete Veit wünscht das Wort.

Carola Veit SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ich es einfach bemerkenswert finde, dass Sie, Frau Blömeke, diese unglaubliche Unwissenheit, die Sie in diesen Antrag geschrieben haben, auch noch hier öffentlich vortragen. Das ganze Haus sollte noch einmal hören, wie das richtigzustellen ist.

Die Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungs-gesetz finden im vierten Lebensjahr statt, irgendwann zwischen dem dritten und vierten Geburtstag der Kinder. Die neue U7a, die eingeführt wurde, findet bis zum dritten Geburtstag statt.

(*Christiane Blömeke GAL:* Ja, es gibt eine Überschneidung!)

Da gibt es keine Doppeluntersuchungen, da gibt es keine Zeitgleichheit. Und es gibt überhaupt keinen Grund, diese Untersuchung nach dem Kinderbetreuungs-gesetz zu streichen.

Wir sind entsetzt darüber, dass Sie das wirklich vorhaben, denn die Wahrheit ist auch, dass Sie es bisher noch nicht einmal richtig umgesetzt haben. Die Wahrheit ist, dass Sie nur ein Viertel aller Kinder im Kindergarten überhaupt untersuchen lassen und jetzt streichen Sie das auch noch ganz. Eine Evaluation hat es nicht gegeben, Herr Böwer hat es eben schon angemerkt.

Im Übrigen ist es eine Scheindebatte, die Sie hier führen um die Frage des verbindlichen Einladewesens oder der verbindlichen Untersuchungen. Wir wollen, darüber waren wir uns vor drei Jahren auch einig, dass Eltern, die mit ihren Kindern nicht zum Arzt gehen, zunächst eine freundliche Aufforderung bekommen, dass dann nachgefragt wird und am Ende natürlich das Jugendamt darüber informiert wird.

Herr Senator, es ist nicht so, dass alle Kinder, die nicht zu den U-Untersuchungen gehen, ohnehin dem Jugendamt bekannt wären. Wir reden gerade über diese Dunkelziffer, die dem Jugendamt nicht bekannt ist.

(Beifall bei der SPD – *Robert Heinemann CDU:* Lara war dem Jugendamt bekannt!)

Hier wurde vorhin davon gesprochen, dass früher im Jugendhilfebereich munter gestrichen worden wäre. Wir haben eine Explosion bei den Fällen, bei den Hilfen zur Erziehung. Wir haben 3000 Fälle mehr, allein 1000 mehr im letzten Jahr, und Sie streichen. Wir sind bei 200 Millionen Euro gesetzlicher Leistungen und Hilfen zur Erziehung pro Jahr und Sie streichen davon 23 Millionen Euro jährlich; das haben Sie in diesem Haushalt beschlossen.

(Carola Veit)

2009 und 2010 wollen Sie mit 23 Millionen Euro weniger auskommen. Sie wollen gerne künftig 1000 Fälle weniger pro Jahr – das haben Sie den Bezirksamtsleitern auch schon so mitgegeben, das mussten die alle zwangsunterschreiben, das wissen wir – und sind nicht in der Lage, uns zu sagen, wie das gehen soll. Sie sind auch nicht in der Lage, uns zu sagen, wie all die neuen Fälle, die möglicherweise noch auf uns zukommen, wirklich betreut werden sollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Stephan Müller.

Stephan Müller CDU:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss einfach einmal das letzte Wort ergreifen.

Zum Thema Fallzahlen, weil Sie es jetzt gerade erwähnt haben, Frau Veit, kann man sicherlich ganz deutlich sagen, dass auch durch die entsprechende Aufstockung der Stellen nach dem Fall Jessica natürlich mehr Fälle entdeckt und bearbeitet werden. Es gibt auch eine wesentlich höhere Aufmerksamkeit und Sensibilisierung in der Bevölkerung und an vielen staatlichen Stellen und so etwas kommt dann hierdurch zustande.

Das bedeutet also nicht gleich, es gäbe jetzt mehr Fälle und die Situation in der Stadt hätte sich verschlechtert; das stimmt in dem Fall nicht.

Herr Böwer, ich habe es schon einmal erwähnt: Es geht nicht darum, in der Ausschusssitzung irgendeine Debatte oder Thematisierung dieser Frage zu verhindern, sondern es geht darum, mehr Informationen zu haben, gezielter heranzugehen und am 21. April werden wir, der Senat und wir alle, uns dem stellen.

Dieses Parlament ist die Legislative und die Ausschüsse in diesem Parlament werden ausschließlich per Tagesordnung von den Fraktionen beschlossen. Wenn Sie hier sagen, der Senator hätte die Ansage gemacht, das von der Tagesordnung zu nehmen, finde ich das eine böartige Unterstellung Ihrerseits.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das zeigt wieder, dass Sie es lediglich darauf absehen, hier eine Selbstinszenierung mit einer dramaturgischen Wendung beizufügen, damit Sie sich dann auch wirklich im Ausschuss selbst gerecht werden.

Lassen Sie mich noch einmal zum Fall Lara und den U-Untersuchungen etwas sagen. Ich hatte es schon eingangs gesagt, der Fall Lara liegt in diesem Fall doch etwas anders.

Die Frage ist einfach in letzter Konsequenz: Was kann man tun, was können wir an Qualität verbes-

sern, wenn eine Hilfe schon direkt vor Ort ist? Diese Frage stelle ich hier noch einmal: Was muss denn alles passieren, wenn ein Kind akut erkrankt mit allen Anzeichen, die dazu gehören – Dehydrierung, starke Abnahme –, damit irgendwer dieses Kind dann zum Arzt bringt? Das ist die entscheidende Frage und diese Frage geht nicht nur an das Elternhaus, sondern auch in Richtung Betreuung, das muss ich leider sagen, denn das wird mit Sicherheit aufgefallen sein.

Insofern gibt es noch viele Punkte und Aspekte, die wir dort beleuchten müssen. Das sind eben auch der Hilfeplan und der Hilfeverlauf. Ich möchte hier keine Schuldzuweisungen in Richtung Bezirksamt Hamburg-Mitte machen, aber – das hat auch der Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte, Herr Schreiber, schon gesagt – man muss diese ganze Thematik selbstkritisch aufarbeiten.

Wenn man wirklich Fehler erkennen möchte zum Wohle der Kinder dieser Stadt, dann nützt es überhaupt nichts, wenn Sie, Frau Veit, permanent auf Ihrer Internetseite oder in Presseerklärungen immer wieder sagen, Senator Wersich sei schuld. Dann entlarven Sie sich selbst. Sie versuchen nur, den Eindruck zu erwecken, dass Sie hier einen Schuldigen gefunden haben. Vielleicht versuchen Sie künftig einfach einmal, den Eindruck zu erwecken, dass Sie sich sachlich mit dieser Thematik auseinandersetzen möchten.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Ich möchte nur noch zwei Sätze sagen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu den Zahlen, die hier gerade im Umlauf waren im Zusammenhang mit den Streichungen. Wie Sie alle wissen, wird auch immer wieder in die Hilfen zur Erziehung durch Nachtragshaushalte investiert. Zuletzt waren es über 20 Millionen Euro. Das ist natürlich richtig und angemessen, weil die Hilfen zur Erziehung angestiegen sind durch verschiedene Faktoren, die wir schon oft besprochen haben: Mehr Meldungen, längere Hilfeleistungen, viel mehr Fälle, wodurch auch immer ausgelöst. Das heißt, Hilfen zur Erziehung sind wichtig und werden es natürlich auch bleiben.

Das ist auch eine gesetzliche Leistung, das muss man noch einmal deutlich sagen. Den Menschen, die Hilfe zur Erziehung beantragen, steht das per Gesetz zu. Das heißt, hier kann man gar nicht kürzen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Und Sie tun das trotzdem, Frau Blömeke!)

(Christiane Blömeke)

sondern das sind Ihre Behauptungen, die entbehren jeder gesetzlichen Grundlage.

Einen Punkt möchte ich noch gerne zu Frau Artus sagen, dazu bin ich vorhin nicht gekommen. Frau Artus sagte, sie hätte sich im Ausschuss gestern gewünscht, über die Arbeitssituation der Mitarbeiter in der Jugendarbeit und ihre Bezahlung zu reden. Frau Artus, das können wir alles gerne tun, aber wenn die Anmeldung zur Tagesordnung heißt "Der Fall Lara", dann geht es primär erst einmal nur darum, aufzudecken oder nachzufragen, woran dieses Kind gestorben ist. Wo war der Missetand, wo lag das Problem, was können wir in diesem Netzwerk Kindeswohl verbessern?

Natürlich können wir in Selbstbefassung, wenn das von allen Fraktionen gewünscht ist, immer wieder auch über die Arbeitssituation beim ASD reden. Sie können auch einen Antrag einbringen, der dann hier Gegenstand einer Debatte ist, um die Bezahlung der ASD-Mitarbeiter zu verbessern, wenn Sie das möchten.

Dass die eine Garantenpflicht haben, haben nicht wir verschuldet, das bringt der Beruf leider so mit sich. Es ist ein schwerer Beruf, der hoffentlich sehr gut angesehen wird und an Anerkennung gewinnt in Hamburg. Da möchte ich wirklich eine Lanze für die Mitarbeiter brechen, es ist einer der schwersten Berufe, in dem man mit Kindern in der Familie immer am Ball bleiben muss und in der Tat mit einem Bein im Gefängnis steht, wenn man etwas übersieht.

Von daher ist die Diskussion über die Arbeitssituation der ASD-Mitarbeiter auch durchaus berechtigt. Ich wünsche mir noch viele fachpolitische Diskussionen im Ausschuss.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Jetzt sehe ich zum ersten Thema keine Wortmeldungen mehr und frage die nächste Fraktion, nämlich die GAL-Fraktion, ob sie für zwei Minuten noch das Wort wünscht? Das sehe ich nicht und somit setze ich das Einverständnis voraus, dass wir die Aktuelle Stunde beenden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf, das ist die Drucksache 19/516: Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts

– Drs 19/516 –]

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragraph 4 eine geheime

Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, dass Frau Thomas und Herr Hakverdi abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie dann, zur Kanzleibank zu gehen, dort den Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Füllen Sie den Zettel bitte in den Wahlkabinen aus. Ich bitte, den Stimmzettel jeweils mit nur einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen nicht zweifelsfrei erkennen lassen, sind ungültig. Auch unausgefüllte Zettel sind ungültig. Nach der Wahlentscheidung gehen Sie bitte zu Herrn Hakverdi, bei dem die Wahlurne steht, und stecken Sie den Zettel dort bitte in dieselbe.

Ich darf nun Herrn Hakverdi bitten, mit dem Aufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlung werden vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Ich frage, ob ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden ist. – Das ist erkennbar nicht der Fall. Ich stelle dann fest, dass alle aufgerufen worden sind und die Stimmenabgabe damit abgeschlossen ist. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen.

Ich bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung kurz unterbrochen.

Unterbrechung: 16.34 Uhr

Wiederbeginn: 16.44 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt:

Bei der Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind 113 Stimmen abgegeben worden. Davon waren alle gültig. Auf Frau Cornelia Ganten-Lange entfielen 104 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

(Beifall im ganzen Hause)

Damit ist Frau Ganten-Lange zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden.

Ich bitte Sie nunmehr, hier nach vorne in unsere Mitte zu kommen.

Frau Ganten-Lange, die Bürgerschaft hat Sie soeben zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Dazu darf ich Ihnen zunächst die Glückwünsche des Hauses aussprechen. Ich frage Sie sodann, ob Sie die Wahl annehmen?

Cornelia Ganten-Lange: Ich nehme die Wahl an.

Präsident Berndt Röder: Nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht haben die Mitglieder des Verfassungsgerichts vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor und bitte Sie, bei erhobener rechter Hand, die Beteuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe" nachzusprechen.

Der Eid hat folgenden Wortlaut:

"Ich schwöre, dass ich als gerechte Richterin allezeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde."

Cornelia Ganten-Lange: Ich schwöre es.

Präsident Berndt Röder: Sie haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen als Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts eine stets glückliche Hand in der Amtsführung, alles Gute, Glück und auch Befriedigung in dieser Aufgabe.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich rufe sodann den Tagesordnungspunkt 4 auf, das ist die Drucksache 19/1834: Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts

– Drs 19/1834 –]

Nachdem Frau Ganten-Lange eben zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden ist, haben wir nun eine weitere Wahl für ein vertretendes Mitglied vorzunehmen. Die Wahl findet wiederum in Wahlkabinen statt. Frau Thomas und Herr Hakverdi werden die Mitglieder der Bürgerschaft erneut in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Wir werden im Übrigen so verfahren wie eben bei der Wahl vorgelesen.

Herr Hakverdi beginnt mit dem Namensaufruf.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlung werden vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind. Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Ich bitte nunmehr, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Auszählung ist die Sitzung kurz unterbrochen.

Unterbrechung: 16.57 Uhr

Wiederbeginn: 17.03 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt:

Bei der Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind 111 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren alle gültig. Auf Frau Marianne Schulze entfielen 98 Ja-Stimmen bei 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Damit ist Frau Schulze zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich bitte nun Frau Schulze, hier nach vorne zu kommen.

Frau Schulze, die Bürgerschaft hat Sie soeben zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Dazu darf ich Ihnen die Glückwünsche des Hauses aussprechen. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen?

Marianne Schulze: Ich nehme die Wahl an.

Präsident Berndt Röder: Nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht haben die Mitglieder des Verfassungsgerichts vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor und bitte Sie, bei erhobener rechter Hand, die Beteuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe" nachzusprechen.

Der Eid hat folgenden Wortlaut:

"Ich schwöre, dass ich als gerechte Richterin allezeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde."

Marianne Schulze: Ich schwöre es.

Präsident Berndt Röder: Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen als vertretendes Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts eine glückliche Hand bei der Ausübung Ihres Amtes, Glück und Befriedigung bei dieser Aufgabe.

(Beifall im ganzen Hause – Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Meine Damen und Herren! Ich rufe den Tagesordnungspunkt 52 auf, Drucksache 19/2617: Bericht des Haushalts-

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)

ausschusses über die HSH-Nordbank, Strategische Neuausrichtung.

[Bericht des Haushaltsausschusses zum Thema:

Sachstandsbericht zur HSH Nordbank (Selbstbefassungsangelgenheit)

sowie über die Drucksache 19/2428:HSH Nordbank:Strategische Neuausrichtung (Senatsantrag)

– Drs 19/2617 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/2693 in einer Neufassung ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und GAL vor.

[Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und GAL: HSH Nordbank AG

– Drs 19/2693 (Neufassung) –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auf Antrag des Senats beraten wir heute über die Neustrukturierung der HSH Nordbank. Es geht darum, eine Anstalt öffentlichen Rechts zu gründen, in die Hamburg 1,5 Milliarden Euro Eigenkapital durch Kreditaufnahme bereitstellt und die 5 Milliarden Euro garantiert zur Rettung der HSH Nordbank.

Bevor man inhaltlich über die Punkte redet, muss man eines feststellen: Das ist die größte Summe, über die diese Bürgerschaft jemals beschlossen hat. Wir alle wissen, dass diese Entscheidung sehr weitreichende Folgen haben kann.

Es ist noch nicht lange her, dass in den USA auch eine Entscheidung getroffen wurde, Banken zu stützen oder in die Pleite gehen zu lassen. Wir alle haben erlebt, welche katastrophalen Folgen es hatte, als man zuließ, dass eine systemrelevante Bank pleite gegangen ist. Aus einer Rezession in den USA wurde eine weltweite Banken- und Wirtschaftskrise, die Hunderttausende, ja sogar Millionen Arbeitsplätze vernichtete.

Eine ähnliche Entscheidung müssen wir heute treffen über die HSH Nordbank, die zehntgrößte Bank Deutschlands in der größten Volkswirtschaft Europas. Wenn man sich diese Entscheidung ansieht, muss man gleichzeitig sagen, dass wir diese sehr schwierige und weitreichende Entscheidung zu einem Zeitpunkt treffen müssen, in dem sehr große Unsicherheit herrscht, wo man nicht die notwendige Klarheit hat, wie die Situation ist und wie die Zukunft aussehen wird. Nichtsdestotrotz müssen wir heute eine Entscheidung treffen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Angesichts einer unverantwortlichen Spekulation und Finanzinstrumenten, die derart unüberschau-

bar sind und so große Risiken enthalten, dass man sie gar nicht mehr genau einschätzen kann, dass der Finanzmarkt, wie unser Bundespräsident es genannt hat, ein Monster geschaffen hat, das Risiken beinhaltet, ist das keine einfache Entscheidung.

Ich glaube, ich spreche heute nicht nur für mich, den finanzpolitischen Sprecher der GAL, sondern auch für die anderen finanzpolitischen Sprecher, die für ihre Fraktionen die Entscheidung vorbereiten mussten und auch Empfehlungen vorbereiten mussten. Ich muss Ihnen persönlich sagen, mir ist es sehr schwergefallen, die Entscheidung zu treffen, meiner Fraktion zu empfehlen, diesem Rettungspaket zur HSH Nordbank zuzustimmen. Aber dennoch, bei Abwägung aller Fakten und Daten, bin ich zu der Entscheidung gekommen, dass es keine verantwortbare Alternative gibt, diese Bank zu retten, wenn wir den Haushalt der Hansestadt Hamburg, die Steuerzahler vor unzumutbaren Lasten bewahren wollen und verhindern wollen, dass mit dem Untergang der HSH Nordbank Tausende von Firmen in den Konkurs gehen und Hunderttausende Arbeitnehmer ihre wirtschaftliche Existenz verlieren. Vor diesem Hintergrund gibt es keine verantwortbarere Alternative, als heute die HSH Nordbank zu retten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich kann das heute auch mit gutem Wissen und Gewissen empfehlen, weil es in den letzten Wochen gelungen ist – und wir alle im Haushaltsausschuss haben das in langen Sitzungen und langen Akteneinsichten tun müssen –, uns mit den Inhalten zu beschäftigen und wir jetzt die Daten und Informationen vorliegen haben, die wir für eine verantwortbare Beurteilung und Entscheidung auch brauchen. In der Expertenanhörung im Haushaltsausschuss haben auch alle Experten diese Aussage getroffen. Aufgrund dieser Daten können und müssen wir jetzt eine Entscheidung treffen.

Alles, was wir gelernt haben, zeigt eigentlich eines: Die Alternative zur Rettung der HSH Nordbank, die Schließung der Bank oder eine kontrollierte Abwicklung, wie auch immer man das handhaben würde, hätte ein vielfach höheres Risiko als dieses Rettungspaket, das wir heute beschließen. Deshalb führt an dem Versuch, die Bank zu retten, kein Weg vorbei. Wenn wir es nicht tun, wäre der Preis, den wir alle zahlen müssten, um ein Vielfaches höher.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Betrachten wir einmal die Alternative, die Schließung der HSH Nordbank. Es geht hier um eine Bank mit einer Bilanzsumme von mehr als 200 Milliarden Euro, das sind 75 Prozent des Bundeshaushalts der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg und Schleswig-Holstein und die Sparkassen müssen für 64 Milliarden Euro über die Gewährträ-

(Jens Kerstan)

gerhaftung bürgen. Bei Schließung der Bank würden die Vermögenswerte der Bank verkauft und von dieser Summe abgezogen. Nach Einschätzung der uns vorliegenden Daten würde dann eine in bar von den Ländern zu begleichende Summe zwischen 38 und 58 Milliarden Euro übrigbleiben. Hamburgs Anteil daran ist 30 Prozent.

Aber das ist noch nicht das Ende der Geschichte, denn es handelt sich um eine gesamtschuldnerische Haftung. Die Sparkassen in Schleswig-Holstein könnten ihre Summe nicht aufbringen, im Gegenteil. Wenn sie ihre Anteile an der HSH Nordbank über Nacht auf Null abschreiben müssten, dann wären alle Sparkassen Schleswig-Holsteins pleite. Schleswig-Holstein müsste, weil es auch dort eine Gewährträgerhaftung gibt, für die Sparkassen bürgen. Die Zinsen für die Kredite zur Begleichung dieser Verpflichtungen, die Schleswig-Holstein aufnehmen müsste, könnte es wahrscheinlich mit seinen laufenden Einnahmen nicht mehr begleichen und würde zahlungsunfähig.

Dann würde Hamburg eintreten müssen und für die gesamte Summe von 64 Milliarden Euro haften müssen. Ob Hamburg eine solche Last tragen könnte, ist sehr fraglich. Ich sage es nur einmal zum Vergleich. Wir haben im Moment 22 Milliarden Euro Schulden in dieser Stadt, fast eine Verdreifachung, die dazu obendrauf käme. Deshalb ist es nicht nur vertretbar, sondern auch absolut notwendig zu versuchen, diese Bank zu retten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch mit einzelnen Legenden aufräumen, die, je öfter sie wiederholt werden – auch von ehemaligen Ministern von Landesregierungen –, nicht wahrer werden.

Dieses Rettungspaket müssen Hamburg und Schleswig-Holstein allein schultern, weil der Bund zu keinem Zeitpunkt im Prozess bereit war, einen Beitrag dazu zu leisten. Das kann ich deshalb ganz deutlich sagen, weil wir Grüne eigentlich am Anfang zur Bedingung machen wollten, dass Hamburg seinen Beitrag nur dann leiste, wenn auch der Bund wie bei der Dresdner Bank, der Commerzbank oder anderen Banken seinen Beitrag leiste. Aber wir haben es mittlerweile schriftlich von der Bundesaufsicht und auch vom Bundesfinanzministerium bekommen, dass der Bund daran nicht interessiert ist, dass er nicht bereit ist, diese Bank zu retten, auch wenn er selber sagt, das es eine systemrelevante Bank sei. Deshalb führt kein Weg daran vorbei, dass Hamburg heute und Schleswig-Holstein am Freitag unsere Entscheidung allein treffen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben es hier mit einer wirklich existenziellen Situation nicht nur für die Bank, sondern auch für die beteiligten Bundesländer zu tun. Deshalb finde

ich es gut, dass wir diese Entscheidung zusammen in dem Sinne treffen, zwischen Opposition und Regierungsfractionen gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, weil ich glaube, dass angesichts einer solchen Situation parteipolitische Profilierungsversuche oder das übliche Spiel Opposition/Regierung verfehlt sind.

Ich muss Ihnen sagen, meine Damen und Herren von der SPD, dass Sie der Versuchung widerstanden haben, dort einen harten, unverantwortlichen Oppositionskurs zu fahren, sondern bereit sind, mit dem Zusatzantrag gemeinsam mit uns an dem Ziel der Rettung der Bank und der Abwendung des Schadens von Hamburg zu arbeiten, dafür möchte ich Ihnen ausdrücklich meinen Respekt aussprechen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dass das nicht selbstverständlich ist, zeigt der Blick in unser Nachbarland Schleswig-Holstein, wo sogar eine Regierungskoalition vor einer großen Zerreißprobe angesichts einer so weitreichenden Entscheidung steht.

Wenn ich vorhin gesagt habe, dass eigentlich alle, die mit den Zahlen und Daten der HSH Nordbank vertraut sind, erkannt haben, dass kein Weg an der Rettung dieser Bank vorbeiführt, dann ist das natürlich nur ein Teil der Wahrheit. Die Fraktion der LINKEN wird heute dieses Rettungspaket ablehnen.

Ich möchte Sie noch einmal fragen, ob Sie wirklich bereit sind, diese Verantwortung zu tragen. Sie betonen sehr das Risiko, das mit dieser Rettung verbunden sei. Niemand von uns, und auch wir tun das nicht, kann garantieren, dass diese Rettung wirklich gelingen wird, denn das hängt nicht nur von dem Konzept der Bank ab, von dem alle Experten sagen, dass es tragfähig sei, sondern auch davon, was mit der Weltwirtschaft passiert, ob die ganzen Konjunkturpakete in Deutschland, in Europa und in der Welt greifen oder ob wir vielleicht sogar eine Weltwirtschaftskrise analog der Dreißigerjahre bekommen.

In einer solchen Situation zu sagen, die Rettung könne sowieso nicht gelingen, der Absturz sei unvermeidlich, man solle nur nicht den Rettungsversuch wagen, sondern einen Anlauf nehmen und freiwillig in den Abgrund springen und dabei in Kauf zu nehmen, dass Tausende von Firmen pleite gehen und Hunderttausende von Menschen hier in dieser Region den Arbeitsplatz verlieren, das ist nicht der übliche verbale Radikalismus der LINKS-Fraktion, sondern das ist wirklich für die Existenz vieler Menschen dieser Region gefährlich

(Frank Schira CDU: Das ist neoliberal!)

und darum nicht verantwortbar.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

(Jens Kerstan)

Wir versuchen heute nicht, eine Spielwiese für Landespolitiker im Landesbankwesen zu erhalten. Es ist auch kein Einknicken vor einer Banklobby oder vor Bankern, die diese Krise erst verursacht haben. Wir müssen die HSH Nordbank retten, weil eine Insolvenz viele unbeteiligte Menschen ins Elend reißen würde.

Es ist der Versuch, angesichts eines furchtbaren wirtschaftlichen Jahres, das vor uns liegt, dafür zu sorgen, dass dieses Jahr nicht in der Katastrophe endet. An dieser Entscheidung führt kein Weg vorbei und darum bitte ich Sie alle dringend, diesem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Schira.

Frank Schira CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kerstan sprach es an, wir haben heute eine Entscheidung von sehr großer Tragweite zu treffen. Es geht um insgesamt 13 Milliarden Euro. Die Senatsvorlage hatten wir am vergangenen Donnerstag durch einen Antrag der Koalitionsfraktionen im Haushaltsausschuss ergänzt. Damit haben die CDU und die GAL deutlich gemacht, dass die Bürgerschaft als Haushaltsgesetzgeber eine sehr große Verantwortung trägt. Diese Verantwortung geht angesichts des Volumens weit über die üblicherweise zu fassenden Beschlüsse hinaus.

Die SPD hat auch einen eigenen Antrag erarbeitet und sich damit ihrer parlamentarischen Verantwortung gestellt. Über diesen Zusatzantrag haben wir in den letzten zwei Tagen intensiv diskutiert. Trotz aller Unterschiede zwischen Regierungsfractionen und der größten Oppositionsfraction haben wir heute früh in der politischen Bewertung einen gemeinsamen Antragstext entwickelt. Damit fassen wir unsere Beschlüsse zur Rettung der HSH Nordbank zusammen.

Auch wenn mir aufgetragen worden ist, nicht allzu viel Lob auszuschütten, möchte ich Ihnen, Herr Neumann und Herr Dr. Tschentscher, für die konstruktiven Gespräche danken.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Durch den Antrag der Koalition im Haushaltsausschuss und jetzt durch den gemeinsamen Antrag wird das Selbstverständnis der Bürgerschaft deutlich, dass auch inhaltlich sehr intensiv an der Rettung der HSH Nordbank mitgearbeitet worden ist. Wir stellen nicht nur das Geld bereit, wir wollen auch mehr Transparenz und mehr Kontrolle und das kann aus parlamentarischer Sicht nur gut sein.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der Abstimmung über den Haushalt vor einigen Wochen ging

es um eine vergleichbare Größenordnung. Trotzdem kann man die heutige Entscheidung natürlich nicht mit der Abstimmung über den Haushalt vergleichen. Beim Haushalt kennen wir die Gegenleistung und er ist im Prinzip ständig korrigierbar.

Heute stimmen wir eher über einen Hoffnungswert ab, eine Entscheidung, die wir nicht, auch nicht teilweise, zurücknehmen können. Wir wissen nicht, wie sich die Weltwirtschaft entwickelt, also bleibt es ein Risiko. Aber wenn wir jetzt nicht handeln, droht uns ein viel größeres Risiko. Uns droht ein Schaden, der die Existenz der beiden norddeutschen Bundesländer gefährden könnte. Dabei spielt es keine Rolle, dass unser nördlicher Nachbar in einer erheblich schwierigeren finanziellen Situation ist als Hamburg.

Einige Worte zur Sachverhaltsdarstellung, zur Chronologie der Krise der HSH Nordbank: Die Bank hat in den vergangenen Jahren insgesamt mehrere 100 Millionen Euro an Hamburg abgeführt. Auch das gehört zur Wahrheit und darüber haben sich, glaube ich, alle sehr gefreut. Aber wie diese beträchtlichen Gewinne zustande gekommen sind, wurde zu wenig hinterfragt.

Es waren übrigens zuerst und hauptsächlich die staatlichen Banken, die Industriekreditbank und die Banken der Bundesländer, die massiv in den Strudel der Finanzkrise gerieten. Dies soll uns intensiv zum Nachdenken anregen, unter anderem auch über die Frage, wie Hamburg zukünftig mit seiner Beteiligung umgehen soll. Unsere Landesbank war und die HSH Nordbank ist ein führender Dienstleister im Transportbereich. Sie ist weltweit größter Schiffsfinanzierer, sie hat eine herausragende Bedeutung für die Region.

Die CDU-Bürgerschaftsfraction stellte in den Neunzigerjahren mehrfach die Frage, ob Hamburg Mehrheitsgesellschafter und Gewährträger einer großen Geschäftsbank sein muss. Die Entscheidung über die Gewährträgerhaftung hat uns die EU-Kommission abgenommen. Die Entscheidung über die Frage, ob Hamburg eine erhebliche Bankbeteiligung halten sollte oder nicht, steht aus. Wir können sie, wenn wir den heutigen Beschluss fassen, hoffentlich in einigen Jahren hier diskutieren und dann auch treffen.

Wir stehen heute als Abgeordnete vor einer schweren Entscheidung. Unser Beschluss ist von enormer Tragweite für Hamburg, für die HSH Nordbank und ihre Mitarbeiter. Die Bedeutung reicht aber weit darüber hinaus. Die norddeutsche, die ganze maritime Wirtschaft sind ebenso betroffen wie das gesamte Bankensystem in Deutschland. Natürlich erreichen uns jeden Tag Anfragen von besorgten Bürgern und Unternehmen. Auch Mitarbeiter der existenzbedrohten Bank melden sich bei uns.

(Frank Schira)

Die weltweite Finanzkrise zwingt uns zu einer Entscheidung über die Existenz dieser Bank. Ein Zusammenbruch, auch das hat Herr Kerstan deutlich gemacht, würde die Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein in ihren Grundfesten erschüttern.

Welche Alternativen haben wir, was wären die Folgen einer Ablehnung des Senatsantrags? Es geht nicht allein um eine Bank, es geht unseres Erachtens um Hunderttausende von Arbeitsplätzen in der Region. Eine solch gefährliche Entwicklung dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Norbert Hackbusch *DIE LINKE*: Das hat sie doch gemacht!)

Die HSH Nordbank gehört zu den bedeutenden deutschen Banken, ihr Untergang hätte unübersehbare Folgen. Zu den systemrelevanten Banken zählen alle Landesbanken. Wenn eine von diesen Landesbanken untergeht, dann zieht sie alle mit.

Hinzu kommt die drohende Gewährträgerhaftung aus altem Recht. Die Haftung für Verbindlichkeiten der Bank beläuft sich auf fast 65 Milliarden Euro. Davon verbleiben mindestens 23 Milliarden Euro in der Verantwortung Hamburgs.

Diskutiert wurde in den vergangenen Wochen auch, ob wir die HSH Nordbank geordnet abwickeln können. Dies wäre aber mit ebenso großen Risiken verbunden. Dann müsste Hamburg als Anteilseigner seine Verpflichtung erfüllen, wir müssten dann auch für eine Rekapitalisierung sorgen.

Immer wieder wurde die Frage gestellt, warum wir denn nicht den Finanzmarkt-Stabilisierungsfonds nutzen. Die kurze und eindeutige Antwort: Es geht nicht. Die Kollegen des Schleswig-Holsteinischen Landtags und unser Haushaltsausschuss haben in vielen Sitzungen mit ausführlichen Expertenanhörungen diese Frage intensiv diskutiert. Die eindeutige Antwort des Chefs des Bankenhilfsfonds SoFFin war bei der Anhörung in Kiel, dass zunächst die Länder ihren Rettungsplan umsetzen müssen. Dies ist eine Voraussetzung für den SoFFin, weitere Schritte vorzunehmen. Das haben uns auch die Experten in unserer Haushaltsausschusssitzung noch einmal bestätigt.

Die finanziellen Lasten bei Landesbanken sind den Ländern zuzuordnen; so steht es eindeutig in der Gesetzesbegründung. Hamburg und Schleswig-Holstein sind in der Pflicht, dies können wir nicht wegdiskutieren, das können wir auch nicht wegentscheiden. Aber wie sehen unsere Alternativen unter diesen Bedingungen aus? Entweder wir entscheiden uns für die Rettung der Bank oder, wie es die LINKEN wollen, wir wickeln sie ab.

Was können wir erreichen, wenn wir diesen vorgeschlagenen Weg gehen? Wir glauben, es gibt kei-

ne vernünftige Alternative zum Fortführungsmodell. Das ist das zentrale Ergebnis der Ausschussberatungen, die ernsthaft bei uns und in Kiel geführt wurden. Kein Sachverständiger hat uns oder den Kieler Kollegen etwas anderes gesagt. Die Bank hat für unsere Region eine große Bedeutung. Sie ist im Firmengeschäft fest verankert, sie wird von den Unternehmen als verlässlicher und lösungsorientierter Partner gesucht. Das gilt insbesondere für die Schiffsfinanzierung.

Jedes zweite von der HSH Nordbank finanzierte Flugzeug ist ein Airbus, das ist gerade für Hamburg wichtig. Ich verkenne nicht, dass die Finanzierung von Schiffen und Flugzeugen in diesem und wohl auch im nächsten Jahr nicht gerade ein Wohlstandsquell sein werden. Aber ich bin auch der festen Überzeugung, dass sich dies wieder ändern wird.

Die HSH Nordbank beziehungsweise ihre beiden Vorgänger haben jahrzehntelange Geschäfts- und Vertrauensbeziehungen aufgebaut. Die Unternehmen haben einen Partner, den sie kennen und der über eine sehr große Erfahrung in einem speziellen Marktsegment verfügt. Auf diesem soliden Fundament, glauben wir, soll auch zukünftig die Chance sein für Geschäfte zum beiderseitigen Nutzen.

Gestatten Sie mir einige Worte zum Risiko und zur Verantwortung. Wir sind uns als Parlamentarier alle bewusst, welche Verantwortung wir heute tragen. Wir sollen hier einer Vorlage zustimmen, die auf die finanzielle Stabilität unserer Stadt eine ganz erhebliche Auswirkung hat. Die Zeit drängt, trotzdem haben wir uns sehr intensiv mit dem Für und Wider einer Rettung der Bank beschäftigt.

Der Haushaltsausschuss der Bürgerschaft hat am 17. Februar 2009 gemeinsam mit dem Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags beraten und am 19. März 2009 befragten die Kollegen in Kiel dazu Experten. Das Ergebnis der Anhörung war eindeutig. Am 24. März 2009 haben wir unsere Expertenanhörung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass der Rettungsplan – das ist die Meinung der Experten des Senats und der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung – der einzig gangbare Weg ist.

Natürlich kann uns kein Experte oder gar der Bankvorstand irgendetwas garantieren. Wir gehen ein Risiko ein, das ist richtig. Wir können als Parlamentarier auch nicht garantieren, dass dieses Rettungsmodell den Hamburger Haushalt nicht belasten wird, aber wir kennen keine Alternative dazu.

Eine Nicht-Zustimmung hätte mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit ungeheure finanzielle, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen auf unsere Stadt. Auch das haben die Experten bestätigt. Es geht um die Arbeitsplätze bei der HSH Nordbank, aber es geht um eine vielfache Zahl von Arbeitsplätzen bei den Kunden der Bank, bei den Un-

(Frank Schira)

ternehmen in Gesamtdeutschland. Ein von der SPD-Fraktion benannter Sachverständiger sprach vergangene Woche im Haushaltsausschuss von 150 000 bis 200 000 Arbeitsplätzen, die unmittelbar von der Finanzierungsbank HSH Nordbank abhängen.

Auch der Senat hat in seiner Drucksache die Konsequenzen einer Abwicklung der Bank dargestellt. Ich weiß, dass wir heute unter hohem Druck stehen und ich verstehe es auch, wenn der eine oder andere Kollege in diesem Haus sagt, dass er in den vergangenen Wochen das Gefühl hatte, nicht optimal informiert worden zu sein. Kein Mitglied meiner Fraktion hat das Drängen der Oppositionsabgeordneten auf mehr konkrete Informationen kritisiert und das werden wir auch nicht tun.

Für die Beteiligten im Senat und der Bank war und ist aber auch jede Informationsweitergabe eine schwierige Gratwanderung. Die Bank braucht zum einen die Zustimmung des Parlaments. Wir als Abgeordnete müssen die Entscheidung aufgrund fachlich fundierter Informationen treffen, aber die Bank hat auch bei der Weitergabe sensibler Daten ihre zukünftigen Geschäftsinteressen zu beachten.

Diese Problematik wurde nach meinem Eindruck in den vergangenen Tagen zwar nicht vollständig, aber zumindest zur weitgehenden Zufriedenheit aller Beteiligten gelöst.

(Wolfgang Rose SPD: Na, na!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden die Informationsverpflichtungen des Senats gegenüber dem Parlament jetzt erweitern und festschreiben. Der Antrag der Koalitionsfraktionen zur regelmäßigen Berichtspflicht des Senats im Unterausschuss Vermögen und öffentliche Unternehmen ist Bestandteil unserer heutigen Entscheidung.

Auch mir wäre es lieber, wenn wir heute nicht abstimmen müssten. Ich glaube auch, kein verantwortungsbewusster Parlamentarier freut sich heute auf diese Entscheidung. Das können wir uns aber nicht aussuchen. Die Lage ist jetzt da, wir sind gefordert, über den Erhalt der HSH Nordbank zu entscheiden.

Ich möchte noch einmal auf den bereits vorhin erwähnten Sachverständigen zurückkommen. Im Haushaltsausschuss sagte Herr Christ in der vergangenen Woche, dieses Thema eigne sich nicht für parteipolitische Grabenkämpfe. Vielmehr müsse man jetzt sachlich diskutieren und zu einer Entscheidung für Hamburg kommen.

Es bleiben Fragezeichen und Risiken. Nach Abwägung aller uns bekannten Sachverhalte und Experteneinschätzungen steht allerdings für uns fest: Es gibt zum Erhalt dieser Bank keine Alternative. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Neumann.

Michael Neumann SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen, das haben Jens Kerstan und Frank Schira gesagt, heute eine schwere und weitreichende Entscheidung treffen. Ich muss für mich persönlich sagen, dass es die weitreichendste und schwierigste Entscheidung ist, die ich in diesem Parlament zu treffen habe, dem ich seit zwölf Jahren angehöre. Und ich weiß aus den Gesprächen in meiner Fraktion, aus den Diskussionen und Debatten auch heute noch und in unserer Sondersitzung, dass es vielen in meiner Fraktion, aber auch nicht wenigen der anderen Fraktionen ebenso geht. Bei der Frage der Volksgesetzgebung, des Verkaufs unserer Krankenhäuser, der Airbus-Erweiterung in das Mühlenberger Loch, hatte ich stets ein relativ sicheres Gefühl für das, was richtig und was falsch ist. Das habe ich aber bei der heute zur Entscheidung stehenden Frage nicht. Und ich bin sicher nicht der Einzige, der ein sehr großes Unwohlsein darüber empfindet, wie der Senat im Zusammenhang mit diesem Themenkomplex der HSH Nordbank mit der Öffentlichkeit umgegangen ist.

Es ist keine unnötige Schärfe zu sagen: Der Senat konnte Parlament und Öffentlichkeit kaum schlechter behandeln, als er es in den letzten Wochen und Monaten getan hat.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Aus meiner Sicht wurde getarnt, verschleiert und in Teilen wohl auch getäuscht, was das Verfahren, die Information oder gar die Beteiligung des Parlaments angeht. Viele Menschen in unserer Stadt und vielleicht auch der eine oder andere in meiner Fraktion und meiner Partei erwarten wohl allein deshalb schon eine Ablehnung der Senatsdrucksache durch meine Fraktion. Ich weiß aber auch, dass es bei dieser Frage eben nicht nur um die eigene Befindlichkeit geht oder darum, Eitelkeiten zu befriedigen, sondern es geht um Verantwortung, vernünftige Risikoabschätzung und auch um Vertrauen. Und Vertrauen ist genau das, was wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in die handelnden Personen – der Vorstand ist ja heute auch hier – nicht haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben kein ausreichendes Vertrauen in die Führung der HSH Nordbank, das teilen wir übrigens mit der Resolution des Schleswig-Holsteinischen Landtags, und wir haben insbesondere kein ausreichendes Vertrauen zum Senat und namentlich nicht zum Finanzsenator Freytag.

Im Übrigen ist das, was ich gerade ausgedrückt und formuliert habe, nicht nur Befindlichkeit der Opposition. Ich weiß auch von nicht wenigen Kolleginnen und Kollegen in der Regierungskoalition,

(Michael Neumann)

die ähnlich empfinden, die den unwürdigen und zum Teil undemokratischen Umgang des Senats mit der Bürgerschaft zu Recht kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

Allein der Vorgang, einem einzigen Abgeordneten für kaum 24 Stunden gestern die Einsicht in den Jahresabschluss zu gewähren und denselben Abgeordneten zu absoluter Verschwiegenheit zu verpflichten, ist aus der Sicht meiner Fraktion und auch aus meiner persönlichen Sicht skandalös.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat im Haushaltsausschuss genau zu diesem Thema der Neuausrichtung der HSH Nordbank eine Expertenanhörung beantragt und die Experten sagten – das haben Herr Kerstan und Herr Schira schon angesprochen – durchweg, es gebe zum jetzigen Zeitpunkt keine vernünftige Alternative zur Fortführung der Bank. Eine kontrollierte, das haben Sie angesprochen, oder zwangsweise Abwicklung der Bank berge noch erheblich größere Risiken als das Nachschießen von 3 Milliarden Euro Kapital und die Garantie, für weitere 10 Milliarden Euro Verluste geradezustehen.

Das war eine wahrlich deutliche Ansage. Diese klare Ansage der Experten haben wir als Auftrag angenommen. Das hieß aber auf der anderen Seite nicht, es ist alles in Butter, folgt nur blind weiter dem Senat, denn die Experten wiesen gleichzeitig auch deutlich auf die Risiken des Konzepts hin. Mit dem Hilfspaket, das heute debattiert und auch entschieden wird, wird die Bank eben nicht dauerhaft gerettet, es wird gerade einmal die Fortführung auf einer sehr schmalen Kapitalbasis ermöglicht, und das trotz der 3 Milliarden Euro Eigenkapitalzufuhr.

3 Milliarden Euro, das ist eine für uns privat ohnehin unvorstellbare Summe, dies gilt aber auch für die Debatte hier. Man muss sich das in der Relation vorstellen: Nach jetzigem Kostenstand – der ist ja auch flexibel – könnten wir damit sechs Elbphilharmonien bauen und für mehr als drei Jahre den Etat von Polizei und Feuerwehr finanzieren. Das macht deutlich, über welche Dimensionen wir sprechen.

Herr Freytag feierte im November die erste Konzernbilanz unserer Stadt. Dort wurde ausgewiesen, dass die Stadt über eine Eigenkapitaldecke von 3,7 Milliarden Euro verfüge. Wenn man das in Relation zu den Verlusten der HSH Nordbank setzt, dann wird das locker halbiert. Und wenn die Garantie auch noch gezogen wird, ist das Eigenkapital der Stadt komplett weg, verbraucht, ohne einen Gegenwert auf der Aktivseite, es ist einfach weg. Es wird negativ oder – manche mögen es technisch ausdrücken – ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag, das heißt auf gut Deutsch: Dann wären wir pleite.

Das beschreibt die Dimension, das beschreibt die Tragweite Ihres Sanierungskonzepts, aber auch unserer Entscheidung, die wir heute hier treffen müssen. Deshalb hilft dabei nicht das Prinzip Hoffnung, sondern es hilft das Prinzip Verantwortung. Und zur Verantwortung gehört, dass man möglichst alle Informationen bekommt, um wirklich verantwortlich entscheiden zu können.

Wie aber verhält sich der Senat in dieser Situation? Da liegt auf der einen Seite ein vorläufiger Jahresabschluss der Bank seit Wochen vor und der Haushaltsausschuss wie auch seine Experten dürfen ihn nicht sehen. Da nützt es auch nichts, wenn Sie gestern – ich habe es angesprochen – 24 Stunden vorher vier Abgeordneten die Möglichkeit geben, dort hineinzuschauen.

Aber wir müssen heute entscheiden über diese 3 Milliarden Euro. Die 2000 Seiten, die man für eine Bewertung dieses Konzeptes wirklich kennen muss, geben uns vor dieser Entscheidung keine wirkliche Hilfestellung. Es geht um ein Gefühl, es geht um eine Einschätzung. Der Abgeordnete Völsch hat gestern dort hineingeschaut und mehr als ein – ich weiß nicht, wie das Herr Goldberg empfunden hat – kursives Durchschauen ist in Wirklichkeit nicht möglich gewesen. Und das muss die Grundlage dafür sein, heute eine solche Entscheidung zu treffen. Das Unerträgliche an diesem Vorgehen ist aber nicht die Blockadehaltung der Bank, Herr Schira hat darauf hingewiesen, da gibt es auch Zwänge. Doch es ist schon problematisch, dass der Senat dieses Blockieren der Bank auch noch unterstützt hat. Ich persönlich finde es auch unerträglich – und ich erkläre das auch für die Abgeordneten meiner Partei –, dass sich unsere Abgeordneten, dass Sie alle sich vom Senat haben anhören müssen, es sei dumm und unverschämt, von der Bank vermeintlich geheime Informationen zu verlangen, die auch die Sachverständigen als unverzichtbar beschrieben haben, um wirklich eine Entscheidung treffen zu können.

So glaube ich, dass neben die Krise und den Vieleicht-Skandal der HSH Nordbank ein weiterer Skandal tritt, nämlich das Demokratie- und Parlamentsverständnis dieses Senats, wie er in dieser Frage mit uns als Parlament umgegangen ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Als Opposition könnten wir es uns einfacher machen, so leicht wie die Grünen in Schleswig-Holstein, die sagen: Es gibt zwar keine vernünftige Alternative, aber die Verantwortung wollen wir als Opposition nicht tragen, wir wollen auch keine Vorschläge machen und deswegen sind wir auch nicht bereit zuzustimmen; wir sind halt Opposition, wir lehnen ab und fertig. Das ist ausdrücklich nicht die Auffassung der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Hamburgischen Bürgerschaft. Wir stehen zu unserer Verantwortung für Hamburg und wir haben uns auch in

(Michael Neumann)

der Krise der HSH Nordbank entsprechend verhalten. Aber das Krisenmanagement von Bank und auch Finanzsenator machen uns eine Zustimmung schwer. Da wurde namentlich von Herrn Freytag nach der Entlassung von HSH-Chef Berger der Eindruck erweckt, jetzt werde noch einmal alles von Grund auf geprüft. Ich zitiere aus dem Bericht des Haushaltsausschusses vom Dezember:

"... einen unabhängigen neutralen Dritten – KPMG – in die Bücher schauen zu lassen, um zu wissen, was noch auf alle Beteiligten zukomme."

Herr Freytag sagte weiter:

"Um Klarheit zu schaffen, sei an die KPMG ein Auftrag zur Erstellung einer Expertise gegeben worden."

Noch gestern verbreitete er sich in der "Hamburger Morgenpost":

"Die HSH Nordbank ist noch nie so durchleuchtet worden wie jetzt. Die Untersuchungen wurden von sechs renommierten Wirtschaftsprüfern und Beratungsgesellschaften sehr detailliert ausgeführt."

–Zitatende.

Entsprechen diese Aussagen des Finanzsenators der Wahrheit? In Wirklichkeit hat die KPMG einen Jahresabschluss geprüft, wie es ohnehin rechtlich notwendig war. Und die von Wirtschaftsminister Marnette ebenfalls geforderten Kernbohrungen in die Tiefe haben gleichfalls nicht stattgefunden. Bei Herrn Marnette handelt es sich nachweislich um einen erfahrenen Unternehmer, der in vielen Jahrzehnten die Norddeutsche Affinerie in die Spitzenposition gebracht hat, in der sie heute ist. Dieser Mann versteht sein Handwerk, und wenn dieser Mann sagt– ich zitiere –:

"Sowohl vom Finanzsenator in Hamburg als auch dem Finanzminister in Schleswig-Holstein wurde die Sache immer wieder schön-geredet."

Und wenn er sagt:

Die Situation bei der HSH-Nordbank war spätestens seit Frühjahr 2008 bekannt. Da konnte man bereits erkennen, dass es zu erheblichen Abschreibungen wegen dieser so genannten toxischen Papiere kam."

dann hat er Recht. Die Kritik von Herrn Marnette müssen auch wir als Parlament gemeinsam ernst nehmen und nicht mit einem Handstreich lapidar wegwischen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Nach der Schönrederei vor der Bürgerschaftswahl, nach der Schönrederei zum Jahresabschluss der HSH Nordbank 2007, nach der Schönrederei im Zusammenhang

mit der Kapitalerhöhung im Juni 2008, nach der Schönrederei nach der Lehman-Pleite und dem Halbjahresbericht war doch klar, dass 2008 ein Verlustjahr wird; trotzdem war die Informationspolitik der Bank gegenüber Öffentlichkeit und Parlament ein Desaster. Herr Freytag blieb sich und seinen Sprüchen treu, dem Dreschen von Phrasen, die haarscharf an der Lüge vorbeigehen. Wenn man die Formulierung "haarscharf" nimmt, dann glaube ich, dass er als Wiederholungstäter immer und immer wieder wissentlich die Unwahrheit gesagt hat bis hin zu seiner legendären Aussage in "Der Welt" vom Oktober letzten Jahres:

"Die HSH Nordbank ist im Kern gesund."

Herr Freytag, ich glaube, finanzpolitisch und bei der Frage der politischen Glaubwürdigkeit sind Sie nur noch Ihr eigener Konkursverwalter.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Nach wie vor ist völlig unklar, was Hamburg und Schleswig-Holstein für die 3 Milliarden Euro, die wir heute beschließen sollen, bekommen werden. Wie soll das Parlament über den Ankauf von Aktien in Höhe von 3 Milliarden Euro entscheiden, wenn nicht klar ist, welchen Anteil am Unternehmen man wirklich anschließend hält.

Seit dem Verfassen der Drucksache, die wir heute debattieren, ist reichlich Zeit ins Land gegangen. Es liegt immer noch nicht das Ergebnis der Wertermittlung auf dem Tisch und es gibt kein Ergebnis der Verhandlungen mit jenen Anteilseignern, die sich in der jetzigen Situation nicht an der Kapitalerhöhung beteiligen wollen oder auch können. Fest steht, Sie beteiligen sich nicht, und fest steht auch, die alten Anteile der Bank sind praktisch wertlos, da ohne unsere Kapitalzufuhr und die Schleswig-Holsteins die Schließung und die Abwicklung drohen. 2006 war der Anteil des US-Investors Flowers etwa 1 Milliarde Euro wert. Seit dieser Zeit ist der Wert von Bankaktien allgemein dramatisch gefallen. Die Deutsche Bank ist heute etwa nur 30 Prozent dessen wert, was sie 2006 noch wert sein sollte, die Postbank 20 Prozent und die Commerzbank – jetzt kommen wir langsam in die Güteklasse der HSH Nordbank – 10 Prozent, Hypo Real Estate liegt zwischen 0 und 5 Prozent. Selbst wenn die HSH Nordbank noch ein Viertel von dem wert wäre, was sie 2006 wert war, müsste sich der Anteil Hamburgs und Schleswig-Holsteins durch unsere Kapitalzufuhr auf knapp 90 Prozent erhöhen. In der Senatsdrucksache ist jedoch nur von 75 Prozent die Rede, damit bewertet man die Aktien von Herrn Flowers mit etwa dem Preis, den er 2006 gezahlt hat und den heute wirklich niemand auch nur annähernd zahlen würde.

Das heißt, Herr Flowers würde als Einziger bei dieser Rettungsaktion keinen Verlust machen, dieser Herr wäre in erster Linie Nutznießer des Geldes,

(Michael Neumann)

das die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in die HSH Nordbank pumpen müssen. Das kann in diesem Haus nicht wirklich jemand wollen. Deshalb dürfen und können wir keinen Blankoscheck ausstellen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Neben der Frage des Anteils an der HSH Nordbank gibt es weitere Mängel am Konzept der Neuausrichtung der Bank und einen Konkretisierungsbedarf, den wir aber jetzt auch in unserem Antrag benannt haben. Dazu gehören die vollständige Transparenz bei der Trennung in Kern- und Abbaubank, die Verbesserung der Informationspolitik gegenüber den Parlamenten, insbesondere der Bürgerschaft, die Beteiligung der Bürgerschaft an der Ausgestaltung des Garantievertrags und auch die Vereinbarung zur Vergütung und Abfindung von Vorständen und ein Verbot sogenannter Organkredite an Aufsichtsräte.

Schließlich müssen wir uns auch heute schon Gedanken über die Zukunft der Bank über das Jahr 2012 hinaus machen, denn die HSH Nordbank wird in einem sehr hohen Maße eine auf Schiffsfinanzierung spezialisierte Bank sein. Das macht sie, wie in der jetzigen Situation, besonders krisenanfällig und ihre Kapitalbasis bleibt trotz unserer Kapitalzufuhr äußerst knapp. Letztlich droht also immer noch weiterhin eine Schließung der Bank. Daher muss die Bank in eine wirtschaftlich dauerhaft tragfähige und stabile Einheit integriert werden. Das kann nicht allein eine Senatsentscheidung sein und es kann nicht Aufgabe der Bürgerschaft sein, diese Senatsentscheidung abzunicken, sondern die Bürgerschaft ist, anders als bisher, auch auf Grundlage unseres Antrags frühzeitig daran zu beteiligen.

GAL und CDU übernehmen nun im Wesentlichen unsere Forderungen. Deshalb liegt heute auch ein interfraktioneller Antrag zur Entscheidung vor. Es wäre vermessen, es wäre gar gelogen, wenn ich sagen würde, dass dies für meine Fraktion eine leichte oder einfache Entscheidung gewesen wäre, im Gegenteil. Und ich will mit einem Augenzwinkern sagen: Nicht wenige in meiner Fraktion waren besonders skeptisch, weil die CDU und die GAL ein solches Entgegenkommen signalisierten, und nicht wenige sagten, wenn die uns so weit entgegenkommen, ist der Druck auf der Leitung wohl ein bisschen höher. Trotzdem will ich sagen, dass die Gespräche, die wir geführt haben, in einer ernstzunehmenden und anständigen Art und Weise geführt worden sind und sie sich wohltuend vom Stil dieses Senats abgehoben haben.

(Beifall bei der SPD)

Am Ende haben wir uns in der Fraktion einstimmig entschieden zuzustimmen, denn auch ohne unsere Initiative würden wir heute über ein 13 Milliarden-

Euro-Paket abstimmen. Aber Herr Flowers würde nicht erheblich an Einfluss verlieren, es gäbe weiterhin Boni an Vorstände und Management, es gäbe weiterhin Organkredite an den Aufsichtsrat, die Informationsmöglichkeiten der Bürgerschaft wären weiterhin so schlecht wie in der Vergangenheit und das Thema betriebsbedingte Kündigungen hätte nicht den Stellenwert, den wir für richtig halten. Deshalb sind wir auch als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in gewisser Weise stolz darauf, dass wir die Kraft gehabt haben, heute Ja zu sagen, und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Man hätte es sich in der Opposition einfacher machen können. Ich will aber auch deutlich sagen: Der Karren ist von diesem Senat in den Dreck gefahren worden; wir verweigern uns jetzt nicht der Entscheidung, mitzuhelfen, den Karren wieder flott zu bekommen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Eva Gümbe* GAL)

Wir stehen am Ende trotz der unzureichenden Informationen, trotz auch noch nicht wirklich abschätzbarer Risiken zu unserer Verantwortung, zur Verantwortung gegenüber der Bank, zur Verantwortung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern und werden dem gemeinsamen Antrag und im Ergebnis auch der Drucksache des Senats zustimmen.

Herr Kerstan, Sie haben in der Debatte – und wir haben über dieses Thema hier schon viele Debatten geführt – für mich sehr zutreffende Sätze formuliert: Wir müssen jetzt zuerst die Bank wieder handlungsfähig machen, und Wir müssen uns dann darum kümmern, wer für die Krise die Verantwortung trägt.

Genau das ist die Erwartungshaltung der Menschen in unserer Stadt. 3 bis 13 Milliarden Euro Steuergelder gehen an die Landesbank, die dieser Senator noch vor drei Monaten als kerngesund bezeichnet hat. Hier müssen die Ursachen des finanziellen Desasters und auch die Verantwortlichkeiten geklärt werden. Und ich hoffe – das sage ich nicht nur in Richtung der GAL, das sage ich auch in Richtung der CDU –, dass Ihre Einstellung zur Aufklärung sich nicht ändert, wenn diese schwierige und teure Entscheidung erst einmal getroffen worden ist. Es ist aus unserer Sicht auch notwendig, dass wir uns im nächsten Schritt, nachdem wir jetzt diese Rettungsaktion gemeinsam auf die Schiene gesetzt haben, darum kümmern, wer Verantwortung für die Krise trägt, und auf der Grundlage einer schonungslosen und – dieses Argument kenne ich vom Senator –, auch einer vom Parteibuch unabhängigen Fehleranalyse wirkungsvolle Kontrollmechanismen entwickeln, um unsere Stadt und um die Steuerzahler in Zukunft vor einem erneuten Finanzdesaster dieses Ausmaßes zu schützen.

(Michael Neumann)

Dieses Ziel müssen wir uns alle setzen. Da steht die Bürgerschaft als Ganzes in der Verantwortung. Deshalb wird meine Fraktion zur Aufarbeitung, aber auch zur Erarbeitung solcher Lösungs- und Kontrollmechanismen einen Untersuchungsausschuss zum HSH-Nordbank-Skandal und HSH-Nordbank-Desaster einsetzen. Wir müssen alles tun, damit wir nicht mehr in eine solche Situation geraten. Hamburg darf nie wieder durch das Versagen Einzelner, Herr Freytag, in eine solche Situation, in eine solche schwere Krise geraten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Fortführung der HSH Nordbank, aber wir knüpfen unsere Zustimmung zu Ihrem Sanierungskonzept an die genannten Bedingungen. Wir sind bereit, dem Zuschuss von 3 Milliarden Euro Kapital und der Übernahme von 10 Milliarden Euro Garantie zuzustimmen, obwohl damit erhebliche Risiken verbunden sind und obwohl bei anhaltender Krise die Schließung der Bank immer noch droht, weil es aber zu diesem Konzept nur Alternativen gibt, die noch weitaus risikoreicher sind und damit am Ende weitaus teurer sein könnten. Ich gebe zu, befriedigend ist das nicht, aber Befriedigung ist auch nicht der Maßstab für verantwortliches Handeln. Deshalb ist es heute eine schwere Entscheidung, aber für uns Sozialdemokraten in diesem Parlament ist eben nicht Opposition, sondern Regierungsverantwortung Maßstab unseres Handelns und das gilt umso mehr in solch schwierigen Zeiten. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben es schon vernommen: Die Fraktion DIE LINKE wird diesem Antrag, die strategische Neuausrichtung der HSH Nordbank durch eine erneute Kapitalzuführung von 3 Milliarden Euro und einen Bürgschaftsrahmen von 10 Milliarden Euro zu unterstützen, nicht zustimmen. Ihre zentrale These, die Sie, inklusive Herrn Neumann, jetzt variiert haben, besagt, eine Fortführung der Bank, die allerdings eine strategische Neuausrichtung und Restrukturierung erforderlich mache, sei ohne Alternative. Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, dann fügen Sie je nach Fraktion noch hinzu, das sei verantwortlich oder vernünftig, aber das können wir jetzt vernachlässigen.

Der Senat und die Fraktionen machen aus unserer Sicht eine ganz einfache Rechnung auf: Jetzt müssten die beiden Länder Hamburg und Schleswig-Holstein nochmals tief in die Tasche greifen, es könne auch sein, dass die kapitalschonende Ope-

ration nicht ausreiche und die Parlamente in dem auf drei bis vier Jahre angelegten Neustrukturierungsprozess nochmals nachjustieren müssten. Das ist immer das geflügelte Wort von Herrn Kerstan: Es gibt Risiken, man muss eventuell nachjustieren. Aber, so das Argument,

(Jens Kerstan GAL: Eins!)

bei einer kontrollierten Abwicklung – auch das haben wir eben noch einmal gehört – oder gar einer durch die Bankenaufsicht ausgelösten Insolvenz kämen auf die Hansestadt aus älteren Anleihen mit Gewährträgerhaftung Verpflichtungen in Höhe von mindestens 22 Milliarden Euro zu. Auch diese Summe variieren Sie immer wieder; sie ist jedenfalls nach meiner Kenntnis bisher nicht belastbar von Ihnen dargestellt.

Weil Sie schon so eine quantitative, einfache Logik immer wieder durch die Ausschüsse geprügelt haben, legen ich und die Fraktion zuerst einmal Wert darauf, dass wir dann für das Geschäftsjahr 2008 auch wirklich alles benennen. Ihre quantitative Logik geht so: Bislang hat uns die Bank 2 Milliarden Euro im Juli 2008 abverlangt, jetzt legen wir noch einmal 3 Milliarden dazu, und selbst wenn noch einige Milliarden zusätzlich notwendig sein sollten, bleiben wir doch mit diesem Mitteleinsatz deutlich unter den 22 Milliarden aus der Gewährträgerhaftung. Ich glaube, Sie sehen das anders, dass das Ihr zentrales Argument ist, und ich möchte Ihnen drei Argumente, die Sie und auch Herr Schira zum Teil schon angesprochen haben, noch einmal zu bedenken geben. Das wird Ihre Entscheidung nicht verändern, aber zumindest hat es den Zweck, dass wir hier deutlich machen, dass auch wir uns die Entscheidung nicht leicht gemacht haben.

Zum ersten Argument: Die Regierung und vor allem Herr Kerstan argumentieren mit den katastrophalen Auswirkungen einer kontrollierten oder unkontrollierten Schließung der Bank auf die Realökonomie; da sind wir immer gleich bei einigen Hunderttausend Arbeitsplätzen. Man könnte jetzt Herrn Finanzsenator Freytag, den eigentlichen Erfinder des Arguments, zitieren und das möchte ich gerne tun: Die Bank jetzt pleite gehen zu lassen, hätte katastrophale Auswirkungen auf die Wirtschaft in der Region, die Bank sei mit einer Marktdurchdringung von 50 Prozent Marktführer im gehobenen mittelständischen Kundengeschäft in der Region, sie sei Weltmarktführer bei Schiffsfinanzierungen, wobei über die Hälfte der Kunden aus der heimischen Region kämen; jedes zweite von der HSH Nordbank finanzierte Flugzeug sei ein Airbus. Wenn ich richtig zugehört habe, haben Sie, Herr Schira, diese Argumente eben auch noch einmal strapaziert.

Ich muss auch auf die Zeit achten, will aber Folgendes sagen: Schon das letzte Argument ist völlig daneben, Herr Schira. Schon jetzt braucht das Cluster, für das der Airbus steht, zusätzliche Bürg-

(Dr. Joachim Bischoff)

schaften, obwohl die Bank noch da ist, weil man die fertig produzierten Flugzeuge nicht los wird. Über die faktische Situation in der Schiffsfinanzierung in diesem Monat will ich gar nicht reden. Ich fasse zusammen: Ihr Bild ist falsch.

(Uwe Grund SPD: Was ist das denn für ein Argument!)

– Hören Sie doch zu, Herr Grund.

Sie behaupten, wenn wir die Bank in diesem Umfang nicht halten, dann haben wir Riesenprobleme in der regionalen Wirtschaft. Und ich sage Ihnen, und das ist der entscheidende Punkt, wir haben schon jetzt Probleme in der regionalen Wirtschaft.

(Zurufe von der SPD und der CDU – Jens Kerstan GAL: Das wollen wir mal verschlimmern!)

– Hören Sie mir doch zu, ich habe Ihnen doch auch zugehört.

Auf jeden Fall versuche ich – das müssen Sie nicht teilen –, mich mit Ihren wichtigsten Argumenten auseinanderzusetzen, soweit ich dazu in der Lage bin. Sie sagen, wir müssen die Bank halten, wir müssen dort Geld hineinpumpen, denn sonst haben wir eine katastrophale Situation.

(Hans-Detlef Roock CDU: Ja, ist doch so!)

Wir haben jetzt schon eine katastrophale Situation, obwohl die Bank noch da ist, sie ist ja nicht kaputtgegangen. Die Arbeitslosigkeit wird gegenwärtig noch durch Kurzarbeit gebremst, aber die negativen Meldungen – da bin ich mit Ihnen doch einer Meinung –, ganz gleich, ob sie sich auf die Logistik, auf den Schiffbau oder den Flugzeugbau beziehen, reißen nicht ab und wir stehen vor einer düsteren Entwicklung. Selbstverständlich sticht Ihr Argument, Herr Grund, dass in der Situation, in der schon eine schlechte ökonomische Lage existiert, Verschärfungen durch die Situation bei den Finanzinstituten – sei das jetzt die Landesbank, seien es die privaten Banken oder die Sparkassen, denn man kann doch nicht wegwischen, dass da einiges im Argen liegt – natürlich die ökonomische Krise, um die es Ihnen oder uns allen geht, vertiefen. Das bestreite ich doch gar nicht.

(Robert Heinemann CDU: Eben!)

Ich sage nur, dass ich mir die Sukzession, die Ihr Argument beinhaltet, nicht zu eigen mache. Unser wichtiges Argument ist: Sie halten hier die Proportionen nicht ein. Ein Großteil der Finanzressourcen wird zur Rettung der Landesbank aufgebraucht, im Geschäftsjahr 2008 allein für Hamburg 2,5 Milliarden Euro. Demgegenüber wenden Sie für eine Anti-Krisenpolitik – Sie nennen das lieber Hamburger Konjunkturoffensive – der regionalen Wirtschaft zusammen mit Bundesmitteln gerade einmal 550 Millionen Euro auf, das heißt, faktisch ein Zehntel

dessen, was Sie der HSH Nordbank zur Verfügung stellen.

Das kritisieren wir, da stimmen die Proportionen nicht und das gilt nicht nur für Hamburg, das gilt für die Bundesrepublik Deutschland, das gilt aber auch für die anderen kapitalistischen Metropolen.

(Ingo Egloff SPD: Sie sagen aber auch nicht, woher das Geld kommen soll!)

Diese Fehlentwicklung, dass wir einen Großteil – wir sind noch nicht im Billionen-Bereich wie in anderen Ländern – der Summen aufwenden zur Rettung der Finanzinstitute, wird nicht funktionieren. Das ist nicht nur eine Erfindung der LINKEN, sondern ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Leuten aufzählen, die von Makroökonomie eine Menge verstehen.

(Robert Heinemann CDU: Ja, wer denn, sagen Sie doch mal!)

So wird es jedenfalls nicht gehen. Das heißt, die Rettungsaktionen für die Landesbanken der Republik – dazu gehört, Herr Heinemann, auch die HSH Nordbank – ist wirklich ein trostloses Kapitel.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Es begann mit der SachsenLB. Nachdem die Sparkassengruppe die Bank gestützt hatte, wurde sie für 328 Millionen Euro an die Landesbank Baden-Württemberg verkauft, wobei der Freistaat bis heute noch mit einer größeren Bürgschaft involviert ist, die auch fällig wird. Es folgen Schieflagen bei der HSH Nordbank, der BayernLB, der WestLB. Selbst die Landesbank Baden-Württemberg hat inzwischen Geld erhalten.

Insgesamt haben die Länder, die ich Ihnen kurz aufgezählt habe, 15 Milliarden Euro an Kapitalhilfen bekommen und 22 Milliarden Euro Rettungsschirme oder Bürgschaften.

Wie in Hamburg, Herr Kerstan, sind diese Summen immer ausgeblendet; das macht man für die Realökonomie. Man ist immer mit dem Argument gekommen, wenn die pleite gehen, dann müssen wir die Gewährträgerhaftung ablösen. Das sind in der Tat, wenn Sie schon mit diesen Zahlen operieren, mal eben 300 Milliarden Euro, die aufgenommen worden sind und jetzt als Verpflichtung bestehen. Meine Fraktion und ich sind nicht davon überzeugt, dass Sie das auf diese Weise lösen können, wie Sie das vorschlagen.

Das heißt, Herr Egloff, in der Krise geht es nicht nur um die Sanierung der Finanzinstitute, sondern um ein entschlossenes politisches Handeln im Kampf gegen die Krise in der Realökonomie und die damit verbundene Arbeitslosigkeit. Ich glaube, dass man die Finanzinstitute nur halten kann, wenn man gleichzeitig operiert. Das kann ich in

(Dr. Joachim Bischoff)

diesem Konzept mindestens hier in Hamburg nicht erkennen.

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen oder die Brandmeldungen aus dem Logistiksektor Hafen und Flugbereich sind deutliche Signale für die bereits eingetretene Rückwirkung der Finanzkrise und der Wirtschaftsrezession auf die Stadt.

Es muss in der Tat mehr gemacht werden – das hatten wir in der Haushaltsdebatte besprochen –, sonst werden Sie mit der Konzentration auf die Rettung der Finanzinstitute eben nicht das erreichen, was Ihre Absicht ist.

Zweites Argument: In einer Hamburger Zeitung konnten wir heute Morgen lesen – da kommen wir gleich noch einmal zusammen, Herr Neumann – ich zitiere:

"Hamburgs Abgeordnete sollen heute eine gigantische Summe in der Bürgerschaft abnicken und sie haben kaum eine andere Wahl. Denn die Fakten sind längst geschaffen."

Die Finanzspritze durch die Stadt sei ohne Alternative, erklären die verantwortlichen Politiker. Für den heutigen Tag mag dies sogar zutreffen. Doch es gab Weggabelungen. Das ist der Punkt, über den wir heute auch reden. Ich teile diese Bewertung der Presse beziehungsweise des früheren Wirtschaftsministers Marnette, dass die vermeintliche Alternativlosigkeit durch ein absolut miserables Krisenmanagement herbeigeführt worden ist.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ausweislich des Prüfungsberichts der KPMG – ich bin einer der vier Deppen, die das sehen durften –

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

über den Jahresabschluss der Bank, war die Bank im November und Dezember 2008 ernsthaft gefährdet. Nach Zusage der Restrukturierungskonzeption durch die beiden Länder – Herr Freytag hat uns letzte Woche darüber informiert, dass er eine Erklärung mit Parlamentsvorbehalt abgegeben hat – hat dann die SoFFin die Liquidität freigegeben.

Keine Frage, auch das möchte ich Ihnen noch einmal konzедieren, die Arbeit der Beschäftigten in der Bank und der vielen Wirtschaftsprüfer, die hinter der Konzeption einer strategischen Neuorientierung und Neuausrichtung stehen, finden auch unsere Anerkennung und unseren großen Respekt. Da ist in den letzten drei Monaten wirklich viel gemacht worden.

(Beifall bei der LINKEN)

Trotzdem bewerten wir das, was in der strategischen Neuausrichtung vorgetragen wurde, in einigen Punkten anders; ich nenne nur die wichtigsten Punkte.

Erstens: Die unterstellten Annahmen für die Risikovorsorge und damit auch für die Höhe der von der Bank selbst in Rechnung gestellten, erwarteten Verluste für 2009 und 2010 sowie die Frage nach einer eigenständigen Perspektive des Unternehmens nach 2011 sehen wir sehr viel kritischer. Wenn ich jetzt den Blitzantrag, den Sie gemeinsam auf den Tisch gelegt haben, richtig deute, dann ist das auch Konsens. Was nach 2011 passiert, ist ein offener Punkt.

Zweitens: Die Bank ist in diese ausweglose Situation gekommen, weil das Krisenmanagement durch die Politik absolut mangelhaft und stümperhaft war; viele in der Stadt sehen das so.

(Michael Neumann SPD: Nicht der Politik, sondern des Senats!)

– Ich komme gleich darauf, ich nenne Ross und Reiter.

Finanzsenator Freytag hat im Januar 2008 in einer öffentlichen Debatte, angesprochen auf die Notwendigkeit von Wertberichtigungen, eine Konsequenz für Verluste oder die kritische Lage der HSH Nordbank, gesagt, das stimme nicht. Wir können uns die Fernsehaufzeichnungen vom Januar 2008 ansehen.

(Michael Neumann SPD: Ganz schlimme Sendung!)

Das könne überhaupt nicht sein, das stimme nicht.

Im Mai 2008, bei der Einleitung der Kapitalaufstockung von 2 Milliarden Euro – Herr Kerstan, deswegen habe ich das vorhin gesagt –, wurde vom Senator jeder Bezug auf eine kritische Geschäftsentwicklung abgestritten. Laut Prüfbericht des Jahresabschlusses war die Risikotragfähigkeit, die immer quartalsweise festgestellt wird, bereits in den ersten zwei Quartalen, also bis zum 30. Juni, mit klarem Kurs nach unten. Im dritten und vierten Quartal ist das Ganze komplett in die roten Zahlen gerutscht. Auf jeden Fall hätte im dritten Quartal eine andere Qualität der Information und Krisenpolitik einsetzen müssen.

Auch das im Sommer rasch gestrickte SoFFin-Konzept mit diesen 480 Milliarden Euro hätte von politischer Seite ganz anders begleitet werden müssen. Da hat der Senat ebenfalls nichts gemacht, jedenfalls aus meiner Sicht.

Für meine Fraktion möchte ich erklären: Herr Senator Freytag wird auch weiterhin den Aufforderungen nicht Folge leisten, eine andere Praxis an den Tag zu legen, auch, wenn Sie ihm das jetzt nahelegen. Meine Fraktion streitet ihm auch ab, dass er irgendeine Kompetenz als Krisenmanager hat.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Michael Neumann SPD: Wir auch!)

Ich finde es absolut unverantwortlich, dass Sie so jemanden noch einmal beauftragen, den Restruk-

(Dr. Joachim Bischoff)

turierungsprozess zu begleiten und eine neue Kultur im Unternehmen auf den Weg zu bringen. Wenn irgendjemand aus meiner Sicht nicht dazu geeignet ist, dann gehört Herr Freytag dazu.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Was bedeutet diese Kultur im Unternehmen? Herr Nonnenmacher hat das mehrfach erläutert und gesagt, diese Kultur im Unternehmen bedeute einen Kurswechsel um 180 Grad. Ich finde, das ist ein gutes Bild.

Was heißt das? Seit 2004 wurde in dieser Bank unter Ausschöpfung der erst 2005 beendeten Ziehung von Einlagen mit Gewährträgerhaftung ein sogenanntes Schnellankaufverfahren praktiziert, ein Schnellankaufverfahren von heute toxischen Papieren. Es gab immer weniger interne Risikobewertung. Der großvolumige Einkauf von Verbriefungsprodukten, deren Werthaltigkeit überwiegend von Rating-Agenturen festgestellt wurde, wurde kurzfristig finanziert. Diese Ausrichtung auf eine risikoreiche und unkontrollierte Anlagenpolitik erklärt sich nicht aus der Logik der Bankleute, sondern – es tut mir leid, es Ihnen sagen zu müssen – es war politisch gewollt, auch von der CDU, weil Sie die Bank in eine Kapitalmarktbank umbauen wollten.

Leider – aus Ihrer Sicht hoffentlich auch – ist diese Entwicklungsrichtung und ihre wenig professionelle Umsetzung durch die Bankenaufsicht BaFin nicht hart genug gerügt worden. Das war übrigens bei anderen Banken auch der Fall. Leider haben die beteiligten Aufsichtsräte der Ausweitung des Kreditsatzgeschäfts immer zugestimmt.

Ich kann deshalb gut nachvollziehen, dass jetzt auch in Hamburg zivilrechtliche und staatsanwaltschaftliche Klärungen von Verletzungen der Sorgfaltspflichten eingefordert und eingeleitet werden. Aus meinen Gesprächen mit den Wirtschaftsprüfern habe ich allerdings den Eindruck, dass diese Prüfung, ob man die Kollegen in Haftung nehmen kann, wenig Chancen auf eine Umsetzung hat. Das hat übrigens viel mit den bankinternen Strukturen zu tun.

Ich komme zum Schluss. Jetzt soll ausgerechnet Herr Freytag den Krisenprozess mit neuer Kompetenz und Energie begleiten. Hieran zweifeln wir völlig, da fehlt uns der Glaube. Sie sollten sich, liebe Regierungsfraktion, wirklich überlegen, ob es weiterhin eine kluge Entscheidung ist, den Bock erneut zum Gärtner zu machen. Sie werden das auch durch den Vorschlag, der Kollege Freytag möge sich doch künftig an Informations- und Berichtspflichten halten, nicht verhindern können. Das wäre für mich wie der Glaube an den Weihnachtsmann.

Ein drittes Argument kann ich hier nur kurz ausführen. Es geht immer darum, ob nicht doch eine kontrollierte Abwicklung möglich ist. Das ist meines Er-

achtens nicht ernsthaft geprüft worden. Kontrollierte Abwicklung heißt, dass die BaFin ein Moratorium erklärt, Herr Kerstan.

(Hans-Detlef Roock CDU: Das hat sie doch nicht gemacht!)

Das Moratorium schließt weitere Kettenreaktionen aus. Also insofern teile ich das Argument nicht, dass dann die Welt untergehe.

Ein weiteres Argument: Wenn Sie ein wenig in die politische Landschaft schauen, dann wissen Sie ganz genau, dass wir, weil die SoFFin nicht reicht, gerade ein Gesetzesvorhaben einer kontrollierten Restrukturierung entwickeln, also das, was man in Hamburg hätte ausprobieren können. Für alle ist klar, dass Sie dieses Prinzip der Landesbanken nicht durch die Krise bringen werden. Wir werden auch in anderen Bundesländern immer wieder mit dem Fass ohne Boden konfrontiert sein. Hier müssen andere politische Lösungen her. Das wäre eine Chance, die wir hätten angehen können, das wollten Sie nicht, weil Sie aus meiner Sicht den bequemeren Weg gehen wollten. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch nie haben Senat und Bürgerschaft vor einer solchen Herausforderung gestanden. Die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit 80 Jahren hat die globalisierten Weltmärkte voll erfasst und bedroht somit uns alle. Sie bedroht Unternehmen, Arbeitsplätze, Staaten, öffentliche Haushalte. Aktuelle Studien errechnen weltweit eine Vernichtung von Vermögenswerten von unvorstellbaren Ausmaßen: 39,4 Billionen Euro, das sind 39 400 Milliarden Euro.

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die Menschen wütend und fassungslos sind. Nichts ist mehr so, wie es war. Staaten sind de facto zahlungsunfähig. Großindustrien stehen vor dem Aus, auch viele mittlere und kleinere Unternehmen. Millionen Menschen verlieren weltweit ihren Arbeitsplatz.

Alle sind jetzt gefordert, die Krise nachhaltig zu bekämpfen. Bürger, Staat, Wirtschaft und auch die internationale Gemeinschaft, die morgen auf der G-20-Konferenz Gelegenheit hat, endlich effektive Kontrollmechanismen über die internationalen Finanzmärkte zu installieren.

Letzte Instanz des Vertrauens ist und bleibt der Staat. Deshalb ist es auch gerade in einer sozialen Marktwirtschaft überlebenswichtig, einen starken Staat zu haben. Die Freie und Hansestadt Ham-

(Senator Dr. Michael Freytag)

Hamburg ist ein starker Staat. Senat und Bürgerschaft verfügen, auch in dieser schwierigen Situation, über die Instrumente, um zu handeln und um einen der größten Vermögenswerte für die Bürger der Stadt zu retten, die HSH Nordbank.

Der Bundespräsident hat in der letzten Woche eine wegweisende Rede gehalten – ich zitiere –:

"In Deutschland steht unsere Regierung vor schwierigsten Abwägungen und Entscheidungen. Sie betreffen das Wohl und Wehe vieler Menschen. Niemand hat fertige Rezepte. ... Aber wir können darauf vertrauen: Die eingeschlagene Richtung stimmt. ...

Die Bevölkerung hat gerade in der Krise den Anspruch darauf, dass ihre Regierung geschlossen handelt und Lösungen entwickelt, die auch übermorgen noch tragfähig sind."

Meine Damen und Herren! Regierung und Parlamente in Hamburg und Schleswig-Holstein haben alles getan, eine solche Lösung für die HSH Nordbank vorzubringen. Die Rettung der HSH Nordbank ist ohne Alternative. Dies ist die Überzeugung nicht nur aller unabhängigen Sachverständigen bei der Anhörung des Haushaltsausschusses in der letzten Woche, sondern auch unserer Wirtschaftsprüfer, Beratungsunternehmen und auch des Präsidenten der Bankenaufsicht, der BaFin, der dies ausdrücklich im Finanzausschuss in Schleswig-Holstein erklärt hat.

Demzufolge hätte eine Schließung der Bank nicht nur dramatische Auswirkungen für die Wirtschaft Norddeutschlands und für Zehntausende von Arbeitsplätzen, sondern würde auch die Gewährträgerhaftung der Steuerzahler für 65 Milliarden Euro auslösen.

Ich sage hier ausdrücklich, nichts ist ohne Risiko. Eine hundertprozentige Garantie gibt es nicht. Aber die heute vorgestellte Lösung zur Neuausrichtung der Bank ist mit äußerster Sorgfalt und besonders umfangreichem externen Sachverstand erarbeitet worden.

Noch nie ist die HSA Nordbank so durchleuchtet worden wie jetzt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wiederholen Sie das doch!)

Wir haben exakt das gemacht, was wir angekündigt haben. Es sind zeitweise bis zu 50 Wirtschaftsprüfer gleichzeitig in der Bank gewesen, um die Bücher der Bank so zu durchleuchten,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, einmal durchgegangen!)

dass wir sicher sein können, dass die Bank auf Herz und Nieren geprüft ist.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie können mich gerne beleidigen oder niederschreien, aber Sachverständige aus der Wirtschaft, die nach monatelanger Arbeit gestern den testierten Jahresabschluss abgeliefert haben, die können Sie nicht beleidigen. Ich finde das nicht fair, was Sie hier machen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Alle wesentlichen Kapitalmarkttransaktionen sind durchleuchtet worden, das Kreditgeschäft und auch das so risikobehaftete Kreditersatzgeschäft. Es liegt natürlich auch im Interesse der Anteilseigner, dass die von uns angekündigte, umfangreiche Durchleuchtung stattfindet, denn die Basis für die Neuausrichtung der Bank ist natürlich auch der Geschäftsabschluss, der jetzt getätigt worden ist.

Gestern hat die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG der HSH Nordbank das uneingeschränkte Testat erteilt. Die Neuausrichtung der Bank wurde berücksichtigt. Deshalb ist es richtig, dass trotz aller Risiken Landesregierungen und Parlamente das Zukunftsmodell für die HSH Nordbank beschließen.

Es ist ein gutes Signal, dass in Hamburg auch die größte Oppositionspartei sich ihrer Verantwortung nicht entzieht. Die SPD will auch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen. Auch dafür zolle ich ihr meinen Respekt. Da in allen Vorständen und Aufsichtsräten der HSH Nordbank und aller Vorgängerinstitute umfangreich Sozialdemokraten aktiv gewesen sind, gibt jetzt die Möglichkeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses allen die Gelegenheit, deren Verantwortung ausführlich zu beleuchten. Dafür danken wir der SPD ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich bin seit zwei Jahren Mitglied des Aufsichtsrats dieser Bank.

(Michael Neumann SPD: Das sieht man ja!)

Herr Neumann, wenn man Ihrer Rede folgen würde, dann wäre ich als alleinige Person verantwortlich für sämtliche Fehlentwicklungen, die es seit Jahrzehnten in der Bank und den Vorgängerinstituten gegeben hat. Das ist schlichtweg absurd.

Bei allen schweren Belastungen der Wirtschaftskrise eröffnet sie aber auch Chancen, Chancen, jetzt erkannte Fehler nicht zu wiederholen. Diese Chancen müssen dringend ergriffen werden. Um es klar zu sagen: Wenn die Politik, das sind wir alle, nicht aus dieser Krise lernt, dann ist ihr nicht mehr zu helfen. Wir werden nur dann die richtigen Konsequenzen ziehen, wenn wir alle unser Verhalten ändern. Zunächst müssen wir die in der Politik und auch heute Abend wieder durchschimmernde, weit verbreitete Selbstgerechtigkeit vermeiden

(Senator Dr. Michael Freytag)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das sagt der Richtige! – Beifall bei der SPD)

und aufhören, eigene Verantwortung anderen zuzuschreiben.

Herr Neumann, wenn man mit dem Finger auf andere zeigt, zeigen drei Finger auf einen zurück. Die HSH Nordbank ist hierfür ein besonders bezeichnendes Beispiel. Die in schwierige See geratene Bank hat nämlich genau die Wege beschritten, die ihr Senate und Parlamente seit den 1990er Jahren geebnet haben.

Die Fusion der Hamburgischen Landesbank und der Landesbank Schleswig-Holstein zur HSH Nordbank im Jahre 2003 ist von der Hamburgischen Bürgerschaft einstimmig beschlossen worden. Das war einer der seltenen Fälle, in denen Regierungspartei und Oppositionspartei, CDU und SPD, in einer zentralen Frage gemeinsam entschieden haben. Und was haben SPD und CDU 2003 hier im Parlament gemeinsam entschieden? Sie haben eben nicht beschlossen, dass die HSH Nordbank die nette Regionalbank von nebenan sein soll. Ich zitiere aus der Fusionsdrucksache zur Strategischen Ausrichtung:

"Die HSH Nordbank AG wird als privatrechtlich organisierte und international tätige Geschäftsbank im Markt auftreten."

Zu den Geschäftsbereichen, die hier einstimmig beschlossen wurden mit Zustimmung der SPD, gehören ausdrücklich die von Ihnen hier so kritisierten Kreditsatzgeschäfte. Damals wurde beschlossen, ich zitiere erneut:

"Emissionen, Angebot und Handel innovativer und strukturierter Finanzprodukte an den internationalen Kapitalmärkten."

Mit Ihrer Zustimmung von der SPD sind das genau die Produkte, die uns jetzt um die Ohren fliegen. Das meine ich mit Selbstgerechtigkeit, Sie sind genauso verantwortlich wie alle anderen in diesem Hause.

(Beifall bei der CDU)

Die risikobehafteten Geschäfte einer international am Markt tätigen Geschäftsbank sind mit auf den Weg gebracht worden, auch vom Parlament, oder sind zumindest geduldet worden. Deshalb darf es hier auch keine selbstgerechten Schuldzuweisungen geben

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nee, gar nicht!)

in die eine oder andere Richtung, sondern zu der Verantwortung muss man sich, wenn man so etwas beschließt, anschließend aber auch gemeinsam bekennen. Ich nehme ja zur Kenntnis, dass Herr Neumann kein Vertrauen in die handelnden Personen hat. Ich darf nur darauf aufmerksam machen, dass handelnde Person nicht ausschließlich der Finanzsenator ist. Ich bin eines von 20 Auf-

sichtsratsmitgliedern. Der Senat ist dreißigprozentiger Anteilseigner und Sachwalter des Anteils der HSH Nordbank. 70 Prozent gehören anderen, unter anderem auch dem Land Schleswig-Holstein, wo die SPD-Ministerinnen und Minister diesem Konzept ausdrücklich zustimmen.

Ich nehme also zur Kenntnis, dass Sie kein Vertrauen zu den SPD-Ministern in Schleswig-Holstein haben. Das ist ein interessanter Sachverhalt, dann müssen Sie das aber auch ausdrücklich sagen. Es ist nicht mein Konzept, sondern genauso auch das Konzept der SPD-Minister.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es auch nicht fair, dass Sie hier gebetsmühlenartig behaupten, die Informationspolitik sei unzureichend. Es hat wiederholt jeden Monat in den Haushaltsausschüssen der Parlamente umfangreiche Berichterstattungen über die HSH Nordbank gegeben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wo dann immer was verschwiegen wurde!)

Sie hatten Gelegenheit, vertrauliche Unterlagen sehr gründlich einzusehen. Seit gestern gibt es den testierten Jahresabschluss der KPMG, den die Aufsichtsratsmitglieder erst gestern bekommen haben, und parallel zum selben Zeitpunkt bekamen Sie ihn auch. Das ist Transparenz, wie sie nicht transparenter sein könnte. Sie bekommen Einblick in die Unterlagen, die der Aufsichtsrat hat. Was wollen Sie mehr, meine Damen und Herren?

(Zurufe von der SPD – Beifall bei der CDU)

Ich werde Ihnen eines sagen. Auch für Abgeordnete gelten Recht und Gesetz. Selbstverständlich müssen die schützenswerten Rechte Dritter, nämlich der Kunden der Bank, auch respektiert werden. Das ist zwingendes Recht. Und es ist strafbedroht, auch gegenüber Aufsichtsrat und Vorstand, wenn ohne Grund gegen das Bankgeheimnis verstoßen wird.

Wenn hier Recht und Gesetz respektiert werden von Vorständen und Aufsichtsräten und trotzdem versucht wird, Ihnen alle möglichen Informationen zu geben, dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie das auch einmal fair anerkennen, denn ich habe mich besonders dafür eingesetzt, dass diese Einsichtnahme stattfinden kann. Es gibt nämlich rechtlich große Probleme; trotzdem haben wir es gemacht, weil wir auf Transparenz setzen und Sie auch einbinden wollen.

(Beifall bei der CDU)

Zum wiederholten Mal: Ich lasse die Bank, die in einer schwierigen Situation ist, von Ihnen auch nicht diffamieren. Natürlich hat sie auch gute Kerne. Es sind auch 2008 Zins- und Provisionserträge in Milliardenhöhe von den Mitarbeitern erwirtschaftet worden. Dies ist ein guter Kern der Bank

(Senator Dr. Michael Freytag)

und er ist die Grundlage dafür, dass wir überhaupt eine Neuausrichtung haben können.

Wenn die Bank so wäre, wie Herr Neumann sie beschreibt, dann dürften wir gar keine neue Kernbank ausrichten. Die Kernbank basiert ja gerade auf den guten Teilen der Bank und die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lasse ich von Ihnen nicht in den Schmutz ziehen.

(Beifall bei der CDU und bei Jens Kerstan GAL)

Ich finde es auch gut, dass wir bestimmte Dinge jetzt in dem gemeinsamen Antrag zu Papier gebracht haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hätten Sie ja auch mal selbst einen Beitrag leisten können!)

Es ist übrigens selbstverständlich, dass wir mit den beiden anderen Anteilseignern – das sind nicht nur der amerikanische Investor, sondern auch die Sparkassen – über die Neuausrichtung verhandeln. Da spielt natürlich auch eine Rolle, wer am Ende welchen Anteil hat. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die sich nicht an der Rettung der Bank beteiligen, anschließend davon profitieren. Deshalb wird die Verwässerung der Eigentumsanteile ein zentrales Thema und auch automatisch die Folge sein. Wir werden die Interessen Hamburgs und Schleswig-Holsteins hier deutlich machen, übrigens nicht nur gegenüber dem privaten Investor, sondern auch gegenüber den Sparkassen.

Was können wir weiter aus der Krise lernen? Wir müssen lernen, auch und gerade das zu hinterfragen, was vermeintlich gut funktioniert. Das muss man selbstkritisch feststellen, da beziehe ich mich auch gerne mit ein.

(Karin Timmermann SPD: Doch schon!)

In der Politik tun wir das nämlich in der Regel nicht, besonders nachzufragen, wenn eine Sache gut funktioniert oder es auch nur so aussieht. Dinge deshalb prima zu finden, weil sie so reibungslos laufen, ist gefährlich.

Nach den Erfahrungen der Finanzmarktkrise müssen wir künftig auch das vermeintlich Udenkbare einkalkulieren. Wir müssen von der Möglichkeit des Unmöglichen ausgehen, zum Beispiel davon, dass Staaten und vermeintlich unantastbare Wirtschaftsunternehmen in die Knie gehen können.

Ich möchte auch ein persönliches Beispiel nennen. Wenn mir jemand vor einem Jahr vorausgesagt hätte, die CDU-geführte Bundesregierung würde 2009 per Gesetz die Enteignung privater Banken einleiten, dann hätte ich denjenigen für verrückt erklärt.

Ich muss in Demut sagen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Demut, das ist ein neues Wort für Sie!)

dass das inzwischen, und zwar aus gutem Grund eingetretene Unmögliche dazu führt, darüber nachzudenken, ob wir das, was wir immer für selbstverständlich hielten, künftig nicht stärker hinterfragen müssen, um nicht wieder in eine solche Situation zu kommen.

Es ist meine Überzeugung, dass wir künftig lernen müssen, nein zu sagen, wenn es wehtut.

(Beifall von Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Es ist jetzt keine Kunst, kritisch zu sein, wenn etwas schief gelaufen ist. Jetzt finden sich sehr viele Analysten, die es schon immer besser gewusst haben, die immer schon gesagt haben, dass alles schwierig sei. Seltsamerweise, als sie selbst in der Verantwortung waren, haben sie aber nie etwas gesagt.

Es gibt ganz berühmte Beiratsvorsitzende der HSH Nordbank, die jahrelang dort das Wort geführt, aber das, was sie jetzt kritisieren, niemals angesprochen haben. Es gibt sehr viel Heldentum nach Ladenschluss, wir haben sehr viel Analyse, warum etwas schief gegangen ist, aber es gibt wenige, die den Mut haben, in einer Situation, in der es noch keine Krise gab, auf bestimmte Sachverhalte hinzuweisen. Es ist ausgesprochen einfach, Kritik zu üben, wenn etwas schief gelaufen ist; es ist schwer, Kritik zu üben, wenn es unpopulär ist. Wir müssen vielleicht auch lernen, dann Kritik zu üben, wenn Erträge fließen, Erträge, die wir alle gern in die Haushalte übernommen haben, um Schulen oder Kindergärten zu finanzieren. In der Konsequenz müssen wir künftig darüber nachdenken, ob die Mittel, die wir vereinnahmen, risikofreie Einnahmen darstellen, so wie wir uns das eigentlich vorstellen.

Vor allem dürfen wir Dinge nicht nur deshalb tun, weil sie üblich sind. Dieses Kreditsatzgeschäft war zum Beispiel über viele Jahre üblich, es hat ja auch gut geklappt. Sondern wir müssen uns gerade dann fragen, ob das Übliche auch richtig ist. Beides ist nicht unbedingt immer identisch. Das heißt, wir müssen, und da schließe ich mich ausdrücklich ein, mehr Mut entwickeln, auch gegen den Strom zu schwimmen. Wir müssen von der Freiheit Gebrauch machen, bewusst auf Dinge zu verzichten, obwohl sie möglich sind. Dazu gehört politischer Mut, den wir aufbringen müssen, wenn wir nicht noch einmal in eine solche Situation hineingeraten wollen. Wir müssen uns alle fragen, ob die oft schauspielerischen Rituale in der Politik die angemessene Antwort auf die dringende Krisenbewältigung sind, die der Bürger zu Recht von uns erwartet.

Der Bundespräsident hat völlig zutreffend gesagt, ich zitiere:

(Senator Dr. Michael Freytag)

"Die Krise ist keine Kulisse für Schaukämpfe. Sie ist eine Bewährungsprobe für die Demokratie insgesamt."

Auch wenn der Weg steinig ist, meine Damen und Herren, wir müssen und können diese Bewährungsprobe bestehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

(*Uwe Grund SPD:* Wahrscheinlich ist die CDU froh, dass er aufgehört hat zu reden!)

Jens Kerstan GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bischoff, ich bin Ihnen einerseits ganz dankbar, dass Sie noch einmal ganz zentrale Fragen angesprochen haben, warum es notwendig ist, diese Bank zu retten, auch wenn ich dann eine ganz andere Konsequenz aus Ihren Analysen ziehe.

Es ist vollkommen richtig, dass die Rettung der Bank nicht automatisch dafür sorgt, dass inmitten der größten Weltwirtschaftskrise der letzten 80 Jahre dann in der Wirtschaft alles läuft. Aber gerade weil es richtig ist, wenn Sie sagen, es gebe im Moment Branchen, die in großen Schwierigkeiten sind – deshalb sei es doch jetzt gar nicht wichtig, die Bank zu retten –, ist dies doch das zweite zentrale Argument, das wir anführen, warum diese Bank gerettet werden muss. Als Lehman Brothers vor der Pleite standen, waren die USA schon eine ganze Zeit lang in einer schweren Rezession. In dem Moment ging es ganz vielen Firmen schlecht, da waren auch schon sehr viele Arbeitsplätze verloren gegangen. Und als diese Bank zusammenbrach, war auf einmal aus einer schweren Rezession eine weltweite Wirtschaftskrise geworden mit Auswirkungen auf allen Kontinenten.

Wenn nach diesem Vertrauensverlust, der dort eingetreten ist, und nachdem jetzt gerade nach milliardenschweren Finanzspritzen weltweit die Banken langsam wieder anfangen, die Wirtschaft mit Geld zu versorgen, auf einmal die zehntgrößte Bank Deutschlands pleite gehen würde mit einer Bilanzsumme, die fast dem gesamten Bundeshaushalt entspricht, dann würde keine Bank in dieser Republik und wahrscheinlich in ganz Europa an Firmen noch Kredite vergeben. Dann würden Firmen in den Abgrund gerissen, die kerngesund sind, weil sie kein Geld mehr bekommen.

Sie sind ein differenziert argumentierender Politiker, was ich sehr an Ihnen schätze, aber hier findet sich in Ihrer Argumentation eine große Lücke. Ich kann einfach nicht verstehen, dass Sie einerseits sagen, die Krise sei so groß, dass man 2 Milliarden Euro auf Pump in den Konsum pumpen müsse, dass Sie im gleichen Atemzug aber auch in Bezug auf eine wirklich systemrelevante Bank sa-

gen, es ist doch egal, ob wir sie retten oder nicht. Das ist völlig inkonsequent, das sollten Sie sich wirklich einmal überlegen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Eines muss man natürlich auch sagen: Wir pumpen jetzt nicht das Geld in die Bank und danach geht alles so weiter wie vorher. Das ist ein sehr scharfer und harter Schnitt, den wir dort vorschlagen und den auch der Senat vorschlägt. Im Kerngeschäft der Bank 50 Prozent weniger Neugeschäft; zeigen Sie mir mal eine Firma, bei deren Restrukturierung ein so großer Schnitt vorgenommen wird. Ganze Kernbereiche, ganze zukünftige Geschäftsbereiche werden entweder ausgegliedert, geschlossen oder verkauft. Der Bereich, der in die Krise geführt hat, nicht nur bei der HSH Nordbank, sondern weltweit, das Kreditersatzgeschäft, wird ersatzlos eingestellt. Es werden auch Bereiche abgestoßen, die eigentlich eine Zukunft haben, gerade weil wir sagen, die Krise ist so groß, wir können selbst sinnvolle Geschäfte nicht mehr in dem Umfang weiter fortführen. Den Bereich erneuerbare Energien in den USA, auch unter der neuen US-Administration mit Sicherheit ein profitables Geschäft, wird die Bank verkaufen, ganz einfach, weil wir Geld brauchen und nicht alles vom Steuerzahler kommen kann.

Daraus folgt ganz klar: Wir richten diese Bank neu aus und wir ziehen Konsequenzen aus der Krise. Herr Neumann, ich habe mich gefreut, das habe ich schon gesagt, dass Ihre Fraktion zustimmt, aber diese Konsequenzen aus der Krise haben wir nicht erst in dem Moment gezogen, als Sie Ihren Zusatzantrag vorgebracht haben. Ganz viele Ihrer Punkte – in Ihrem Zusatzantrag steht: so wie der Senat es in seiner Drucksache vorschlägt – wollen wir auch. Dass es in den Garantievertrag zwischen der Anstalt, die wir gründen wollen, und der Bank auch noch hineingeschrieben wird, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wenn die Eigentümer beschließen, dass sie dies und jenes wollen, dann wird es eben auch in den Garantievertrag hineingeschrieben.

(*Ingo Egloff SPD:* Hier ist gar nichts mehr selbstverständlich!)

Sie sagen, Sie möchten das so haben, weil Sie kein Vertrauen in die handelnden Personen haben: Gut, das machen wir gern. Aber letztendlich konkretisieren wir in einzelnen Punkten die Absichten, die wir als Regierungsfractionen ohnehin schon mit der Drucksache verfolgt haben, wie Sie entsprechend ja auch zitieren. Ich finde das richtig, aber Sie sollten jetzt hier nicht den Eindruck erwecken, erst mit der Beteiligung der Sozialdemokraten würden notwendige Konsequenzen gezogen; das ist nicht der Fall.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

(Jens Kerstan)

Man sollte jetzt auch unsere Entscheidung, die wir hier gemeinsam treffen – jedenfalls die SPD und die Regierungsfraktionen –, nicht dadurch entwerten, dass wieder der Punkt sehr stark betont wird, man hätte eigentlich die 2000 Seiten KPMG-Jahresabschluss, jede Zahl Seite für Seite, durchsehen müssen, denn nur dann könne man entscheiden. Was sagt dieser Jahresabschluss denn letztendlich aus? Er sagt aus, ob aus dem letzten Jahr, aus der Vergangenheit noch weitere Lasten auf die Stadt zukommen. Es gibt einen ohne Einschränkung testierten Abschluss der Wirtschaftsprüfer, die sagen: Das wird nicht der Fall sein. Dieser Jahresabschluss über die Vergangenheit sagt aber überhaupt nichts darüber aus, was in den nächsten ein, zwei oder drei Jahren passieren wird, und das ist doch unsere große Sorge. Was passiert jetzt in der Weltwirtschaft? Kommen zu den Verlusten aus 2008, von denen jetzt die Wirtschaftsprüfer sagen, über diese 2,8 Milliarden werde es nicht hinausgehen, in Zukunft weitere Milliarden hinzu? Wie wir das einschätzen, damit hat dieser Jahresabschluss wirklich überhaupt nichts zu tun.

Es war gut und richtig, dass wir ihn uns angesehen haben, um sicher zu sein, dass die Lage nicht noch schlimmer ist, als wir gedacht haben. Aber man sollte nicht den Eindruck erwecken, dass die Tatsache, dass nur ein Abgeordneter jeder Fraktion hineinsehen konnte, eine unzumutbare oder skandalöse Einschränkung der Informationsfreiheit sei. Nein, meine Damen und Herren, wir haben die Informationen, die wir für die Entscheidung brauchen, und das ist das Entscheidende. Und was in der Zukunft passiert: Wir haben alle keine Glaskugel. Soweit wir es einschätzen können, ist dies aber ein verantwortbares Konzept, das zwar schiefgehen, aber auch gut gehen kann. Und dann hätten wir dem Steuerzahler riesige Lasten abgenommen; auch das sollte man der Wahrheit halber an diesem Punkt noch einmal betonen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sie haben selbst Ihren Untersuchungsausschuss mit Zitaten von mir begründet, dass man aufklären müsse, wie es dazu kommen konnte. Es freut mich, dass Sie das gemacht haben, weil auch wir das immer für notwendig gehalten haben. Natürlich muss man angesichts einer so großen Krise prüfen, wer verantwortlich war, aber auch, welche Konsequenzen zu ziehen sind. Man hätte das nicht unbedingt in einem Untersuchungsausschuss tun müssen, sondern hätte es auch in anderer Form regeln können, aber wir stehen zu unserem Wort und auch zu der Verpflichtung des Parlaments, angesichts solcher Summen ohne Vorbehalte aufzuklären, wie es dazu kommen konnte, und dann auch die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Auch diese Botschaft ist heute notwendig und mit unserer Entscheidung verbunden. Wir stehen zu unserem Wort und werden vor Ort gemeinsam mit

Ihnen daran auch arbeiten. Ich bin mir sicher, die CDU wird das auch tun.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal sagen: Letztendlich treffen wir hier eine Entscheidung, die keiner von uns treffen wollte. Jeder von uns wäre dankbar, wenn er heute am Ende dieser Debatte nicht die Hand heben müsste, aber wir alle sind von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt gewählt worden, Probleme zu lösen, auch die Probleme, die wir nicht selber verursacht haben. Wir treffen heute eine Entscheidung, die verantwortlich ist, wir bereinigen die Lasten aus der Vergangenheit, wir richten die Bank neu aus.

Aber auch das möchte ich noch einmal deutlich sagen: Ich finde es nicht richtig, dass der Bund sich an dieser Entscheidung heute nicht beteiligt. Es hilft einfach nicht, immer zu behaupten, es habe eine Weggabelung gegeben, an der wir uns hätten anders entscheiden können. Kollegen haben gesagt, der schwarz-grüne Senat hat doch dem Finanzstabilisierungsgesetz zugestimmt, in dem geregelt ist, dass der Bund sich daran nicht beteiligt. Das stimmt, ich will Ihnen aber auch sagen, warum wir dem zugestimmt haben. Im ersten Entwurf war nämlich vorgesehen, dass die Landesbanken überhaupt kein Geld vom Bund bekommen, noch nicht einmal die Liquiditätshilfen, die die Bank seit November am Leben erhalten. Hamburg und Schleswig-Holstein standen ziemlich allein da, als sie dies einforderten. Wir haben uns letztendlich durchgesetzt, denn andere Bundesländer haben entweder gar keine Landesbank mehr oder sie mussten – wie Berlin und Sachsen – ihre Probleme selbst regeln und haben dann gesagt, wir haben unsere Probleme selbst geregelt, macht ihr das gefälligst auch. Das war letztendlich die Bedingung, überhaupt Gelder vom Bund zu bekommen, um diese Bank am Leben zu erhalten. Sonst würden wir heute nicht darüber reden, ob wir anderthalb Milliarden von Hamburger Seite in diese Bank pumpen, sondern müssten jetzt zweistellige Milliardenbeträge investieren. Hören Sie doch endlich damit auf, die Legende in die Welt zu setzen, diese Regierung, dieser Senat wollten eine Bundesbeteiligung nicht. Die Bundesregierung wollte nicht und zwingt jetzt angesichts einer weltweiten Krise die Landesregierungen, lokalpolitische Antworten zu finden und den Landesbankensektor – das Problem, das die HSH Nordbank hat, haben alle anderen Landesbanken auch – in jedem Land einzeln in Ordnung zu bringen. Ich hätte mir gewünscht, wir hätten einen gemeinsamen Ansatz fahren können. Das wird die Aufgabe der Zukunft sein, auch wenn sich die Bundesregierung jetzt verweigert, und darum möchte ich das auch noch einmal deutlich betonen.

Für uns Grüne ist heute mit diesem Paket die Debatte darüber, was aus der HSH Nordbank werden

(Jens Kerstan)

soll, lang- und mittelfristig nicht beendet, aber wir haben den ersten notwendigen Schritt getan und ich glaube, zu diesem Thema werden wir noch vieles gemeinsam zu bereden haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jens Kerstan und auch die Vorredner haben den Prüfbericht angesprochen. Ich habe schon bei anderer Gelegenheit gesagt, dieser Prüfbericht ist nicht die Offenbarung und er ist nicht der Heilige Gral. Aber trotzdem war es sehr gut, dass vier unserer Kollegen ihn angeschaut haben. Es ist eine Sache, sich die Ergebnisse aus zweiter oder dritter Hand anzuhören, aber auch für uns als Regierungsfraktion eine andere, doch noch einmal selbst in die Akten hineinzuschauen und die Möglichkeit zu haben, zu überprüfen und selbst zu lesen, was vorher berichtet worden ist. Das gilt nicht nur im höheren Bereich, das gilt auch für die profanen Dinge. Man möchte es dann schon selber gesehen haben, wenn man entscheiden muss. Daher finde ich es auch sehr richtig, dass das Parlament hier insgesamt seiner Rolle gerecht wird und diese Dinge eingefordert und wahrgenommen hat, so wie insgesamt die Diskussion hierzu im Haushaltsausschuss eine sehr sachliche und eine von allen Seiten sehr konstruktive Angelegenheit war.

Herr Dr. Bischoff, Sie kennen sicherlich das Original, ich wandle es ein bisschen ab: Was ist das größere Verbrechen, der Einbruch in eine Bank oder die Schließung einer Bank? In der Beantwortung dieser Frage können Sie sagen, die Schließung einer Bank ist ein Verbrechen, Sie können es auch etwas überhöhen und sagen, es ist kein Verbrechen, es ist ein Fehler. Aber in diesem Fehler finden Sie sich merkwürdigerweise vereint

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Mit Marnette!)

mit den kleinen Kräften, die es auch noch gibt, mit den Neoliberalen. Ich weiß nicht, ob Sie das schon gemerkt haben, aber wenn Sie in den Spiegel schauen, schaut Ihnen offensichtlich ein Neoliberaler entgegen. Eines Tages, Herr Dr. Bischoff, wenn Sie dann im politischen Himmelreich angekommen sind, dürfen Sie sich eine Wolke mit George Bush teilen. Wissen Sie, warum? George Bush hat ausprobiert, was passiert, wenn man eine Bank schließt. Da Sie aber nicht das Privileg haben, der Erste zu sein, der diesen Fehler macht, hat es überhaupt keinen Reiz, einen solchen Fehler zu begehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Wolfgang Rose SPD:* Sie müssen das hier nicht veralbern!)

– Ich veralbere Sie nicht, wenn überhaupt, wäre es die Fraktion der LINKEN. Ich weiß nicht, ob Sie sich jetzt dazu gerechnet haben.

(*Arno Münster SPD:* Für einen finanzpolitischen Sprecher ist das ein Armutszeugnis! Sie können doch hier nicht so einen Müll erzählen! – Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Herr Münster, ich darf Sie bitten, den parlamentarischen Sprachgebrauch einzuhalten. – Vielen Dank.

Herr Kruse hat das Wort.

Rüdiger Kruse (fortfahrend): Herzlichen Dank.

Die Gruppe der Investmentbanker, um die es so ruhig geworden ist, hatte in ihrer Hochzeit für sich selbst die Bezeichnung "Masters of the Universe". Das sagen sie heute nicht mehr, sie sagen eigentlich heute gar nichts mehr.

(Zuruf)

– Sie haben Recht: Master of Disaster.

Im Augenblick erliegen einige der Versuchung zu glauben, dieser Titel sei frei und andere könnten ihn für sich in Anspruch nehmen. Ich sage Ihnen ganz klar: Dies ist ein Titel, der in der Realität nicht existiert, er kommt aus dem Reich der Comics.

Auch die Politik kann diesen Anspruch nicht erfüllen. Es gibt ja ein Vorurteil über Politik, das ich für das Gefährlichste halte, nämlich dass Politik omnipotent sei. Und an diesem Punkt muss man ganz klar sagen: Das sind wir nicht. Politik ist die Kunst des Möglichen und bei einer solchen Aufgabe, vor der wir jetzt stehen, sind die Möglichkeiten oftmals nur verschwindend klein. Wir haben im Rahmen unserer Möglichkeiten und in der Verantwortung vor dem Steuerzahler, vor dem Bürger den richtigen Weg gewählt; es ist hier dargestellt worden, dass das die Experten bestätigt haben.

Die Experten haben auch gesagt, es könne sein, dass es nicht reiche. Und für Regierungsfractionen ist nichts unangenehmer, als wenn man mit dem gleichen Thema zweimal kommen muss; das heißt, wir hätten es uns auch leichter machen und sagen können, wir legen noch eine Sicherheitsmarge obenauf. Gegenüber dem öffentlichen Haushalt wäre es allerdings nicht gerechtfertigt, eine höhere Versicherung einzugehen für Ereignisse, von denen wir nicht annehmen, dass sie passieren werden. Denn jede Milliarde weiterer Kapitalzuführung produziert natürlich auch Hunderte von Millionen an Kosten, 3 Milliarden produzieren etwa 120 Millionen.

(Rüdiger Kruse)

Da wir nicht wissen, wie sich die Gesamtwirtschaft entwickeln wird, können wir auch nicht sagen, ob das Ganze ausreichend ist. Nach bestem Wissen und Gewissen, nach dem, was alle Experten gesagt haben, und nach dem, was die Wirtschaftsprüfer – nicht ein Unternehmen, sondern sechs – gesagt haben, sind wir auf dem richtigen Weg und machen heute den richtigen Schritt. Dafür möchte ich mich auch bei allen, die diesen Schritt heute gehen, bei jedem einzelnen Parlamentarier, bedanken, denn es ist für jeden Einzelnen von uns eine sehr, sehr schwierige Zeit gewesen. Ich glaube, dass wir als Parlament in dieser Situation für Hamburg absolut das Angemessene tun.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Angemessen ist auch, dass dieses Parlament bereits im Haushaltsausschuss entschieden hat, unsere Kontrollen und Prüfungen wesentlich zu erweitern. Wir fordern vierteljährliche Berichte, was für kein anderes öffentliches Unternehmen gilt. Wir haben die Kriterien der Berichterstattung vorgegeben. Berichtet werden muss zu allem, was mit der Neuausrichtung der Bank zusammenhängt, mit der Entwicklung der Geschäftsfelder, aber auch mit der Entwicklung des Abbau-Portfolios. Dies kann nicht Muster sein für alle Unternehmen dieser Stadt, aber auch kein anderes Unternehmen dieser Stadt kommt uns derzeit so teuer wie dieses.

Von daher hat hier das Parlament sein Haushaltsrecht erweitert, wir haben uns aber auch zusätzliche Aufgaben aufgebürdet, denn es bedeutet natürlich eine noch größere Verantwortung, aus den Ergebnissen, die uns dann vorgetragen werden, auch die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu treffen. Ich hoffe, dass uns in diesem Unterausschuss, so wie wir es in dieser Debatte im Großen und Ganzen mit der großen Mehrheit dieses Hauses immer hinbekommen haben, eine gute Beratung gelingt und wir zu richtigen Ergebnissen kommen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle fest, dass alle Fraktionen heute bemüht sind, sachlich und der Tragweite der Entscheidung angemessen zu argumentieren. Nur, Herr Bürgermeister, Ihr Finanzsenator fällt ein bisschen aus dem Rahmen.

(Michael Neumann SPD: Wie immer!)

Und es sind genau Reden dieser Art, die uns die Entscheidung heute so schwer machen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Senator, wir hätten eigentlich heute erwartet, dass Sie für den Senat erklären, den Antrag von SPD, CDU und GAL, den wir heute als Parlament beschließen werden, ernst zu nehmen und umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Bischoff, wir nehmen Ihre Argumente durchaus ernst, wir kommen aber zu anderen Schlüssen, wie im Übrigen auch viele andere, die mit dem schwarz-grünen Senat nichts zu tun haben, zum Beispiel die IG Metall Küste oder ver.di mit Ihrem Gutachter aus Berlin. Sie sagen, Herr Bischoff, wir machten eine einfache Rechnung. Wir machen keine einfachen Rechnungen, aber unsere Experten haben Rechnungen gemacht, zum Beispiel der von uns benannte Revisor aus der Schweiz mit über 20 Jahren Erfahrung in der Wirtschaftsprüfung und Risikoermittlung in Banken, ein Gutachter, der auch schon erlebt hat, was mit einer Bank passiert von dem Tag an, an dem ihre Schließung beschlossen wird. Es war durchaus nicht so, dass alle Experten im ersten Anlauf gesagt haben, 13 Milliarden Euro für die HSH Nordbank sind ein Superprojekt, die Rettung naht, es gibt keine Alternativen. Sondern alle Experten haben schlicht und einfach gesagt, wenn die Bank mit ihren enormen Risiken, die sie in den letzten Jahren angehäuft hat, jetzt geschlossen wird, dann droht uns ein Vermögensverlust bis zu 22 Milliarden Euro aus der Haftung. Vermutlich über die Hälfte davon wurden aufgenommen für eine riskante Ausrichtung der Geschäftspolitik kurz vor der Abschaffung der Gewährträgerhaftung am 17. Juli 2005. Herr Bischoff, ich teile Ihre Kritik an der Bank. Das ist aber nun einmal die Ausgangslage und Bedrohung der Vermögenslage, mit der wir jetzt zu kämpfen haben.

Die Sachverständigen haben auch gesagt, die strategische Neuausrichtung der Bank sei mit der Drucksache gar nicht gesichert. Herr Schira, Herr Kerstan, wenn schon Milliarden in die Bank fließen, dann muss man die Neuausrichtung des Geschäftsmodells auch verbindlich festschreiben. Das genau haben die Experten angemahnt und wir haben es in einen Zusatzantrag geschrieben: Klare Trennung zwischen Kern- und Abbaubank, klare Zuordnung der Risiken und damit der Garantien; das riskante Kreditsatzgeschäft im weltweiten Kasino der Finanzmärkte muss ein Ende haben. Wir legen heute die Vorbereitung eines Einstiegs des Bundes für den Fall fest, dass die jetzigen Kapitalmaßnahmen nicht ausreichen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Bischoff, ich will es noch einmal ganz klar sagen, Sie haben Recht, von einem Rettungskonzept kann keine Rede sein.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

(Dr. Peter Tschentscher)

Die HSH Nordbank ist aufgrund der Geschäftspolitik der letzten Jahre ein schwerer Sanierungsfall. Es geht darum, die Bank vor einer akuten Schließung zu bewahren. Das darf man vor der Öffentlichkeit und den Mitarbeitern der Bank nicht verschweigen. Die Gefahren und Risiken in der Zukunft sind deutlich größer, als es die Drucksache des Senats darstellt. Dennoch waren alle Gutachter in der Expertenanhörung einig: Eine Schließung der Bank ist keine Option. Hamburg würde bei dem unmittelbar eintretenden Wertverlust mit bis zu 22 Milliarden Euro in Haftung genommen, das ist mehr als das Zweifache eines gesamten Jahreshaushalts dieser Stadt.

Und jetzt komme ich zu einer der wichtigsten Fragen in unserem Zusatzantrag überhaupt. Wie sieht es aus mit dem Anteil der Länder, mit anderen Worten, wo bleiben die Milliarden, die jetzt in die Bank eingezahlt werden? Wer hat den Gewinn, wenn sich die Geschäftstätigkeit und damit der Wert der Bank erholen, wie wir es eigentlich nur hoffen können und wie es dem Fortführungsmodell entspricht? Die einzige Möglichkeit, diese Milliarden im Haushalt Hamburgs jemals wiederzusehen, besteht darin, dass man sich jetzt nicht von einem privaten Investor über den Tisch ziehen lässt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Neumann hat das hier vorgerechnet. Die Einzahlung von 3 Milliarden Euro muss zu einem Anteil der Länder von mindestens 85 bis 90 Prozent führen. Jeder Prozentpunkt darunter ist ein Geschenk an J. C. Flowers und seine Trusts.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir das zuließen, Herr Kerstan – und hier ziehe ich durchaus noch einmal den Vergleich mit Herrn Steinbrück –, dann würde der SPD-Finanzminister in Berlin bei der Hypo Real Estate Herrn Flowers enteignen und Hamburg würde bei der HSH Nordbank die Steuerzahler enteignen. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Nun, Herr Kerstan, haben Sie uns heute zum wiederholten Male vorgerechnet, dass alles viel besser wäre, wenn der Bund hier eingestiegen wäre. Die Bedingungen einer Beteiligung des Bundes waren seit Herbst letzten Jahres eindeutig definiert: Erstens war der schwarz-grüne Senat daran beteiligt und hat den Bedingungen zugestimmt. Zweitens hat der Finanzsenator zu diesem Zeitpunkt den Vereinbarungen nicht nur zugestimmt, sondern er hat sie im Bundesrat am 17. Oktober 2008 auch noch über den grünen Klee gelobt – ich zitiere wörtlich –:

"Die Beratungen der Finanzministerkonferenz und Ministerpräsidentenkonferenz in dieser Woche haben für die Länder Früchte getragen:"

Damit lobt er sich selbst.

"Die Mitwirkung der Länder bei der Ausgestaltung des Finanzmarktstabilisierungsfonds ist jetzt sichergestellt. Und: die Mithaftung der Länder ist jetzt fair und transparent geregelt."

Das sind die Originalworte aus dem Bundesrat. Herr Kerstan, man hätte sich zu diesem Zeitpunkt ein bisschen Widerspruch gegenüber Ihrem eigenen Finanzsenator gewünscht, wenn das alles so schlecht wäre, wie Sie es heute darstellen. Es ist die einzig plausible Regelung, dass diejenigen Länder für ihre Altrisiken aufkommen, die sie verursacht haben. Sonst müssten nämlich die Hamburger Steuerzahler auch noch zusätzlich aufkommen für die Schulden und Verluste der Landesbanken in Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Nordrhein-Westfalen.

Drittens haben wir in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses gelernt, dass alle staatlichen Maßnahmen der Genehmigung der EU unterliegen. Die Finanzbehörde hat uns einige Sitzungen vorher erläutert, dass genau die Regelung, Herr Kerstan, die Sie hier kritisieren, gemäß EU-Recht gar nicht anders machbar wäre und dass Ihre Variante, die Sie heute wieder vorgeschlagen haben, vor der EU-Kommission so enden würde wie die absurde Idee, trotz Milliardenverlusten noch über 200 Millionen Euro an stille Einleger auszuschütten.

(Beifall bei der SPD)

So ist die Lage und deshalb stellen Sie es bitte nicht so dar, Herr Kerstan, als sei am Ende wieder die SPD schuld, wenn Schwarz-Grün ein Problem hat.

Ich will die gemeinsame Beschlussfassung heute gar nicht weiter stören. Ich will auch nicht alle Zitate der letzten Wochen und Monate wiedergeben. Wir haben gelernt: Der Finanzsenator ist ein Freund der großen Worte und der kleinen Aktionen. Herr Bischoff, wir geben Ihnen in diesem Punkt Recht. Es gab Weggabelungen und es gab schwere Versäumnisse im Vorstand, im Aufsichtsrat und im Senat. Darüber reden wir heute nicht, weil die Hütte lichterloh brennt. Die Bankenaufsicht sitzt uns im Genick, jeder Tag zählt. Und wenn noch irgendetwas schief läuft, dann droht uns eine Haftung von bis zu 22 Milliarden Euro. Deshalb reden wir heute über einen Ausweg, der eigentlich nur ein Notausgang ist, und wir reden heute nicht über die Vergangenheit und über die Frage der Verantwortung. Darüber werden wir ab morgen reden, und zwar in einem Untersuchungsausschuss.

(Beifall bei der SPD)

Zur Beschlussfassung kann ich heute sagen, wir haben gestern Abend die Reaktion von CDU und GAL auf unseren Zusatzantrag erhalten. Wir ha-

(Dr. Peter Tschentscher)

ben das über Nacht bearbeitet, haben uns heute Morgen getroffen und über die Dinge im Einzelnen gesprochen.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Das war das erste vernünftige Gespräch zwischen Regierung und Opposition in dieser Sache. Herr Schira, Herr Kerstan, dafür bedanken wir uns noch einmal. Ich hätte mir aber ein bisschen weniger Zeitdruck gewünscht. Und ich sage offen: Wenn wir heute den Drucksachen zustimmen, dann stimmen wir zu mit der Faust in der Tasche. Aber wir stimmen zu, weil wir nur mit klaren Vereinbarungen erreichen können, dass die Stadt ihre Milliarden jemals wieder sieht, weil wir eine Neuausrichtung der Bank, eine klare Trennung von Abbau- und Kernbank im Interesse der Stadt und der Beschäftigten nur durch klare Vorgaben absichern können. Wir stimmen zu, weil wir heute endlich eine Begrenzung der Managergehälter festschreiben, einen Verzicht auf Bonuszahlungen und einen Verzicht auf Millionenkredite an Aufsichtsräte, weil wir weitere Kapitalzuschüsse der Länder nur dadurch verhindern, dass wir Bank und Senat verpflichten, einen Einstieg des Rettungsfonds des Bundes vorzubereiten. Deshalb stimmen wir heute zu und über den Rest reden wir ab morgen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Dramatik in dieser Debatte ist kaum noch zu überbieten. Bertold Brecht dreht sich im Grabe um, der liebe Gott ist schon angerufen worden und wenn ich mir noch einmal vergegenwärtige, Herr Kerstan, was Sie in Ihrer ersten Rede gesagt haben, dieses Gruselszenario, das auf uns zukommt, das war wirklich angsteinflößend. Das Problem ist nur, dass Ihre Annahmen nur auf von Ihnen nicht belegbaren Ideen beruhen. Man kann sie genauso gut widerlegen. Es gibt eine ganze Menge Leute, Herr Bischoff hat darauf hingewiesen, die durchaus anderer Auffassung sind. Nur gibt es die Tendenz, und die konnte man heute auch hier im Hohen Hause beobachten, den anderen lieber nicht zuzuhören. Einer davon, dem Sie nicht zuhören möchten, ist Werner Marnette. Der ehemalige Leiter der Norddeutschen Affinerie und zurückgetretene Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein hat das Krisenmanagement der Landesregierung in Schleswig-Holstein und auch das in Hamburg kritisiert.

Wir kritisieren außerdem das Zeitmanagement. Es ist darauf hingewiesen worden, dass bis gestern spät abends, und zwar nur gestern, vier Parlamentarier dieses Hauses sich den Wirtschaftsprüfungsbericht der HSH Nordbank ansehen konnten, und

dabei handelte es sich um mehr als 2000 Seiten. Und heute soll das Parlament eine Entscheidung treffen. Das nennt der Finanzminister, ich habe es mir aufgeschrieben, eine Transparenz, wie sie transparenter nicht sein kann. Wir nennen das schlicht ein Unding.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Andreas Dressel SPD)

Wochenlang wurde über ein Rettungskonzept für diese Landesbank diskutiert. Geld, sehr viel Geld will man in das Institut schießen, 13 Milliarden Euro, und ich kann mir sehr gut vorstellen, wie Herrn Marnette zumute gewesen sein muss. Er als Vertreter der Wirtschaft weiß nämlich sehr gut, wie normalerweise Verhandlungen mit Banken ablaufen, wenn man Kredite haben will. Stellen Sie sich vor, ein Unternehmer geht zur Bank und fragt um ein paar Millionen Euro nach. Da muss er eine Menge Daten vorlegen und das Wichtigste sind zeitnahe Geschäftsberichte. Wenn dieser Unternehmer jetzt antworten würde, die habe er leider noch nicht, der Geschäftsbericht sei noch nicht fertig, aber alles werde gut, dann würde dem Unternehmer nicht einmal ein Stuhl angeboten werden, geschweige denn eine Tasse Kaffee. Das Thema wäre durch und es würde kein Cent fließen.

Aber mit der HSH Nordbank ist es ganz anders abgelaufen. Der Jahresabschluss lag noch nicht vor, aber trotzdem wurde nach der 2-Milliarden-Euro-Kapitalspritze im Sommer jetzt noch einmal ein Paket mit 3 Milliarden Euro und zusätzlichen Bürgschaften in Höhe von 10 Milliarden Euro geschnürt. Und wenn ich die Diskussion heute aufmerksam verfolgt habe, gehen inzwischen alle Beteiligten davon aus, dass die Bürgschaft von 10 Milliarden Euro wahrscheinlich fließen wird. Ich wiederhole mich: Auch das finden wir ein Unding.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Abgeordnete der LINKEN, Joachim Bischoff, hat schon vor Monaten darauf hingewiesen, dass die Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft zum Beispiel von den Sparkassen übernommen werden könnte. Und er hat darauf hingewiesen, dass das Modell von Kern- und Abbaubank, so wie es vorgestellt wurde, nicht funktionieren wird. Nun haben viele von Ihnen auf die Experten hingewiesen. Ich möchte Sie doch ein bisschen daran erinnern, dass wir alle keine zwanzig mehr sind, vielleicht mit Ausnahme von Frau Heitmann.

Auf jeden Fall wird es nicht das erste Mal gewesen sein, das Experten sich geirrt haben. Ich möchte nur einmal daran erinnern, wie viele Experten der Schachanlage Asse testiert haben, dass es völlig problemlos sei, dort Atom Müll zu stapeln. Was ist dabei passiert? Wir sind sehr, sehr skeptisch, weil Experten auch systemimmanent diskutieren.

Anfang 2009 legte Werner Marnette eine Studie vor, in der er die Bedeutung der HSH Nordbank für

(Dora Heyenn)

die Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft als gering einstufte und damit indirekt gegen die Rettung plädierte. Das ist genau die gleiche Argumentation wie die unseres finanzpolitischen Sprechers. Dass Sie die Argumente der LINKEN nicht ernst nehmen, das haben wir schon das eine oder andere Mal gespürt. Herrn Marnette haben Sie aber bisher immer sehr ernst genommen, aber statt mit diesen bedenkenswerten Argumenten setzt man sich jetzt in äußerst zweifelhafter Weise mit der Person auseinander. Das, meine Damen und Herren von der CDU, ist nicht die feine hanseatische Art. Marnette hat das Vertrauen in die Verantwortlichen in der Politik verloren und seine Kritik richtet sich auch ausdrücklich gegen Finanzsenator Freytag. Und die LINKE fordert seit Wochen und heute wieder seinen Rücktritt.

Die LINKE tritt für eine Abwicklung der HSH Nordbank ein, weil wir nicht erkennen können, dass das Konzept greift. Für die Steuerzahler wird es ein Fass ohne Boden, noch eines in Hamburg, wir haben schon eine Menge davon und täglich werden es mehr. Gänzlich unprofessionell ist es, dass das Prinzip Hoffnung das einzige Prinzip ist, das bei diesem Rettungskonzept oder Sanierungskonzept, wie Sie richtigerweise gesagt haben, Herr Tschentscher, greifen soll. Was ist denn, wenn sich nach einiger Zeit, ich sage mal, zwölf Monate und ein Tag, herausstellt, dass die Bank nicht wieder auf die Füße kommt und noch einmal frisches Geld braucht und natürlich dann gleich in Milliardenhöhe, was denn sonst. Für den Fall ist kein Szenario vorgesehen.

Ich möchte an mein Beispiel von vorhin erinnern. Kein Banker würde einem Unternehmer Kredite geben, ohne Perspektivabwägung und ohne Prognosen, von Sicherheiten will ich lieber erst gar nicht reden. Von der HSH Nordbank gibt es nur Säcke voll toxischer Papiere.

Ich habe in meinem Leben gelernt: Der Aussage, es gibt keine Alternative, muss man gründlich misstrauen. Das tue ich auch in diesem Fall. 3 Milliarden Euro, wahrscheinlich 13 Milliarden Euro sollen jetzt in die Bank gepumpt werden, trotzdem werden über 1000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Arbeitsplatz verlieren. Das steht nach unserem Dafürhalten in keinem Verhältnis.

(Thies Goldberg CDU: Nach Ihrem Konzept wären es alle!)

Und wer glaubt, die übrigen Jobs in der Bank seien dann sicher, der hat sich getäuscht. Herr Kerstan, Sie stellen es immer so dar: Wenn die HSH Nordbank am Leben bleibt, gerettet oder saniert wird, dann ist das der Hebel gegen alle Unbill der Finanz- und Wirtschaftskrise. Genau das bestreitet Herr Bischoff und genau das bestreiten wir; das ist nicht die Garantie, dass es nicht noch schlimmer kommt.

Die SPD kann sich eine kontrollierte Abwicklung nicht vorstellen, sie sieht darin eine zu große Belastung. Wir von der LINKEN glauben, mit dem Beschluss des vorliegenden Rettungspakets sind wir auf dem besten Weg in eine unkontrollierte Abwicklung der Landesbank Hamburg-Schleswig-Holstein. Und das wird teuer, als wenn jetzt ein Schlusstrich gezogen würde. Die Nachforderung weiterer Milliarden wird kommen, sie wird kommen wie das Amen in der Kirche. Einige nennen das netterweise "Nachjustieren".

Eines möchte ich für meine Fraktion noch ganz deutlich sagen: Wenn wir gegen dieses Rettungskonzept sind, dann weisen wir weit von uns, dass wir keine politische Verantwortung übernehmen. Nein zu sagen, kann auch die Wahrnehmung politischer Verantwortung bedeuten. Herr Freytag hat uns gerade eben alle aufgefordert, dass wir gegen den Strom schwimmen sollen. Wir von der LINKEN möchten, was dieses Thema betrifft, deutlich machen, dass wir kein Vertrauen haben, dass das klappt. Deswegen sagen wir Nein und schwimmen hier ganz bewusst gegen den Strom.

Uns erscheinen die Risiken für Ihren Weg ungleich höher, die Belastungen für die Steuerzahler unkalkulierbar und viele Bankangestellte werden unnötigerweise in die Arbeitslosigkeit entlassen. Wir sehen das nicht als einen parteipolitischen Profilierungsversuch, das ist für uns eine sachliche Entscheidung gewesen. Herr Bischoff hat darauf hingewiesen, auch uns ist die Entscheidung, mit Nein zu stimmen, nicht leicht gefallen, aber für uns gilt auch: Es gibt immer eine Alternative und dafür stehen wir.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Waldowsky.

(Uwe Grund SPD: Jetzt kommt was Neues!)

Andreas Waldowsky GAL:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Heyenn, Sie sind ja nicht Mitglied des Haushaltsausschusses. Manchmal scheint es mir, als ob Sie reden wie der Blinde von der Farbe.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Warum müssen denn immer die Blinden herhalten?)

Als die SPD auf der gemeinsamen Sitzung mit dem Finanzausschuss in Schleswig-Holstein eine Expertenanhörung vorgeschlagen hat, habe ich ganz spontan gesagt: Lasst uns das einmal machen, vielleicht ist es gar nicht so schlecht, wenn wir die Informationen, die wir bisher von der HSH Nordbank bekommen haben und vom Senator, einmal widerspiegeln und infrage stellen lassen von Experten, die benannt werden. Und ich war sehr neugierig, was die Experten dort bringen würden. Insbesondere war ich sehr neugierig auf den

(Andreas Waldowsky)

Experten, der von der Linkspartei benannt wird. Frau Heyenn sagte gerade eben, die Ausführungen meines Kollegen Kerstan seien ein Katastrophenszenario, das auf Annahmen basiere, die man genauso gut widerlegen könne. Leider Gottes konnte der von Ihnen benannte Experte diese Annahmen nicht widerlegen. Sie hatten Herrn Roach von der Gewerkschaft ver.di eingeladen und er hat sogar das, was er zu sagen hatte, schriftlich dargelegt. Vielleicht hatte er Angst, dass wir das sonst nicht hinreichend wahrnehmen würden.

Das Erste, was er sagt, ist: Dem Petitum des Senats ist zu folgen. Ferner stellt er fest: Das vorgelegte Geschäftsmodell der Kernbank erscheint plausibel. Ich bin ein bisschen ratlos, dass Herr Bischoff keine Konsequenzen aus diesem einmütigen Votum der fünf Experten gezogen hat. Es waren Experten ganz unterschiedlicher Richtungen. Wir haben einen Schweizer Wirtschaftsberater, wir haben einen Vertreter der Bankenaufsicht da gehabt, aber auch einen der Gewerkschaften. Alle diese Experten haben gesagt, der Weg, den Sie gehen werden, ist risikobehaftet, aber er ist gangbar.

Denn was sind die beiden Alternativen? Entweder die Wirtschaftskrise entwickelt sich so, wie man das im Moment glaubt, dass sie sich entwickelt. Dann stecken wir insgesamt 3 Milliarden Euro in die Bank, aber die sind ja nicht verloren. Die Bank wird mit ihrem Geschäftsmodell erfolgreich sein, wird wieder an Wert gewinnen und wir werden dieses Geld irgendwann wieder herausziehen können aus der Bank, und dann sogar mit Gewinn. Der andere Weg ist der, dass dieses Modell nicht greift, dass wir eventuell noch Geld nachschießen müssen. Wann müssen wir Geld nachschießen? Wenn – eingeplant – Verluste in Höhe von 3 Milliarden Euro futsch sind. Wann sind diese 3 Milliarden Euro eingeplanter Verluste futsch? Wenn die Weltwirtschaftskrise noch viel, viel schlimmer wird, als wir uns das jetzt vorstellen können, weil es vor allen Dingen eine Wirtschaftsentwicklung ist, die wir hier in Hamburg gar nicht beeinflussen können, nicht der Senat und niemand anderes hier in Hamburg. Das ist auch ganz wichtig festzustellen.

Wichtig ist, dass die fünf Experten gesagt haben, die Risikovorsorge, die die Bank getroffen hat, ist nach jetzigen Gesichtspunkten ausreichend. Wir können davon ausgehen, dass das Geschäftsmodell und die Risikovorsorge funktionieren werden. Angemahnt haben die Experten, und darüber ist heute noch zu wenig gesprochen worden, dass wir mittelfristig an einer Exit-Strategie arbeiten müssen. Da sind wir alle gefordert.

Zum Abschluss möchte ich sagen: Die Bürgerschaft hat die Aufgabe, die Arbeit des Senats kritisch zu begleiten. Ich glaube, da haben wir im letzten Jahr auch nicht immer hervorragend gearbeitet, denn wenn man in den Geschäftsbericht 2007

der HSH Nordbank hineinschaut, sind dort schon sehr viele Risiken genannt worden. Aber niemand hier im Hause hat mit nötigem Nachdruck Fragen gestellt zu diesem Geschäftsbericht 2007.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Wilfried Buss SPD*: Oh doch! Vor der Bürgerschaftswahl! Aber das wurde hinausgezögert!)

Jetzt haben wir einen Antrag eingebracht, der vorsieht, dass die HSH Nordbank im Unterausschuss für öffentliche Beteiligungen alle drei Monate über ihre Geschäftstätigkeit berichten wird. Und es ist ganz wichtig, dass wir jetzt alle gemeinsam dieser Verpflichtung nachkommen, kritisch zu schauen, was dort passiert und ob das Geschäftsmodell, das uns vorgestellt worden ist, auch wirklich funktioniert. Ich freue mich, dass wir die SPD mit ins Boot geholt haben. Man hätte sich vielleicht manchmal wünschen können, dass es dem Senat früher gelungen wäre, auch die großen Oppositionsparteien mit ins Boot zu holen. In diesem Sinne sollten wir jetzt gemeinsam unser Recht als Parlamentarier wahrnehmen und hoffen, dass das ein erfolgreicher Weg wird mit der HSH Nordbank. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte doch noch kurz auf ein, zwei Argumente eingehen, die Sie eben vorgebracht haben, zunächst auf die Frage, Herr Waldowsky, der Exit-Strategie. Aus meiner Sicht ist die Exit-Strategie genau das, was Herr Tschentscher benannt hat; wir sind hier mit einem Notausgang konfrontiert. Mit diesem Bild müssen Sie nicht einverstanden sein, aber wenn Sie dieses beschließen, dann heißt das, wir öffnen einen Notausgang für die nächsten zwei, drei Jahre. Alle Beteiligten, das war in der Tat das Ergebnis der Anhörung, sagen, es müsse ab 2011 Weiteres passieren. Was jetzt geplant ist, kann funktionieren, es bestehen aber auch, und da liegen wir auseinander, noch unterschiedliche Risiken.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): Sie haben in Ihrem Antrag, über den wir jetzt abstimmen sollen, in zweifacher Weise versucht, den Notausgang, also die Perspektiven, einzukreisen. Einmal heißt es, der Senat solle darauf hinwirken, dass die HSH Nordbank den Einstieg des Sonderfonds SoFFin zu einem späteren Zeitpunkt künftiger Kapital- und Garantiebedarfe vorsorglich vorbereitet.

(Dr. Joachim Bischoff)

Das heißt, Ihre Perspektive ist: Wir beauftragen den Senat, also den Finanzsenator, er solle das bitte einmal machen, was er schon längst hätte machen können. Können wir so eine Situation hinbekommen? Das ist die eine Exit-Strategie, Herr Waldowsky. Die andere besteht darin, das Ziel einer Integration der HSH Nordbank in eine dauerhaft tragfähige und stabile Einheit, in eine größere Einheit, unter Wahrung des Standortes zu verfolgen.

Jetzt noch einmal abschließend: Es war im Haushaltsausschuss unstrittig, dass das passieren müsse. Ich habe mit meiner Fraktion große Zweifel, ob das so funktioniert, wie Sie das aufgeschrieben haben. Herr Kerstan, in der ganzen Debatte – auch wenn Sie das mit dem Notausgang sehr plastisch dargestellt haben – reden Sie auch gegenüber der Bevölkerung die gigantischen Risiken etwas klein. Und, das ist das dritte Argument, Sie nehmen nicht auf, dass es seit Februar dieses Jahres einen Auftrag an das Wirtschafts- und das Justizministerium gibt, einen neuen gesetzlichen Rahmen für die Abwicklung von systemrelevanten Banken zu entwickeln. Mittlerweile kann – und da sind wir mit der HSH Nordbank jetzt direkt betroffen – kaum einem Experten auf Bundesebene verborgen bleiben, dass das jetzige Instrumentarium nicht ausreicht. Deswegen hätte ich es besser gefunden, diesen politischen Prozess zu fördern, indem wir ein Moratorium der BaFin gefordert hätten.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Ich darf nochmals um Ruhe bitten, damit Herr Bischoff ausreden kann. Und dann werden wir wahrscheinlich zur Abstimmung kommen. – Vielen Dank.

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): Da muss man Verständnis haben, weil für Sie die Entscheidung schon längst gefallen ist und die Argumente Sie nicht interessieren.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das ist ja eine gute Erkenntnis!)

Mir ist es jedenfalls ganz wichtig, dass wir in der Bundesrepublik einen Diskussionsstand haben, an dem erkennbar ist, dass der Versuch, Landesbanken im regionalen Bereich zu retten und zu sanieren, nicht funktionieren wird. Das hat im Übrigen auch in anderen Ländern nicht funktioniert. Und da können Sie mir jetzt nicht mit Lehman kommen. Der Punkt ist, in dem gesamten Prozess muss man zur Kenntnis nehmen, dass bestimmte Sanierungsstrategien nicht funktionieren haben.

Eines ist ganz wichtig, jedenfalls für mich: Wenn Sie sich ansehen – heute konnte man es in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" lesen –, dass 10 Billionen US-Dollar zur Sanierung des Banken-

systems eingesetzt wurden und gleichwohl Herr Geithner sagen muss, das reiche nicht aus und man könne auf diese Weise nicht fortfahren, immer nur zu versuchen, den Anlegern ihre Wertverluste auszugleichen, dann macht das keinen Sinn. Wir kommen nur weiter, wenn wir eine andere Proportion zwischen Sanierung der Finanzinstitute und Stabilisierung der Realökonomie haben. Mit dem, was wir hier jetzt auf den Weg bringen, tun wir für die Regionalökonomie zu wenig. Ich hätte eine ganz andere Diskussion in meiner Fraktion führen können, wenn Sie nicht alle Anträge zur Konjunkturstützung von uns in die Tonne getreten hätten

(*Viviane Spethmann CDU*: Ach so!)

und stattdessen bei Ihren lappigen 0,2 Prozent des regionalen Bruttoinlandsprodukts geblieben wären. Das ist der entscheidende Punkt. Und sich dann hier hinzustellen – auch Sie, Herr Grund – und auf die schwierige Situation in der Realökonomie zu verweisen, nachdem wir sehen, was hier auf den Weg gebracht worden ist, das finde ich schon ziemlich schlecht. Denn wir müssen zusammenstehen und sagen, wir müssen auch die Regionalökonomie voranbringen, weil sonst mit jedem Krisenfaktor in der Regionalökonomie das Finanzinstitut, um das es geht, oder andere Finanzinstitute weitere Verluste schreiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Vorab möchte ich Sie informieren, dass Herr Niedmers nicht an der Abstimmung teilnehmen wird.

Zunächst stimmen wir über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und GAL aus der Drucksache 19/2693 in der Neufassung ab.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen worden.

Wir kommen nun zum Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 19/2617.

Wer möchte Ziffer 1 der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 2 der Ausschussempfehlungen. Hier hat die Fraktion DIE LINKE gemäß Paragraph 36 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung beantragt. Frau Thomas und Herr Hakverdi werden Sie daher gleich in alphabetischer Reihenfolge aufrufen.

Wenn Sie der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen und das Gesetz zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung der HSH Finanzfonds AöR als rechtsfähiger

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Anstalt des öffentlichen Rechts aus Drucksache 19/2428 mit den soeben beschlossenen Änderungen beschließen möchten, antworten Sie bitte deutlich mit Ja, wenn Sie es ablehnen wollen, deutlich mit Nein, und wenn Sie sich enthalten möchten, antworten Sie bitte deutlich mit Enthaltung.

Ich darf nun Herrn Hakverdi bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen)¹

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Ist ein Mitglied der Bürgerschaft nicht aufgerufen worden? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich erkläre damit die Abstimmung für beendet.

Meine Damen und Herren! Das Abstimmungsergebnis wird nun ermittelt und Ihnen in wenigen Minuten mitgeteilt. Bis dahin unterbreche ich die Sitzung.

Unterbrechung: 19.29 Uhr

Wiederbeginn: 19.32 Uhr

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Bei der Abstimmung über das Gesetz zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung der HSH Finanzfonds AöR als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts aus Drucksache 19/2428 mit den vom Haushaltsausschuss empfohlenen Änderungen gab es 109 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und keine Enthaltungen. Damit ist dieses Gesetz in erster Lesung mit Mehrheit beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch im Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung mit großer Mehrheit und somit endgültig beschlossen worden.

Meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft hatte in ihrer Sitzung vom 3. März 2009 beschlossen, für den 8. April 2009 eine weitere Sitzung vorzusehen. Die Tagesordnung zu dieser Sitzung ist Ihnen be-

reits zugegangen. Da die Drucksache 19/2428 zur strategischen Neuausrichtung der HSH Nordbank soeben auch in zweiter Lesung beschlossen worden ist, gehe ich von Ihrem Einverständnis aus, dass die Sitzung am 8. April 2009 nicht stattfinden soll. Gibt es dagegen Einwände? – Die sehe ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 16 auf, die Drucksache 19/2073, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:
Strafvollzug
– Drs 19/2073 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Rechtsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Schneider, Sie haben das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Wir haben diese recht umfangreiche Große Anfrage gestellt, um uns über möglichst viele Aspekte des Justizvollzugs in Hamburg ein möglichst realistisches Bild zu machen. Manche Antworten sind nichtssagend und manche Antworten beschönigen die Situation. So beträgt zum Beispiel nach unseren Informationen die Wartezeit bei der Suchtberatung im Jugendvollzug nicht bis zu acht Wochen, sondern durchschnittlich zwei Monate und das heißt in Extremfällen bis zu 16 Wochen. Doch ungeachtet einzelner Probleme bei der Beantwortung ist das Ergebnis aufschlussreich. Ich kann nur auf einige zentrale Punkte eingehen.

Erstens: Der vormals vergleichsweise liberale Strafvollzug in Hamburg war unter den Senatoren Kusch und Lüdemann zum reinen Verwahrvollzug verkommen. Dass sich das im letzten Jahr trotz verschiedener Verbesserungen noch nicht grundlegend geändert hat, wird vielleicht am deutlichsten bei den bedrückend langen Einschlusszeiten. An den Wochenenden sind erwachsene Strafgefangene täglich mindestens fünfzehneinhalb Stunden in ihrer Zelle eingeschlossen, an den Wochentagen arbeitende Gefangene mindestens elfeinhalb Stunden, nicht arbeitende Gefangene 19 bis 20 Stunden. Nicht arbeitende Gefangene schließt Abschiebegefangene, arbeitsunfähige Gefangene und Gefangene im Rentenalter ein. Untersuchungsgefangene, für die die Unschuldsvermutung gilt, sind 23 von 24 Stunden am Tag eingeschlossen. Sowieso sind Gefangene von der Partizipation am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.

¹Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Christiane Schneider)

(Viviane Spethmann CDU: Das hat auch seinen Grund!)

Sowieso sind ihre sozialen Kontakte, ohne die Leben nicht lebenswert ist, auf ein Minimum reduziert.

(Viviane Spethmann CDU: Das hat auch seinen Grund!)

Sowieso ist der psychische Leidensdruck von Menschen, die eingesperrt und damit einer totalen Institution ausgeliefert sind, die das gesamte Leben beherrscht, enorm. Wenn sie in einer solchen Situation des Ausschlusses auch noch lange Zeit des Tages völlig auf sich selbst zurückgeworfen werden, Stunde um Stunde eingesperrt auf wenigen Quadratmetern, praktisch ohne Möglichkeit, die Zeit sinnvoll und abwechslungsreich zu gestalten, dann werden soziale Fähigkeiten abgetötet, die gefördert und entwickelt werden müssten. Wie soll bei solchen Einschlusszeiten womöglich über viele Jahre hinweg das Ziel der sozialen Integration von Gefangenen erreicht werden? Das ist Verwahrlosung, der das Anliegen der individuellen und sozialen Entwicklung der Gefangenen de facto aufgibt.

Zweitens: Wir kritisieren ein weitgehendes Desinteresse des Senats an den Folgen von Haft. Die eigentliche Strafe, Frau Spethmann, der Freiheitsentzug, geht einher mit einer Fülle von Folgen und Wirkungen, die im Urteil ungenannt bleiben, jedoch äußerst gravierend sind.

(Viviane Spethmann CDU: Für die Opfer auch!)

Viele Gefangene sind zum Beispiel überschuldet. Wie viele? Diese Daten werden nicht erfasst, obwohl die Überschuldung die soziale Integration nach der Haftentlassung enorm erschwert. Viele Gefangene verlieren infolge der Haft ihre Wohnung. Wie viele? Auch diese Daten werden nicht erfasst. Was man eigentlich für wirksame und nachhaltige Integrationskonzepte wissen müsste, weiß man nicht.

Ein weiteres Beispiel: Am Stichtag 7. Mai 2008 verbüßten 106 Gefangene in Hamburger Justizvollzugsanstalten eine Ersatzfreiheitsstrafe, das heißt, sie konnten eine gegen sie verhängte Geldstrafe nicht bezahlen. Wir fragten, wie viele von ihnen zuvor Hartz IV bezogen hätten. Es ist schließlich ein wichtiger gesellschaftlicher Vorgang, wenn Menschen ins Gefängnis müssen, zum Beispiel, weil sie mehrfach schwarzgefahren sind, weil die Hartz-IV-Regelsätze die Kosten der Mobilität nicht abdecken. Wir fragten vergeblich, weil nämlich das von der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellte EDV-System diese Daten nicht erhebt. Wie viele der Ersatzstrafverurteilten verloren ihre Wohnung, weil die Unterkunft seit dem 15. August 2007 nur noch bei einer Haftdauer von bis zu sechs Monaten übernommen wird? Antwort – Zitat –:

"Eine Erfassung der begleitenden sozialen Umstände des Wohnungsverlustes ist im Dokumentationssystem der Fachstellen aufgrund des hohen Auswertungsaufwandes nicht vorgesehen."

– Zitatende.

Fazit: Um die über den Freiheitsentzug hinausgehenden Folgen der Haft, die das Leben mehr oder weniger bestimmen und die soziale Integration ungeheuer erschweren, zu minimieren, braucht man Konzepte. Kenntnisse und Interesse sind Voraussetzungen für nachhaltige Konzepte; hieran mangelt es unseres Erachtens erheblich.

Drittens: Ähnliches gilt für das Problem der Gesundheitsversorgung. Mit Interesse habe ich die Debatte über die Große Anfrage der GAL zum Thema Gesundheit in Haft aus dem Jahr 2005 nachgelesen, in der die GAL zu Recht die beschämende Interesselosigkeit, ja Ignoranz des seinerzeitigen Senats anprangerte. Wir haben etwas andere Fragen gestellt, weil wir uns für bestimmte Gesichtspunkte interessierten, vor allem für Konzepte der Gesundheitsförderung in Haft.

Das Ergebnis der Befragung: Konzepte und Projekte für Gesundheitsförderung in Haft gibt es nicht. Es gibt keine Studien über gesundheitliche Versorgung und Vorsorge in Hamburger Haftanstalten und es sind auch keine geplant, auch nicht über Zahngesundheit. Sie wissen nichts über die Infizierung von Gefangenen mit Hepatitis oder HIV, obwohl es sich um hochinfektiöse Krankheiten handelt. Genau dasselbe haben Sie übrigens 2005 dem CDU-Senat vorgeworfen. Ich könnte die Reihe noch fortsetzen, belasse es aber dabei.

Gefangene kommen in der Regel und ganz überwiegend aus Bevölkerungsgruppen, deren gesundheitliche Situation nicht besonders gut ist. Mit der Inhaftierung wird die Gesundheit von Gefangenen weiteren Belastungen ausgesetzt, Belastungen, die durch die Rahmenbedingungen der Haft entstehen,

(Zuruf von Viviane Spethmann CDU)

durch kleine Zellen, Bewegungseinschränkungen, unzureichende Ernährung, überproportional starke Verbreitung von Erkrankungen wie Drogen- und Alkoholabhängigkeit, Infektionskrankheiten, psychischen Störungen, Selbstverletzungen, Suizid, alle Formen von Gewalt, Einschränkungen der Intimsphäre, Hygieneprobleme und so weiter.

Gesundheitsstabilisierung und Gesundheitsförderung in der Haft muss fester Bestandteil der sozialen Integration sein. Wir sehen eine wichtige Aufgabe darin, die besondere und überproportional starke gesundheitliche Belastung von Gefangenen zu analysieren. Es geht uns darum, Strukturen für Untersuchungen, diagnostische Verfahren und Be-

(Christiane Schneider)

ratungen zu schaffen und notwendige Behandlungen einzuleiten.

(Viviane Spethmann CDU: Haben Sie mal an die Opfer gedacht?)

Ein Jahr ist nicht lang und wir wollen nicht kritisieren, dass das alles noch nicht läuft. Aber wir kritisieren, dass nicht zu erkennen ist, dass aktive Gesundheitsförderung überhaupt als Aufgabe erkannt und in Angriff genommen wird. Wenn sich der Rechtsausschuss nach dem Willen der Koalitionsparteien schon nicht mit den Ergebnissen unserer Großen Anfrage befassen soll, soll er sich doch wenigstens, und darauf werden wir dringen, mit den verschiedenen europäischen Richtlinien für die Gesundheitsversorgung und -förderung in Haftanstalten befassen und vielleicht auch mit einigen praktischen Beispielen wie dem des Kantons Genf.

(Viviane Spethmann CDU: Sie zeichnen so ein Sozialbild!)

Viertens: Ich komme abschließend zu einem der ganz großen lange bekannten, aber ungelösten Probleme. Wie ich schon sagte, ist die Überschuldung vieler Gefangener ein wesentliches Wiedereingliederungshindernis, das ist nur die eine Seite. Die andere Seite ist, dass Gefangene weder imstande sind, Angehörige zu unterstützen, noch Wiedergutmachung zu leisten, noch Opfer zu entschädigen. Sie sind auch nicht dazu imstande, wenn sie es wollen. Sie sind dazu nicht imstande, obwohl sie in der Regel arbeiten, und sie sind deshalb nicht dazu imstande, weil sie nicht annähernd angemessen entlohnt werden. Ich habe den Eindruck, das sage ich auch an die Adresse des Kollegen Rose, dass viele, die seit den Siebzigerjahren und bis zu Beginn dieses Jahrzehnts mit Vehemenz für eine angemessene Entlohnung von Gefangenen gestritten haben, resigniert haben. Wir wollen diese Debatte wieder anschieben.

Schauen Sie in die Große Anfrage und die Antworten des Senats. Die Anhebung von jetzt 9 Prozent auf 40 Prozent des Durchschnittslohns wäre mit jährlich circa 10 Millionen Euro nicht übermäßig kostspielig. Im Gegenteil, unterm Strich würde sich eine solche Anhebung sogar voll und ganz auszahlen, die 10 Millionen Euro kämen mit Zins und Zinseszins zurück. Eine Entlohnung, die gerade einmal 9 Prozent vom Durchschnittslohn beträgt, anerkennt den Wert von Arbeit nicht und fördert die Gefangenen nicht, sondern entmündigt sie. Eine solche Entlohnung bestraft die Angehörigen und schädigt die Opfer von Straftaten, Frau Spethmann; sie kommt die Gesellschaft teuer. Eine halbwegs angemessene Entlohnung dagegen stärkt die Würde und Verantwortlichkeit des Gefangenen und seine Existenz als Person, die in der Lage ist, Verpflichtungen zu übernehmen und sich deshalb den Folgen ihrer Straftat ganz anders stellen kann als bisher.

Eine angemessene Entlohnung ist nach unserer Auffassung ein unverzichtbarer Baustein des Resozialisierungsgrundsatzes, dem mit dem nun vorliegenden Entwurf des Strafvollzugsgesetzes in Hamburg wieder Geltung verschafft werden soll. Dazu gehört auch die Einbeziehung der Gefangenen in die Sozialversicherung und nicht zuletzt in die Rentenversicherung. Auch das wäre, lesen Sie es auf Seite 34 unserer Großen Anfrage nach, absolut gesehen nicht teuer und es zahlte sich im Hinblick auf die guten Folgen für die Gefangenen und die Gesellschaft ebenfalls aus, weil die Altersarmut zurückgedrängt würde. Dazu gehört auch die massive Förderung schulischer und beruflicher Qualifizierung. Man kann es nicht anders sagen: Hier ist seit Langem eine Talsohle erreicht und offensichtlich immer noch nicht durchschritten.

Ich komme zum Schluss. Sie wollen diese Große Anfrage nicht an den Rechtsausschuss überweisen. Von der CDU hätte ich in der Tat auch kaum erwartet, dass sie sich nach so vielen Jahren Alleinherrschaft freiwillig einer sachlichen, in die Tiefe gehenden und gründlichen Debatte über die Situation des Justizvollzugs stellt. Von der GAL erwarte ich es, wenn ich zugrunde lege, was sie in der Opposition auf diesem Feld geleistet und gefordert hat. Ich fordere Sie deshalb auf, der Überweisung zuzustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Trepoll.

André Trepoll CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ohne die üblichen Kopfzeilen hätte man die Große Anfrage sicherlich sofort den Kollegen der LINKEN zuordnen können.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Nicht der GAL?)

Bereits die Einleitung ist voll von Unterstellungen, Halbwahrheiten und eigenen Vorurteilen, was sich zu unserem Unbehagen auch noch weitere 40 Seiten fortsetzt, ohne dass damit konkrete Erkenntnisse zutage gefördert werden oder ein Mehrwert für den Hamburger Strafvollzug erkennbar wäre.

(Beifall bei der CDU)

Wieder einmal wollen Sie den Hamburger Strafvollzug als Verwahrsvollzug geißeln. Sie versuchen erfolglos, diese These durch entsprechend eingefärbte Fragestellungen zu untermauern, um anschließend zu behaupten, es gebe schlechte Haftbedingungen in Hamburger Gefängnissen. Dass dieser Versuch nicht von Erfolg gekrönt sein würde, hätte man Ihnen auch vorher sagen können, verehrte Kollegen der LINKEN. Sie hätten sich die Zeit und vor allem das Papier, auf dem diese unzähligen Fragen geschrieben stehen, sparen können, denn der Hamburger Strafvollzug ist kein Ver-

(André Trepoll)

wahrvollzug und die Haftbedingungen sind hervorragend und müssen keinen Vergleich scheuen.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn das vielleicht für Sie und Ihre Bemühungen eine bittere Pille ist, müssen wir Ihnen allerdings zugestehen, dass Sie sich mit dieser Anfrage selbst widerlegt haben. Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele nennen, die belegen, dass die Haftbedingungen in den Hamburger Justizvollzugsanstalten gut sind und ein angeblicher Verwahrvollzug nur in Ihren eigenen Vorstellungen existiert.

Erstens: Kern der Sozialtherapie in den Hamburger Haftanstalten ist die Abstimmung der Behandlung auf die begangenen Straftaten. Die Therapeuten erhalten ständige Fortbildungen, sodass eine Sozialtherapie angeboten werden kann, die auf neuesten Erkenntnissen und Behandlungsmethoden beruht.

(Wilfried Buss SPD: Ja, wenn genügend Plätze frei sind!)

Wir konnten uns in der letzten Woche auch persönlich in Fuhlsbüttel diesen Eindruck verschaffen und auch Sie, Frau Schneider, haben gesehen, dass dort wirklich Experten arbeiten, die mit viel Engagement bei der Sache sind und denen man mangelnde Qualität sicherlich nicht unterstellen kann.

Zweitens: Die fachliche Diskussion der Strafvollzugskonzepte wird fortlaufend durch die Justizbehörde beobachtet. Daraus wurde das Konzept des differenzierten Strafvollzugs entwickelt, welches für die Gefangenen einen ausschließlich an den persönlichen Erfordernissen ausgerichteten Vollzugs- und Behandlungsplan gewährleistet. Es wird keine Gleichmacherei betrieben, es werden nicht alle über einen Kamm geschert, sondern es werden ausschließlich die individuellen Voraussetzungen der Gefangenen berücksichtigt.

Drittens: Durch Paragraph 110 des Hamburger Strafvollzugsgesetzes wurde außerdem für Gefangene die Möglichkeit geschaffen, an Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse teilzunehmen. Dies führte bereits in den Justizvollzugsanstalten Billwerder, Fuhlsbüttel und Glasmoor dazu, dass dort Gefangenengremien als Repräsentanten der Gefangenen gewählt wurden, die in regelmäßigen Abständen mit den Anstaltsleitungen zusammentreffen und sich austauschen.

Viertens: Im Rahmen der Entlassungsvor- und -nachbereitung werden zahlreiche Maßnahmen und Hilfestellungen angeboten, zum Beispiel die Vermittlung von Wohnraum und Ausbildungs- und Arbeitsplätzen bis hin zum frühzeitigen Kontakt zu staatlichen und Freien Trägern der Straffälligenhilfe und es ist eben nicht so, wie Sie es dargestellt haben, dass die ehemaligen Gefangenen sozusagen sich selbst überlassen werden.

Fünftens: Die Gefangenen erhalten eine umfassende medizinische Versorgung. Drogenabhängigen Gefangenen wird mit speziellen Therapie- und Behandlungsmaßnahmen begegnet, welche unter anderem von Entzugsbehandlungen über Substitution und Rückfallprävention reichen. Das Aufhängen von Spritzen-Automaten, wie Sie es augenscheinlich mit Ihrer Fragestellung bezwecken, wäre dazu kontraproduktiv, weil dadurch vielmehr die Gefahr geschaffen wird, dass drogengefährdete Gefangene zum intravenösen Drogenkonsum verleitet werden. Die Zeit der Spritzen-Automaten in Hamburger Gefängnissen gehört endgültig der Vergangenheit an und dies wird auch so bleiben, solange wir Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU)

Ich könnte noch weitere Beispiele aus den Ergebnissen Ihrer Großen Anfrage aufzählen, möchte dies aber an dieser Stelle abbrechen. Ich denke, dass mit diesem kurzen Auszug gezeigt werden konnte, dass der Hamburger Strafvollzug keine Verwahrvollzug ist, sondern vielmehr auch der Resozialisierungsgedanke sowie optimale Haftbedingungen verfolgt werden.

(Wilfried Buss SPD: Seit wann denn?)

Auch die Zahl der Haftplätze hat sich im Vergleich zur Lage vor 2001 durch Reduktion, Zusammenlegung und auch den Neubau von Haftanstalten nicht erhöht, wie immer behauptet wird. Trotzdem gibt es zu viele freie Haftplätze und wir müssen uns Gedanken machen, wie wir diese reduzieren können, um Kosten zu sparen. Diese Diskussion ist uns aber lieber als ein Zurück zu den Zeiten mit Mehrfachbelegung und unhaltbaren Zuständen im Hamburger Strafvollzug.

(Beifall bei der CDU)

Um es aus der Sicht der CDU-Fraktion sehr deutlich zu sagen: Uns geht es bei dieser Diskussion darum, Kosten zu sparen, aber nicht zulasten der Qualität. Deshalb wollen wir auch keine gut funktionierenden Konzepte und Strukturen um jeden Preis zerschlagen. Ebenso sehen wir uns als Garanten dafür, dass auch die Meinungen der Bediensteten im allgemeinen Vollzugsdienst bei dieser Diskussion ausreichend berücksichtigt werden. Was diese Anfrage jedoch auch zutage fördert, ist, wie schon zu Anfang angedeutet, die auf Vorurteilen beruhende einseitige Einstellung der LINKEN, die es nicht ein einziges Mal auf über 40 Seiten Anfrage schafft, nach der Sicherheit der Bevölkerung oder der Bediensteten im Strafvollzug zu fragen.

(Beifall bei der CDU – Wilfried Buss SPD: Und der Opfer!)

Sie führen internationale Bestimmungen an und erklären den Hamburger Strafvollzug für nicht rechtmäßig. Wir glauben, es bedarf Maßnahmen, die

(André Trepoll)

auch der Sicherheit der Bediensteten und der Aufrechterhaltung eines geordneten Strafvollzugs dienen. Eine solche einseitige und ideologische Betrachtung muss aus unserer Sicht im Rechtsausschuss nicht wiederholt werden. Aus diesem Grund werden wir die Überweisung ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Schmitt.

Stefan Schmitt SPD:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 10. März hat der Hamburger Senat einen Entwurf für ein neues Strafvollzugsgesetz vorgelegt, das wir in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten im Ausschuss beraten werden. Wie ich vermute, wird jeder der Abgeordneten bei diesen Ausschussberatungen diese Anfrage dabei haben, weil in der Tat an ganz vielen Stellen ganz viel dezidiert abgefragt worden ist. Es wird aus dieser Anfrage voraussichtlich zitiert werden, es werden Beispiele gebracht werden, der Senat wird darauf antworten. Sie wird schlichterding im Ausschuss Thema sein und trotzdem weigern Sie sich, übrigens gerade Sie, Herr Trepoll, mit Ihren letzten Bemerkungen – der Ideologie-Vorwurf fällt eher auf Sie zurück –

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

mit relativ fadenscheinigen Argumenten, diese Drucksache, über die ohnehin gesprochen werden wird, zu überweisen. Das ist ziemlich kleines Karo, das ist Pepita.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Aber auch in der Sache gibt es durchaus Beratungsbedarf. Herr Trepoll sagt, diese Anfrage habe überhaupt keine neuen Erkenntnisse hervorgebracht. Abgesehen davon, dass das an vielen Stellen nicht der Fall ist: Wessen Schuld ist es denn, wenn keine Erkenntnisse erbracht werden? Wir reden seit Monaten über Umstrukturierungen, über die Frage, wo Haftplätze abgebaut werden, wo sie in offenen Vollzug umgewandelt werden und so weiter. Der einzige, der mit nichts herüberkommt, ist der Senat. Dieser will die ganze Zeit das Konzept ausarbeiten, wir warten seit Dezember darauf, er kommt nicht in die Hufe. Dass keine neuen Erkenntnisse erbracht werden, ist aber nicht die Schuld von Frau Schneider, nicht die Schuld des Ausschusses, sondern das ist eindeutig die Schuld des Senats.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Natürlich gibt es weiteren Diskussionsbedarf. In der Anfrage wird der sogenannte Stufenvollzug angesprochen, der Senat nennt es in seiner Antwort den differenzierten Strafvollzug. Dieses werde nicht evaluiert, so sagt uns der Senat, denn es ge-

be keinen Bedarf. Ich finde die Antwort spannend. Wie wollen wir eigentlich ein erfolgreiches oder auch ein rechtmäßiges Strafvollzugssystem schaffen, wenn die zuständige Behörde nicht einmal schaut, ob überhaupt funktioniert, was gemacht wird. Das ist doch das Mindeste, was man von einer Fachbehörde erwarten können müsste, und es ist auch das Mindeste, worüber der Rechtsausschuss reden müsste, wenn Sie es denn zuließen; dem ist aber nicht so.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich will ein weiteres Beispiel aus der Anfrage nennen. Die Antwort auf die Anfrage hat erbracht, dass die Anzahl der Krankheitstage bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei den Vollzugsbeamten in Santa Fu in den Jahren von 2006 bis 2008 um 40 Prozent gestiegen ist. In den anderen Vollzugsanstalten sind es 25 Prozent. Es gibt wirklich keinen Beratungsbedarf, Herr Trepoll? Wie gehen Sie eigentlich mit Menschen um? Wir haben nämlich auch eine Verantwortung für die Mitarbeiter vor Ort.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Und der Herr Senator hat die Fürsorgepflicht. Es wäre in der Tat bitter nötig, dass wir darüber reden.

"Resozialisierung [...] ist auch aktiver Opferschutz."

So heißt es im Koalitionsvertrag von CDU und GAL. Seit sieben Jahren, auch das hat Ihre Anfrage erbracht, gehen die Lockerungen im Strafvollzug kontinuierlich zurück; wie so oft, keine Erkenntnisse, der Senat hat sich damit wieder einmal nicht befasst. Die Koalition sieht offenbar keinen Beratungsbedarf.

Vor mir liegt die Drucksache 18/434 vom 11. Juni 2004. Unter anderem haben die Abgeordneten Dr. Till Steffen und Farid Müller und Fraktion hingeschrieben:

"Haft-Lockerungen [...] sind wichtige Bedingungen für eine funktionierende Wiedereingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft."

Recht haben sie. Wo bleibt die praktische Umsetzung, Herr Senator?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN und bei Antje Möller GAL)

Ein Stichwort ist bereits angesprochen worden, die Verschuldung. Jedem leuchtet es ein, dass die Gefahr Straftaten zu begehen, umso größer ist, je mehr diese Menschen in materieller Not sind. Jetzt lohnt sich wirklich ein Blick in die Anfrage und ich erlaube mir, sie wörtlich zu zitieren. Es wird gefragt:

(Stefan Schmitt)

"Wie hoch ist die durchschnittliche Überschuldung eines Gefangenen zum Zeitpunkt der Haftentlassung?"

Antwort des Senats:

"Die Zur Beantwortung benötigten Daten werden statistisch nicht erfasst."

Damit kann man leben. Frage 6:

"Gibt es neben einer Schuldenberatung weitere Maßnahmen zur Entschuldung [...]? Wenn ja, welche? [...] Ist die Einführung weiterer Maßnahmen beabsichtigt? Wenn ja, ab wann? Wenn nein, warum nicht?"

Antwort:

"Nein. Ein entsprechender Bedarf besteht nicht."

– Zitatende.

Woher wollen Sie das wissen? Wir haben gar keine Zahlen. Es ist doch absolut dummes Zeug, solche Antworten zu geben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ein weiteres Thema ist heute bereits angesprochen worden, die Frage des Spritzentauschs. Herr Trepoll, für Ihre deutlichen Ansagen hierzu, solange Sie Verantwortung tragen, gäbe es keine Spritzen, bin ich ausgesprochen dankbar gewesen.

(Michael Neumann SPD: Schön doof!)

Großer Beifall auf dieser Seite, peinlich betretenes Schweigen bei der LINKEN. In der Anfrage steht:

"Ist beabsichtigt, zu dem akzeptierenden Umgang mit Drogenkonsum zurückzukehren und Spritzenautomaten zu installieren [...]? Wenn ja, ab wann? Wenn nein, warum nicht?"

Klare Antwort des Senats:

"Nein."

Diese Auffassung kann man vertreten. Noch einmal Drucksache 18/434, Abgeordnete Dr. Steffen, Farid Müller und Fraktion:

"Der Senat wird aufgefordert, [...] Drogen sucht wieder als Krankheit zu begreifen und zusätzliche Hilfeangebote zu machen; dazu gehören die Wiedereinführung des Spritzen-tauschs [...]"

Recht haben die Herren. Jetzt weiß ich auch, warum Sie es im Ausschuss nicht debattieren wollen, weil Sie nämlich Angst haben, dass Ihre eigenen koalitionsinternen Zwistigkeiten bekannt werden. Aber glauben Sie nicht, dass Sie damit durchkommen. Wir können lesen und wir können es merken.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was Sie bringen respektive nicht bringen und Ihre Begründung, den Antrag nicht überweisen zu wollen, ist alles andere als überzeugend. Die SPD-Fraktion wird selbstverständlich dem Überweisungsbegehren zustimmen. – Schönen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Müller.

Farid Müller GAL: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir heute über den Strafvollzug in Hamburg sprechen können. Meine Vorredner haben schon sehr viele Details genannt. Man sollte nach elf Monaten auch einmal festhalten – das ist beim letzten Mal auch im Plenum geschehen –, dass schon sehr viel im Justizressort passiert ist. Ein neues schwarz-grünes Strafvollzugsgesetz liegt vor. Wir werden am 16. April eine Expertenanhörung haben und selbstverständlich ist es jedem Abgeordneten freigestellt, diese Anfrage dabei zu haben, wenn es notwendig ist, das mit dem Gesetzesentwurf zu verbinden.

Wir waren letzte Woche als Rechtsausschuss in der neuen, selbstständigen Sozialtherapeutischen Anstalt. Wir haben uns dort erkundigt und als Abgeordnete einen Rundgang gemacht. Auch das zeigt, dass schon in diesen Monaten sehr viel passiert ist. Ich kann Ihre Ungeduld verstehen, aber nehmen Sie zur Kenntnis – das haben Sie eigentlich auch schon –, dass in regelmäßigen Abständen etwas passiert. Sie brauchen deshalb nicht darauf zu hoffen, dass sich die CDU und die GAL darin nicht einig sind und deswegen eine Überweisung nicht zustande kommt.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Ein weiterer Punkt – hier sagen Sie auch, dass etwas passieren müsse –, ist, wie wir mit den sinkenden Gefangenenzahlen in dieser Stadt und mit den Haftplatzkapazitäten umgehen. Man kann dieses auch einen Monat früher durchführen, aber wir haben uns darauf verständigt, bei so einem Projekt...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Müller, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Farid Müller (fortfahrend): Ich würde gern weiter-sprechen.

Dieses Projekt wirft einerseits die Frage auf, wie wir mit den Justizvollzugsanstalten umgehen, wo wir freie Haftplatzkapazitäten haben. Andererseits besteht die Frage, wie wir Kosten einsparen kön-

(Farid Müller)

nen und trotzdem den offenen Vollzug verbessern können.

All diese Fragen benötigen eine sorgfältige Planung, weswegen hier auch eine Lenkungsgruppe eingesetzt wurde, die die Realisierbarkeit solcher Lösungen in dieser Stadt überprüfen soll.

Ich bin mir der Probleme und der Fragen um die Berechnung bewusst und weiß deshalb warum wir soviel Zeit benötigen. Mir ist ein solides Konzept wichtiger als ein Schnellschuss, nur um die Sache schnell vom Tisch zu haben. Sie haben bisher auch noch keine konstruktiven Vorschläge in diesem Bereich gemacht. Ich bitte, darauf zu vertrauen, dass, wie in den anderen Bereichen, ein sehr guter Vorschlag vom Senat kommen wird. Ich bin ganz sicher, dass wir in diesem Hause darüber ausführlich debattieren werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ein weiterer wichtiger Punkt der Großen Anfrage betraf die Frage nach der Entlassungsvorbereitung sowie -nachbereitung. Sie hatten wahrscheinlich den Koalitionsvertrag vorliegen, als Sie die Große Anfrage geschrieben haben. Um den Bereich wollen wir uns kümmern, den wollen wir weiter entwickeln, denn wir wissen, dass diese Frage auch eine Sicherheitsfrage ist. Je besser wir die Vor- und Nachbereitung der Gefangenen durchführen, umso höher ist die Sicherheit, wenn der Gefangene wieder in die Freiheit kommt.

Auch hier hat der Senat gesagt, dass im zweiten Quartal die Planung aufgenommen werden soll. Wir werden uns sehr intensiv damit beschäftigen, da können Sie sich sicher sein. Hier wird auch nichts zwischen CDU und GAL treten, sondern hier werden wir an einem Strang ziehen, denn unser gemeinsames, erklärtes Ziel ist die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger. Da gibt es überhaupt keine Debatte.

Den angeblichen Widerspruch, Herr Schmidt, weil Sie sagten, die Beantwortung zum Punkt Verschuldung wäre Unfug, gibt es nicht. Nur weil der Senat die durchschnittliche oder die einzelne Höhe der Verschuldung der Gefangenen nicht kennt und hinterher sagt, er sehe zurzeit keinen Bedarf, hier konzeptionell neu zu arbeiten, zu sagen, das wäre Unfug, weil man die Zahlen vorher nicht gehabt hätte, ist Unsinn. Wenn Sie ein bisschen Ahnung hätten von der Frage der Entschuldung, dann würden Sie sehen, dass es um die erfolgreichen Vorgänge geht und wie man sie nach vorne bringt und nicht so sehr darum, ob man nun 30 000 oder 20 000 entschuldet. Es geht darum, ob eine erfolgreiche Entschuldung stattfindet. Diese Erkenntnis muss der Senat schon aus dem Grunde haben, weil er diese Organisation dafür bezahlt, dass sie diese Aufgabe im Namen der Stadt übernimmt. Das wissen Sie auch, das ist im Sozialetat mit er-

heblichem Geld abgesichert und wurde gerade erneut aufgestockt.

Bei der Frage der Haftvorbereitung und Haftnachbereitung und gerade bei den Ersatzfreiheitsstrafen bin ich auch auf den Punkt aufmerksam geworden, wie wir Obdachlosigkeit verhindern können, wenn die Wohnung bei Ersatz-Freiheitsstrafen nicht länger als sechs Monate bezahlt wird. Deswegen werden wir uns mit diesem Punkt noch einmal genauer beschäftigen, denn eines ist doch politisch fraktionsübergreifend klar: Obdachlosigkeit soll nicht das Ergebnis der Verbüßung von Ersatz-Freiheitsstrafen in dieser Stadt sein. Deswegen werden wir uns das noch einmal genau ansehen. Ich bin mir sicher, dass wir hierbei zu einem guten Ergebnis kommen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Steffen.

Senator Dr. Till Steffen: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Solche Großen Anfragen sind natürlich ein sehr gutes Mittel, damit das Parlament sich einen Überblick verschafft über einen Themenbereich, den es für interessant hält. Sie sind ein sehr gutes Mittel, um eine Bestandsaufnahme herbeizuführen. Es liegt natürlich dann in der Hand der Fragenden, wie verlässlich, wie aussagekräftig eine solche Bestandsaufnahme wird. Es hängt auch sehr stark davon ab, wonach gefragt wird, wonach nicht und in welcher Weise gefragt wird. Wie der Senat antworten muss, das richtet sich nach dem Gesetz. Frei sind die Abgeordneten aber in der Formulierung der Fragen.

Natürlich richtet die Fraktion der LINKEN auf bestimmte Bereiche, in denen sie Schatten vermutet, das Licht und in anderen Bereichen fragt sie nicht so detailliert nach; das ist ihr gutes Recht. Ich will nicht in Abrede stellen, es so zu machen. Aber es bedeutet natürlich auch, dass im Ergebnis eine Anfrage kein umfassendes und ausgewogenes Bild über den Hamburger Strafvollzug ergeben kann.

Die Mitarbeiter im Hamburger Strafvollzug sind überwiegend beschäftigt mit der Betreuung der Gefangenen und nicht überwiegend damit, präventiv Statistiken zu führen. Das ist ein wichtiger Punkt. Natürlich geben wir alle Daten heraus, die erfragt werden, wenn sie bei uns sowieso für die Arbeit benötigt und deswegen erhoben werden. Aber wir führen natürlich keine umfangreichen, detaillierten Statistiken, die für die tägliche Arbeit im Hamburger Strafvollzug nicht benötigt werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es ist auch mitnichten so, dass man immer die eigentlichen Erkenntnisse aus rein statistischen Betrachtungen ziehen könnte. In vielen Fällen ist es

(Senator Dr. Till Steffen)

unbedingt erforderlich, qualitative Betrachtungen für eine Problemanalyse zugrunde zu legen, die kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu befragen, welche Erfahrungen sie gemacht haben, wo die Schwierigkeiten liegen, woran zum Beispiel eine Entschuldung scheitert, wo hier die Schwierigkeiten sind. Dieses qualitativ bei den Mitarbeitern abzufragen, ist viel hilfreicher, als sich nur in Statistiken zu verlieren. Ich persönlich halte es auch für ausgesprochen wichtig und aufschlussreich, das kann ich Ihnen aus neun Monaten Erfahrung berichten, das direkte Gespräch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu suchen. Das ist häufig viel interessanter, als sich Statistiken vorlegen zu lassen. Die Wirklichkeit ist viel differenzierter und deswegen auch viel eher zu erfassen, wenn man sich direkt mit den Leuten unterhält, die die Betreuung der Gefangenen im Hamburger Strafvollzug übernehmen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Anfragen sind nicht unbedingt das optimale Medium, um eine Diskussion über Konzepte zu führen. Deswegen sind natürlich auch manche Fragen ein bisschen verunglückt, weil Sie Ihre konzeptionellen Vorstellungen in die Frage hineinschreiben. Auf diese suggestive Frage, ob denn der Senat vielleicht vorhätte, ein bestimmtes Konzept, so wie Sie es sich vorstellen, umzusetzen, wird der Senat dann mit Nein antworten, weil eine andere Konzeption beim Senat verfolgt wird. Ich glaube, das richtige Medium, um über Konzepte zu diskutieren, sind Anträge, mit denen der Senat und die Fraktionen in der Bürgerschaft agieren können. Aber es ist klar, dass wir Handlungsbedarf im Hamburger Strafvollzug haben.

Es gibt, grob gesagt, drei Baustellen. Die erste Frage ist, welche gesetzliche Grundlage wir für die Arbeit im Hamburger Strafvollzug haben. Dafür haben wir das Gesetz eingebracht, durch das das Hamburger Strafvollzugsgesetz abgelöst wird durch zwei Gesetze: ein Strafvollzugsgesetz für die erwachsenen Gefangenen und ein Jugendstrafvollzugsgesetz. Das liegt der Bürgerschaft vor. Es liegt bei Ihnen, hier für den letzten Schritt zu sorgen und das dann auch in Kraft treten zu lassen.

Die zweite, sehr schwierige Baustelle ist die Frage der Umstrukturierung. Hier gilt grundsätzlich, dass es keinen Sinn macht, ein Konzept übers Knie zu brechen. Wir brauchen ein sorgfältig entwickeltes Konzept, das stimmig ist und das funktioniert. Da nehme ich es eher in Kauf, dass wir etwas länger brauchen, als dass ich Ihnen ein nicht durchdachtes Konzept vorlege, das lediglich getragen wird von Vorurteilen oder Überzeugungen. Das ist sicherlich kein guter Weg für die Weiterentwicklung des Hamburger Strafvollzugs. Wir brauchen ein sehr gut durchdachtes und ganz klar abgewogenes Konzept und das werden Sie bekommen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich bin mir sicher, dass dieses Konzept auch ausreichend mit den Bediensteten diskutiert wird und wir tatsächlich an dieser Stelle zu einem sehr guten Ergebnis kommen werden.

Wir müssen im Rahmen dieser Entscheidungen schwierige Fragen beantworten. Wenn man in einer Struktur eine Einschränkung, eine Reduzierung der Kapazitäten vornehmen muss, dann bedeutet das natürlich, dass sich auch Einzelne, die betroffen sind von den Entscheidungen, von bestimmten gewohnten und vielleicht auch lieb gewonnenen Arbeitsabläufen verabschieden müssen. Das ist keine angenehme Entscheidung, das ist im Ergebnis nicht nur eine positive Botschaft.

Wir müssen aber auch ganz reale Probleme lösen. Wir müssen die Frage beantworten – ich habe es letztens schon erwähnt –, ob es wirklich klug ist, die Gefangenen aus einem ganz geschlossenen Vollzug in einen vollständig offenen Vollzug Übergangslos wechseln zu lassen. Darauf müssen wir konzeptionell antworten, ich halte das für riskant. Ich halte das für nicht sinnvoll und an der Stelle müssen wir konzeptionell antworten im Rahmen dieses Umstrukturierungskonzepts.

Wir müssen antworten auf Entwicklungen, die sich, wahrscheinlich zufällig, in mehreren Punkten im Bundesland Nordrhein-Westfalen abgespielt haben, der sehr erschreckende Vorfall in der Haftanstalt in Siegburg vor einigen Jahren, bei dem ein Gefangener, der zunächst – das muss man auch beachten – der Zusammenlegung mit anderen Gefangenen in einer Gemeinschaftszelle zugestimmt hatte, am Ende von anderen Gefangenen umgebracht wurde, die ein sadistisches Spiel mit ihm getrieben hatten.

Es gab einen ähnlichen Vorfall im letzten Jahr in einer anderen Haftanstalt in Nordrhein-Westfalen, bei dem es zum Glück – ich sage das in Anführungszeichen – nicht zu einem Todesfall gekommen ist, sondern lediglich zu einer schweren Misshandlung. Es zeigt sich also, dass es ein strukturelles Problem mit Gemeinschaftszellen gibt und darauf müssen wir antworten.

Wir müssen auch antworten auf eine neuere Rechtsprechung, die sich in dem Fall konkret auf Gemeinschaftszellen bezog, des Oberlandesgerichts Hamm, das gesagt hat, fünf Quadratmeter pro Gefangenen seien zu wenig, das sei nicht menschenwürdig. Wir müssen antworten im Hinblick auf Zellen in Hamburg, die in ähnlicher Dimension sind.

Die dritte Baustelle ist das Thema Entlassungsvorbereitung, die konzeptionelle Arbeit im Vollzug. Das gehen wir systematisch an. Das gehe ich zusammen mit meinem Kollegen Wersich an, der für viele Belange zuständig ist, die nach der Haft ansetzen müssen, was Gefangene zum Beispiel nach der Entlassung machen. Da müssen wir uns viel

(Senator Dr. Till Steffen)

enger verzahnen, das haben wir uns gemeinsam vorgenommen. Wir werden die Zusammenarbeit mit Freien Trägern suchen und an der Stelle gibt es konzeptionell viel zu entwickeln.

Aber, das will ich sehr deutlich sagen auch im Hinblick auf Lernprozesse, die ich persönlich habe machen dürfen im Rahmen der letzten Monate: Wir fangen bei vielen Dingen tatsächlich nicht bei Null an. Auch einiges, was heute hier gesagt wurde, ist insoweit nicht richtig, als Qualitäten des Hamburger Strafvollzugs nicht zutreffend beschrieben werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das trifft zum Beispiel auf die Frage der schulischen und beruflichen Qualifizierung und der Beschäftigung im Vollzug zu. Wir haben die Situation, dass jedem Gefangenen in Hamburg Arbeit oder Ausbildung und Qualifizierung angeboten werden können. Das ist eine ausgesprochen positive Situation und darauf können wir aufbauen. Wir haben eine veränderte Situation, wir haben andere Gefangene, auch wenn immer die Frage gestellt wird, wie sich das mit den Schulabschlüssen entwickelt. Wir haben Gefangene, bei denen erst einmal überhaupt nicht an das Erreichen eines Abschlusses zu denken ist, sondern bei denen es darum geht, mit der Qualifizierung erst einmal anzufangen. In den letzten Jahren haben wir passende Konzepte entwickelt, insbesondere im Jugendvollzug, mit Lernwerkstätten, die sehr einfach anfangen. Sie nehmen diese Gefangenen, die große Schwierigkeiten mit dem Lernen haben, erst einmal mit. Das ist eine Qualität, auf der wir aufbauen müssen und auf der wir auch aufbauen werden.

Wir haben in Hamburg die beste Relation zwischen Gefangenen und Mitarbeitern in der gesamten Bundesrepublik. Darauf können andere tatsächlich nur neidisch sein. Das ist auch eine Qualität, die wir versuchen müssen zu erhalten.

Wir hatten in den letzten Jahren eine Entwicklung, die zu einer Konzentration der Anstalten geführt hat. Gerade durch diese Konzentration, die Schließung vieler kleiner Haftanstalten – was ich persönlich in einigen Fällen auch kritisch begleitet habe –, ist ein ausgesprochen positiver Effekt erzielt worden für die Wirtschaftlichkeit der Haftanstalten, natürlich auch für die Steuerbarkeit und damit auch die Sicherheit der Haftanstalten, aber auch für die Möglichkeiten, überhaupt ein solches differenziertes Konzept an Qualifikation und Arbeit anbieten zu können. Das ist eine Qualität, die im Hamburger Strafvollzug in den letzten Jahren entwickelt worden ist, auf der wir auch im Rahmen der Umstrukturierung aufbauen müssen.

Manche Dinge muten so schlicht und als Notwendigkeit an; aber man muss auch sagen, dass in Fuhlsbüttel in Haus II sehr viel saniert worden ist. In der Untersuchungshaftanstalt ist mit der Sanie-

rung begonnen worden. Diese Sanierungsmaßnahmen sorgen dafür, dass diese Gefängnisse, die tatsächlich noch zum Teil wie aus dem 19. Jahrhundert anmuteten – mit den offenen Decken, diese panoptischen Bauten, die tatsächlich schon durch ihre Architektur Angst machen sollten –, zu Hafthäusern werden, die modernen Standards entsprechen. Hierdurch ist es überhaupt erst möglich, mit dem Aufschluss anders umzugehen. Durch diese Umbauarbeiten, die in der Untersuchungshaftanstalt angefangen wurden, die wir fortführen und mit Priorität im Konjunkturprogramm untergebracht haben, wird es überhaupt erst möglich, zu anderen Einschlussregelungen zu kommen, zum Beispiel in der Untersuchungshaftanstalt. Das ist in der letzten Wahlperiode begonnen worden, das ist ein Verdienst, auf dem man aufbauen kann und auf dem wir auch aufbauen müssen, weil hier noch einiges zu tun ist.

In diesem Zusammenhang – das passt sehr gut, weil Sie auch hier versuchen, Widersprüche zu erzeugen, indem Sie schlicht und einfach alte Argumente gegeneinander stellen – ist das Thema Spritzenaustausch betroffen. Da wird deutlich, was schwarz-grüne Strafvollzugspolitik ist und was ein neues Denken im Strafvollzug ist. Wir haben in der Vergangenheit häufig sehr zugespitzt, sehr ideologisch und oft auch an der Sache vorbei diskutiert. Das sage ich im Hinblick auf meinen Vor-Vorgänger, aber auch im Hinblick auf Positionen, die ich selbst mit unterstützt und getragen habe.

Wie ist es aber ganz real mit dem Thema Spritzenaustausch? Wollen wir wirklich wieder Strukturen in den Haftanstalten, wie sie seinerzeit waren, unter denen es überhaupt möglich war, dass Gefangene sich in der Weise quer durch die Hafthäuser bewegten? Wollen wir wirklich zurück zu diesen panoptischen Haftanstalten, von denen wir uns zum Glück verabschiedet haben? Ich kann mir das nicht vorstellen. Wollen wir gleichzeitig ignorieren, dass Drogenkonsum mittlerweile eine ganz andere Qualität hat?

Ich sage nicht, dass alles besser geworden ist, mitnichten, aber wir haben das Problem, dass ganz andere Drogen konsumiert werden und dass die Drogen, die intravenös konsumiert werden, einen wesentlich geringeren Stellenwert haben. Jetzt zu sagen, wir drehen alles zurück und hängen die Spritzenautomaten auf, die vielleicht in den Neunzigerjahren die richtige Antwort waren auf die Dominanz von Heroin in den Haftanstalten, wäre wirklich eine rein symbolische, rein ideologische Handlung. Ich stehe dafür nicht zur Verfügung und die schwarz-grüne Koalition steht es in der Strafvollzugspolitik auch nicht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/2073 an den Rechtsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus Drucksache 19/2073 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 57 und 22. Hier haben die Fraktionen einvernehmlich auf eine Debatte verzichtet.

[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Neustrukturierung des gesundheitlichen Vorsorgeangebots für Kinder im Vorschulalter – Drs 19/2463 –]

[Antrag der Fraktion der SPD: Gesetz zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung, Missbrauch und Misshandlung – Drs 19/2700 –]

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Vorsorgeuntersuchungen nach SGB V sowie gemäß Hamburgischem Kinderbetreuungs-gesetz (KibeG): Welche Kinder werden bisher vom Senat trotz gesetzlicher Verpflichtung nicht untersucht und was unternimmt der Senat gegen die geringere Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen in sozial schwächeren Stadtteilen? – Drs 19/2412 –]

Zur Drucksache 19/2463 liegt Ihnen als Drucksache 19/2700 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

Alle drei Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Die CDU-Fraktion möchte die Drucksache 19/2463 nachträglich gemeinsam mit der Drucksache 19/2412 an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz überweisen. Deshalb kommen wir zunächst zum Überweisungsbegehren der SPD-Fraktion.

Wer diesem folgen und die Drucksachen 19/2463, 19/2412 und 19/2700 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen, zunächst über den SPD-Antrag aus Drucksache 19/2700. Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum gemeinsamen Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion aus Drucksache 19/2463.

Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer nun einer nachträglichen Überweisung der Drucksache 19/2463 sowie der Überweisung der Drucksache 19/2412 an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 61 der heutigen Tagesordnung, dem Antrag der SPD-Fraktion: Zwei-Klassen-Medizin in Hamburg: Ungerechte kassenärztliche Versorgung in den Stadtteilen.

[Antrag der Fraktion der SPD: Zwei-Klassen-Medizin in Hamburg: Ungerechte kassenärztliche Versorgung in den Stadtteilen – Drs 19/2497 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Domres, bitte.

Anja Domres SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zurzeit gibt es Entwicklungen in Hamburg, die zu gravierenden Änderungen in der ambulanten ärztlichen Versorgung führen können. Sehen wir dabei tatenlos zu, wird die flächendeckende ärztliche Versorgung in Hamburg nicht mehr sichergestellt werden können.

Was ist passiert? Es gibt zum einen die Entwicklung, dass kassenärztliche Praxen in Stadtteilen wie Wilhelmsburg, Billstedt, Finkenwerder oder auch Steilshoop aufgegeben werden. Die ärztliche Versorgung in diesen Stadtteilen ist nicht mehr sichergestellt und dies betrifft insbesondere Haus- und Kinderärzte. Es gibt ebenfalls die Entwicklung in Hamburg, dass es immer mehr Medizinische Versorgungszentren, sogenannte MVZs, gibt, immer mehr werden gegründet, Zentren also, in denen medizinische Angebote unterschiedlicher Fachrichtungen vorgehalten werden. Diese Medizinischen Versorgungszentren sind nicht grundsätzlich als negativ anzusehen. Medizinische Versorgungszentren, die von Ärzten unterschiedlicher Fachrichtungen gegründet und aufgebaut werden und gewissermaßen das alte Polyklinik-Prinzip der ehemaligen DDR wiederbeleben, sind als durchaus positiv zu sehen.

Problematisch wird es dann, wenn Medizinische Versorgungszentren in großem Stil von Krankenkassen und auch von Krankenhäusern aufgebaut werden. In Hamburg gibt es zurzeit 28 Medizinische Versorgungszentren, davon befindet sich die Mehrheit in der Hand von großen, kapitalstarken Anbietern. So gibt es ein Medizinisches Versorgungszentrum in Winterhude, in der Jarrestadt, das von einer Krankenkasse betrieben wird und für

(Anja Domres)

das unter anderem eine Hausarztpraxis aus Finkenwerder und eine Internistenpraxis aus Billstedt abgezogen wurden. Diese Sitze mussten durch Sonderbedarfszulassungen nachbesetzt werden. Die Kosten dieser Sonderbedarfszulassungen werden übrigens von allen Ärzten in Hamburg getragen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Domres, Entschuldigung. Ich kann vieles nachvollziehen, aber wir alle haben jetzt die Aufgabe, der Rednerin zu lauschen. Wer das nicht mehr mag, gehe bitte vor die Tür und die anderen hören still zu.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist ja wie in der Schule hier!)

– Das ist wie in der Schule, wenn Sie sich wie in der Schule benehmen.

Frau Domres, Sie haben das Wort.

Anja Domres (fortfahrend): – Genau, gleich gibt es einen Tadel.

Es gibt auch Medizinische Versorgungszentren, die von Krankenhäusern wie insbesondere Asklepios betrieben werden und für deren Gründung Kassenarztsitze in großem Stil aufgekauft werden. Asklepios hat gerade angekündigt, zehn weitere Medizinische Versorgungszentren in Hamburg zu gründen und dafür 50 weitere Kassenarztsitze aufzukaufen.

Wir haben also die Situation, dass zum einen in sogenannten sozial schwächeren Stadtteilen Kassenarztpraxen aufgegeben werden und zum anderen zusätzlich Kassenarztsitze, insbesondere aus diesen Stadtteilen, für die Gründung Medizinischer Versorgungszentren abgezogen werden, eine Entwicklung, die jetzt schon zu einer medizinischen Unterversorgung in verschiedenen Stadtteilen führt, die, sollte sie ungebremst weitergehen, zu einer Zerteilung der ambulanten medizinischen Versorgung dieser Stadt führen kann.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Es gibt Stadtteile, die keine ausreichende ambulante medizinische Versorgung mehr vorhalten und Stadtteile, in denen ein reichhaltiges Angebot von Ärzten jeder Fachrichtung besteht. Man muss sich dabei schon fragen, warum eine Krankenkasse ein Medizinisches Versorgungszentrum betreiben muss, ob da nicht die Gefahr einer Interessenkollision besteht.

Abgesehen davon wurde gerade für dieses MVZ in Winterhude, in der Jarrestadt, jetzt laut der Kassenärztlichen Vereinigung im ersten Quartal nachgewiesen, dass nur 40 Prozent der Patienten ver-

sorgt wurden, die früher von den Kassenarztpraxen zu 100 Prozent versorgt wurden. Es wurden also nur 40 Prozent der Leistung erreicht, die früher in den Praxen selbst erreicht wurde.

Man muss sich natürlich auch fragen, ob Medizinische Versorgungszentren in Klinikhand ein originäres Interesse an einer guten, ambulanten Versorgung haben, die zu einer Vermeidung von stationären Aufenthalten führen, oder ob sie nicht vielmehr dazu dienen sollen, den Kliniken die notwendigen stationären Patienten zuzuführen und daher eher die Kosten im Gesundheitswesen steigern als zurückschrauben. Schließlich muss man sich auch fragen, wie das Ganze unter dem Aspekt einer fairen Konkurrenzsituation zu sehen ist. Eine normale Kassenarztpraxis kann mit der Ausstattung eines MVZ, eines Medizinischen Versorgungszentrums, nicht mithalten und Kassenarztpraxen werden dadurch immer weiter zurückgedrängt.

Mir geht es nicht darum, sämtliche ärztliche Fachrichtungen in jedem Stadtteil vorzuhalten. Es ist Menschen durchaus zumutbar, beispielsweise zu radiologischen Untersuchungen auch etwas weiter fahren zu müssen. Aber die medizinische Grundversorgung durch Hausärzte, durch Kinderärzte und auch durch Internisten muss soweit sichergestellt werden, dass beispielsweise – dieses berühmte Beispiel aus dem "Hamburger Abendblatt" der letzten Wochen – eine Mutter mit einem hoch fiebernden Kind nicht gezwungen ist, weit zu fahren beziehungsweise ihr Kind in einer Klinik abgeben zu müssen, weil in ihrem Stadtteil keine Kinderarztpraxis mehr existiert und die Kinderärzte in den angrenzenden Stadtteilen Aufnahmestopp bei den Patienten haben.

Der Senat hat hier als Aufsichtsbehörde eine besondere Fürsorgepflicht gegenüber der Hamburger Bevölkerung, gleiche Lebensbedingungen zu schaffen in allen Stadtteilen und auch die ärztliche Versorgung in allen Stadtteilen flächendeckend sicherzustellen. Er kann sich nicht darauf zurückziehen, dass die ärztliche Versorgung grundsätzlich Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung ist und nicht des Senats. Abgesehen davon haben Sie in Ihrem Koalitionsvertrag selbst gesagt, dass Sie sich für eine flächendeckende Versorgung in jedem Bezirk, vor allem hinsichtlich der Haus- und Kinderärzte, einsetzen würden. Sie können sich hier nicht darauf zurückziehen, dass das eine Aufgabe der KV, der Kassenärztlichen Vereinigung, ist, denn diese untersteht letztendlich auch der Aufsicht der Gesundheitsbehörde.

Wie kann man versuchen, diese Problematik zu lösen? Wir haben das Problem, dass Hamburg ein Planungsgebiet ist, das heißt, ein Zulassungsgebiet für Praxen. Eine Lösung des Problems könnte daher ein Neuzuschnitt des Hamburger Planungsgebiets sein nach dem Vorbild von Berlin. In Berlin gab es bis zum Jahre 2003 kleinere Planungsbe-

(Anja Domres)

reiche für vertragsärztliche Versorgung. Diese Planungsbereiche waren die Bezirke in Berlin. Eine solche Lösung wäre für Hamburg grundsätzlich denkbar, wobei man natürlich auch sehen muss, dass ein Planungsbereich, der einen der sieben Bezirke beinhaltet, immer noch nicht für eine flächendeckende Versorgung der verschiedenen ärztlichen Angebote sorgen würde. Wenn man sich zum Beispiel den Bezirk Wandsbek herausgreift, hat man immer noch den Bereich Walddörfer, der natürlich viel lukrativer ist für Arztpraxen als ein Bereich wie Jenfeld.

Das heißt, man könnte in so einem großen Planungsbereich wie einem Bezirk immer noch nicht für die flächendeckende ärztliche Versorgung sorgen. Man müsste prüfen, ob eine Aufteilung in Hamburg nach Stadtteilen oder auch in vorher definierten kleineren Sozialräumen möglich wäre. Dies ist eine der Möglichkeiten.

Eine weitere Lösung, die in anderen Bundesländern, in Brandenburg und Sachsen-Anhalt, praktiziert wurde, ist die Zahlung von Sicherstellungszuschlägen durch Kassen, die einer möglichen Unterversorgung durch Haus- und Fachärzte in bestimmten Gebieten entgegengewirkt, oder die Schaffung von finanziellen Anreizen für die Gründung von Praxen in solchen Gebieten, damit es für Ärzte auch interessanter wird, sich in diesen Brennpunkten niederzulassen.

Diese Lösungen würden natürlich bedeuten, dass zusätzliche Gelder in das System gepumpt würden und man sich fragen muss, was die Kassenärztliche Vereinigung macht. Insofern können beide der zuletzt genannten Lösungen eigentlich nur die Ultima Ratio sein. Grundsätzlich kann man die Kassenärztliche Vereinigung nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Es ist ihre Aufgabe, für die flächendeckende ärztliche Versorgung zu sorgen. Hier sind die Kassenärztlichen Vereinigungen aufgerufen, durch eine sinnvolle Budgetsteuerung die ärztliche Grundversorgung in allen Hamburger Stadtteilen sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich fordere den Senat auf, die dargestellten Lösungsmöglichkeiten zu überprüfen und dafür zu sorgen, dass die ärztliche Versorgung in allen Hamburger Stadtteilen sichergestellt ist.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Krüger.

Harald Krüger CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, jeder von uns wünscht sich seinen Hausarzt oder seinen Kinderarzt in unmittelbarer Nachbarschaft, das ist nachvollziehbar. Aber mit Verlaub, Frau Domres, Ihr Antrag, den

Sie gerade formuliert haben, grenzt in der Tat an Populismus.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie nicht Ärzte in der Fraktion hätten oder sogar unter den Antragstellern ein Arzt wäre, dann würde ich Ihnen ansonsten nur noch völligen Mangel an Sachkenntnis unterstellen können, anders ist solch ein Antrag nicht zu erklären.

(Jörn Frommann CDU: Das wird ja noch schlimmer dadurch!)

In Hamburg gibt es derzeit rund 4100 niedergelassene Ärzte, das heißt rechnerisch, um Ihnen auf die Sprünge zu helfen, haben wir in Hamburg pro Quadratkilometer fünf niedergelassene Ärzte.

(Zuruf von Jan Quast SPD)

– Kommen Sie einfach her, Herr Quast, diskutieren Sie mit mir und schimpfen Sie nicht aus der dritten Reihe.

Hamburg hat damit eine der höchsten Arztdichten in Deutschland überhaupt und ich will Ihnen, Herr Quast, damit Sie auch nachvollziehen können, was das bedeutet, ein Beispiel nennen. Augenärzte sind eine Disziplin ...

(Zuruf von Jan Quast SPD)

– Herr Quast, wollen Sie diskutieren oder pöbeln?

Augenärzte sind eine Gruppe, bei der immer wieder kritisiert wird, dass es nicht genügend gibt oder die Wartezeiten zu lang sind. Deshalb nehmen wir diese einmal, aber ich könnte Ihnen das auch für alle anderen Disziplinen vorrechnen. In Hamburg wären nach bundesweiten Vorgaben rechnerisch 134 Augenärzte erforderlich. Tatsächlich sind in Hamburg 146 zugelassen, das entspricht 110 Prozent. Das sagt so noch nicht viel aus. Aber ganz konkret kommt im Bundesgebiet, also in ganz Deutschland, ein Augenarzt auf 25 778 Menschen. Und nun passen Sie gut auf: In Hamburg kommt ein Augenarzt auf etwas mehr als 13 000 Einwohner. Hamburg hat am Beispiel Augenärzte eine doppelt so hohe, sprich doppelt so gute augenärztliche Versorgung.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Eva Gumbel GAL)

Diese Beispiele lassen sich wirklich beliebig fortsetzen. Hausärzte 109 Prozent, Internisten, und Sie wissen alle, dass ein Großteil der Internisten auch hausärztlich tätig ist, 161 Prozent im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. Sie haben Kinderärzte angesprochen, Frau Domres, 110 Prozent, Psychotherapeuten, es wird immer kritisiert, dass es zu wenige gibt, 132 Prozent, Chirurgen 138 Prozent; ich könnte diese Liste endlos fortsetzen, das ersparen Sie mir aber. So viel zu der Formulierung in Ihrem Antrag, dass in Hamburg rechnerisch eine Überversorgung bestehe, dies sei ein

(Harald Krüger)

Widerspruch zur Realität, deutlicher kann man es nicht ausdrücken. Hamburg ist eindeutig mit Ärzten ausgesprochen gut versorgt.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* und *Dr. Eva Gümbel*, beide GAL)

Nun gibt es in der Tat, ich gebe Ihnen durchaus recht, eine ungleiche Versorgung in den Stadtteilen. Wir haben keine gleichmäßige Versorgung, das hat übrigens auch seinen Sinn, weil Ärzte als freie Berufe natürlich dort hingehen, wo die Patienten sind und wo auch sonst die Versorgungsstruktur stimmt, also beispielsweise die Verkehrsanbindung, oder – und das ist ganz wichtig, weil es sich an die SPD richtet – wo Arbeitsbelastung und Einkommen, und ich meine ein auskömmliches Einkommen für einen Arzt, im ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Tatsache ist, dass in Hamburg, nicht nur aber auch in Hamburg, Ärzte in bestimmten Stadtteilen eine Situation vorfinden, in der sie finanziell einfach nicht oder nicht mehr auskommen können.

Ich will Ihnen dazu gerne ein Beispiel aus dem Süderelberaum, wo ich mich ganz gut auskenne, vortragen. Dort kenne ich eine Hausarztpraxis mit zwei Ärzten in einem Gebiet, in dem sie eigentlich alleine sind, wo also keine weitere Praxis ist. Das bedeutet, sie haben sehr viele Patienten, sie haben ausschließlich Patienten der GKV, also keine Selbstzahler, das heißt, sie haben viel Arbeit, keine Wettbewerbssituation und nur GKV-Einnahmen. Jedem dieser beiden Ärzte bleiben bei bis zu 2000 Scheinen, die sie pro Quartal haben, nach Abzug der Praxiskosten, Miete, Gehälter für die Arzthelferin und nach Abzug der persönlichen Steuern 1200 Euro netto zum Leben für sich und seine Familie und das bei einer besonders hohen Arbeitsbelastung. Frau Domres, das ist das Problem.

Die geforderte Aufteilung Hamburgs in mehrere Planungsbereiche würde überhaupt nicht helfen. Die Entscheidung wird übrigens ganz nebenbei nicht von uns getroffen, sondern vom Gemeinsamen Bundesausschuss. Um auf Steilshoop oder die Sandbek-Siedlung zurückzukommen: Ohne einen entsprechenden Anteil Privatpatienten kommt ein niedergelassener Arzt einfach finanziell nicht mehr über die Runden. Der Kinderarzt aus Steilshoop ist übrigens im selben Bezirk umgezogen, nämlich von Steilshoop nach Poppenbüttel. Auch bei mehreren Planungsgebieten würden Ärzte im Bereich Wandsbek vermutlich eher nach Poppenbüttel als nach Steilshoop gehen.

Das Beispiel Berlin, das Sie vorgetragen haben, ist besonders spannend, denn Berlin hat wirklich darum gekämpft, dass die Aufteilung in mehrere Planungsgebiete aufgehoben worden ist, weil erstens überhaupt keine Verbesserung der Situation eingetreten ist, weil sich Ärzte in sozial schwierigen Stadtteilen einfach nicht angesiedelt haben, weil

es aber auch zu der Absurdität gekommen ist, dass ein Arzt zum Beispiel eine höhere Miete zahlen musste und noch nicht einmal auf die andere Straßenseite wechseln und umziehen konnte, weil dort ein anderer Planungsbereich gilt. Das schreckt Ärzte ab, das würde in Hamburg passieren und so etwas nennen wir in Hamburg verschlimmbessern.

Hamburg wird deshalb ganz sicher nicht für eine Aufteilung der Stadt in mehrere Planungsbereiche antreten. Mehr Ärzte würden wir deshalb auch nicht nach Hamburg bekommen, weil die bundesweiten Bedarfszahlen weiterhin gelten, dann eben heruntergebrochen auf kleinere Bereiche. Sprechen Sie einmal mit Ihrem Herrn Professor Lauterbach, der wird nicht müde darauf hinzuweisen, dass wir in Deutschland sowieso viel zu viele niedergelassene Ärzte haben.

Ich gebe Ihnen recht, dass es finanzielle Anreize für Ärzte geben muss, aber nicht punktuell, sondern grundsätzlich. Auch wenn Frau Schmidt es anders darstellt, die Vergütung niedergelassener Ärzte ist zurzeit einfach nicht befriedigend geregelt. Immer mehr ältere Menschen und immer aufwendigere Therapien erfordern einfach mehr Geld im System, das muss man deutlich sehen. Wenn Sie etwas für Hamburg tun wollen, Frau Domres, sprechen Sie doch einmal mit Ihrer Genossin Schmidt in Berlin.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker*, *Dr. Eva Gümbel* und *Antje Möller*, alle GAL)

Zurück zur konkreten Situation. Hamburg hat ein hohes Interesse an ausgewogener Ärzteverteilung. Hilfen werden von der KV übrigens bereits jetzt gewährt, auch die geforderten Anträge für sogenannte Sicherstellungszuschläge würden durchaus von der Kassenärztlichen Vereinigung beantragt werden. Ihr Antrag hat sich in diesem Punkt schlicht erledigt, weil er gar keine Existenzberechtigung mehr hat. Aber in der Tat kommen die finanziellen Hilfen aus dem großen Topf, tun also wiederum anderen Ärzten weh und lösen das Problem überhaupt nicht.

Dort, wo es erforderlich ist, Frau Domres, werden Sonderbedarfszulassungen erteilt und diese haben den großen Vorteil, dass sie an den Stadtteil gebunden sind. Der Arzt, der mit einer Sonderbedarfszulassung nach Finkenwerder geht, kann diese eben nicht mehr mitnehmen, das gilt übrigens auch für medizinische Versorgungszentren, die zudem etwas sind, was gerade Frau Schmidt und Herr Lauterbach immer propagieren. Auch die Zulassungen an MVZs sind an den Stadtteil gebunden, können also nicht mehr mitgenommen werden. Das Problem ist nur, dass sich ein Arzt bewerben muss.

Nun komme ich zurück auf mein Beispiel Süderelbe. Es ist lange Zeit einfach nicht gelungen, einen Arzt zu finden, der bereit ist, nach Neuwiedenthal,

(Harald Krüger)

Hausbruch oder Fischbek zu gehen. Das ist erst jetzt nach monatelangen Verhandlungen geschehen. Jetzt gibt es einen Arzt und es wird in Kürze über die Sonderbedarfszulassung entschieden werden. Das gilt auch für Steilshoop, in Steilshoop tut die KV ganz viel, um einen Kinderarzt anzusiedeln. Sie übernimmt sogar die Kosten der betriebswirtschaftlichen Beratung, nur bis jetzt hat keiner der beiden Ärzte, die ein vages Interesse gemeldet haben, einen konkreten Antrag gestellt; so viel dazu. Die finanzielle Situation ist schlichtweg nicht ausreichend, ein Arzt muss erst einmal wollen, dann gibt es auch die Sonderbedarfszulassung.

Zu Ihrer dritten Forderung: Sie können doch nicht allen Ernstes fordern, dass das, was die gesetzliche Krankenversicherung zahlen muss und was originäre Aufgaben Dritter sind, in Zukunft von der Stadt bezahlt wird. Das ist schlichtweg das, was ich mit Populismus gemeint habe.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wenn Sie sich dafür einsetzen wollen, dass es in Hamburg keine Mehrklassenmedizin gibt, dann wenden Sie sich schlichtweg an Ihre Bundesgesundheitsministerin und machen ihr klar, dass Ärzte zum einen ein auskömmliches Einkommen brauchen und zum anderen von unnötiger Bürokratie entlastet werden müssen, für die sie kein Geld bekommen und die ihnen einfach Zeit stiehlt, ihre Patienten zu behandeln. Aber tun Sie mir einen Gefallen, suggerieren Sie durch schlecht recherchierte Anträge nicht den Eindruck, Hamburg sei mit Ärzten schlecht versorgt. Hamburg ist ein hervorragender Gesundheitsstandort.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn dieser Debatte noch einmal ausdrücklich sagen, dass wir das Anliegen Ihres Antrags sehr begrüßen. Auch mir ist es wichtig, dass die ärztliche Versorgung in allen Hamburger Stadtteilen sichergestellt ist, und gerade in den sozial schwächeren Stadtteilen ist die Mobilität der Bewohner häufig eingeschränkt, sodass es ihnen schwerer fällt, in weiter entfernte Praxen zu fahren.

Ich finde allerdings an dieser Stelle Ihren Antrag wenig zielführend. Wenn ich mir die Lyrik anschau, dann haben Sie zwar viele richtige Argumente, ziehen daraus aber meiner Meinung nach die falschen Schlussfolgerungen und verdrehen in vielen Fällen einfach Ursache und Wirkung. In Absatz 2 haben Sie zum Beispiel sehr gut die Ursachen des Ärztemangels in sozial schwachen Stadtteilen geschildert, nämlich die schlechten Verdienste, die ein Arzt dort gerade durch die Patienten-

struktur erzielen kann, und die hohe Arbeitsbelastung, die es gerade auch für Berufsanfänger schwer macht sich niederzulassen. Das ist alles richtig und das ist ein grundlegendes Problem, aber ich sehe, wie Herr Krüger auch schon ausgeführt hat, nicht die Möglichkeit, durch eine Aufteilung der Planungsbezirke Abhilfe zu schaffen, im Gegenteil.

Wie Sie habe ich mir auch das Beispiel Wandsbek herausgegriffen. Wenn wir uns vorstellen würden, wir würden neue Planungsbezirke schaffen und die Bezirke, wie wir sie jetzt in Hamburg haben, als Grundlage dafür nehmen, dann kann man in Wandsbek sagen, dass das Problem dort weiterhin besteht, dass ein Arzt, der vielleicht in Jenfeld war, in die Walddörfer umzieht, weil er dort bessere Arbeitsbedingungen vorfindet und es dann zu einer Unterversorgung in Jenfeld kommt. Wenn wir aber die Planungsbezirke so klein machen, dass Jenfeld ein eigener Versorgungsbezirk wird, dann ist es doch für Ärzte erst recht ein Wagnis, sich dort niederzulassen. Ich glaube, jeder Arzt würde es sich noch genauer überlegen, ob er in Jenfeld seine Praxis eröffnen möchte, wenn ihm danach überhaupt nicht mehr die Möglichkeit gegeben ist, dort wegzuziehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ein weiteres Beispiel dafür, dass Sie Ursache und Wirkung in Ihrem Antrag ein bisschen vertauschen, ist auch das Beispiel der MVZs. Sie haben selber erläutert, dass die Medizinischen Versorgungszentren nicht unbedingt an sich ein Problem darstellen, sondern vor allem die Standorte, die diese MVZs häufig wählen. Ich denke, wir sollten an die Träger appellieren, dass sie sich gerade in den sozial schwachen Brennpunkten niederlassen, weil diese MVZs nämlich gerade dort den jungen Ärzten die Chance bieten, unter besseren Bedingungen zu arbeiten und sich möglicherweise dort anzusiedeln und eine ärztliche Versorgung für die Bevölkerung sicherzustellen.

Insgesamt kann man sagen, dass der Staat den Auftrag, die ärztliche Versorgung in den Stadtteilen sicherzustellen, an die Kassenärztliche Vereinigung abgegeben hat und dies nicht mehr Aufgabe des Staates ist. Wir haben es, wie Sie erwähnt haben, selbst im Koalitionsvertrag verankert, in Gesprächen mit der Kassenärztlichen Vereinigung darauf hinzuwirken, dass diesem Auftrag nachgekommen wird. Viel weiter können unsere Eingriffe leider nicht gehen. Denn wenn man diesen Auftrag der Kassenärztlichen Vereinigung infrage stellt, dann kann man beispielsweise – das ist die eine Möglichkeit – die Rahmenbedingungen von staatlicher Seite für die Kassenärztliche Vereinigung verändern, indem man die Planungsbezirke neu aufteilt. Ich habe gerade schon erläutert, warum ich das für nicht zielführend halte. Die andere Möglichkeit ist, dass der Staat in Einzelfällen bei einem

(Linda Heitmann)

scheinbaren Versagen der Kassenärztlichen Vereinigung eingreift. Dadurch würde aber der staatliche Auftrag an die Kassenärztliche Vereinigung grundsätzlich infrage gestellt, was ich ebenfalls für nicht zielführend halte.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Sie haben in Ihrem Antrag die Instrumente der Anreize vorgeschlagen. Das sind Instrumente, die der Kassenärztlichen Vereinigung auch heute schon zur Verfügung stehen und die sie auch bereit ist, in Fällen wie beispielsweise in Steilshoop einzusetzen, genauso wie sie Bereitschaft signalisiert hat, eine Sonderzulassung zu vergeben. Aber das Grundproblem, das ist sehr deutlich, sind die Arbeitsbedingungen der Ärzte und das Problem, dass es für die Ärzte einfach unattraktiv ist, sich in diesen Stadtteilen niederzulassen, und da hilft auch das herumdoktern an den Planungsbezirken nicht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Grundsätzlich muss man einfach zugeben, dass der staatliche Handlungsspielraum durch die Abgabe dieses Auftrags an die Kassenärztliche Vereinigung extrem begrenzt ist und wir sollten uns auch als Politiker etwas zurückhalten und nicht vorgaukeln, dass wir einen Spielraum hätten, wo wir ihn nicht haben, und reine Symbolpolitik betreiben, um die Gemüter zu befriedigen. Das und nicht viel mehr ist nämlich leider dieser Antrag und deshalb lehnen wir ihn heute auch ab.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE: * Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Lieber Herr Krüger, liebe Frau Heitmann, Ihre Argumente gegen eine Neuaufteilung der Planungsbereiche überzeugen mich überhaupt nicht.

(Wolfgang Beuß CDU: Das kann ich mir vorstellen!)

Zwei-Klassen-Medizin haben wir nicht erst, wenn es eine ungerechte Verteilung vertragsärztlicher Versorgung in den Stadtteilen gibt. Zwei-Klassen-Medizin haben wir, weil es verschiedene Formen von Versicherungen gibt, die privaten und die gesetzlichen. Dieser Unterschied führt dazu, dass auf ärztliche Behandlung angewiesene Menschen unterschiedlich medizinisch betreut werden. Erst als Folge und nicht als Ursache entstehen unterschiedliche kommunale Betreuungen in Hamburg. Als Folge müssen die Ärzte und Ärztinnen, weil sie nach dem unsolidarischen Prinzip Bezahlung gegen Leistung Menschen diagnostizieren und behandeln müssen, aus ärmeren Stadtteilen fortzie-

hen. Es lässt sich eine deutliche Ungleichverteilung von Ärztinnen und Ärzten erkennen. In manchen Stadtteilen, zum Beispiel Langenbek mit 4247 Einwohnerinnen, Rönneburg mit 3144 Einwohnerinnen oder Hamm-Süd mit 3847 Einwohnerinnen und Einwohnern, gibt es weder Arzt noch Ärztin. In Blankenese und Harvestehude stehen jedoch für je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner fast sieben Ärzte und Ärztinnen zur Verfügung. Selbst ein Vergleich auf Bezirksebene zeigt noch große Unterschiede. Während in Eimsbüttel auf eine Ärztin oder einen Arzt 338 Einwohnerinnen und Einwohner kommen, sind es in Bergedorf 685. Betrachtet man ganz Hamburg, so versorgt eine Ärztin oder ein Arzt theoretisch 459 Einwohner und Einwohnerinnen und nicht etwa 182, wie der Versorgungsbericht unter Einbeziehung der psychologischen Psychotherapeutinnen vorgibt.

Wir stimmen dem Antrag der SPD daher zu, weil er die Möglichkeiten Hamburgs anspricht, vor Ort konkret etwas gegen die unterschiedliche Versorgung der Hamburger Stadtteile mit Ärzten und Ärztinnen zu tun. Ich kann dem Argument überhaupt nicht folgen zu sagen, wir hätten die Verantwortung abgegeben, also diskutieren wir darüber nicht mehr. Das ist mir zu einfach.

(Beifall bei Thomas Böwer und Dr. Mathias Petersen, beide SPD)

Es ist notwendig, dass der Hamburger Planungsbereich neu ausdifferenziert und die Möglichkeit ausgenutzt wird, Sicherstellungszuschläge zu zahlen, wie dies auch in Brandenburg oder Sachsen-Anhalt geschehen ist. Es muss in diesem Zusammenhang aber auch eine Aufteilung der Zuschläge zwischen Kassenärztlicher Vereinigung und Krankenkassen geben. Es ist nicht einzusehen, dass die Krankenkassen die Sicherstellungszuschläge allein tragen. Die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg hat zudem in 2009 gegenüber dem vergangenen Jahr 25,9 Millionen Euro mehr zur Verfügung, das ist ein Plus von 4,1 Prozent. Notwendig erscheint uns aber auch, dass der Zulassungsausschuss demnächst eine restriktivere Handhabung bei Umzügen von Haus- oder Kinderärzten und -ärztinnen prüft.

Zur Gedächtnisauffrischung: Die Fraktion DIE LINKE hatte erst im Februar in der Bürgerschaft in ihrem Antrag für eine wirksame Gesundheitswirtschaft gefordert, dass der Senat prüfen möge, ob als erster Schritt zur Verbesserung der Situation von Bewohnerinnen und Bewohnern in sozial benachteiligten Stadtteilen Hamburgs Praxisräume angemietet werden können, die er niedergelassenen Hausärztinnen und Hausärzten sowie Kinderärztinnen und Kinderärzten zur Verfügung stellt; dieser Antrag wurde abgelehnt. Dass die SPD jetzt einen Anlauf unternimmt, ist deswegen begrüßenswert und wir hoffen, dass eure Formulierungen, Genossinnen und Genossen aus der SPD,

(Kersten Artus)

(Zurufe von der CDU: Hey, hey!)

bei den Schwarzen und den Grünen vielleicht mehr Widerhall finden.

Grundsätzlich steht für uns als übergeordnetes Ziel, dass wir die Einführung einer Bürger- und Bürgerinnenversicherung fordern, die nicht mehr unterscheidet zwischen privat und gesetzlich, sondern jedem Menschen die medizinische Versorgung ermöglicht, die notwendig ist, um gesund zu bleiben. Das wäre der konsequenteste Schritt gegen die Zwei-Klassen-Medizin.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU*: Wie in der DDR!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich weiß, wie spät es ist, und werde mich deswegen kurz fassen.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Das sagen sie alle!)

Herr Krüger, Sie haben den Sinn und Zweck dieses Antrags ein bisschen falsch verstanden. Es mag richtig sein, dass im Durchschnitt mehr Ärzte in Hamburg tätig sind als es eigentlich sein müssten. Aber damit benehmen Sie sich wie jener Statistiker, der mit dem Kopf in der Bratröhre und den Füßen im Eiswasser steckend meint, im Durchschnitt fühle er sich sehr wohl. Darum geht es nicht, es geht um die Verteilung auf die einzelnen Stadtteile. Dort wird es interessant und darum geht es auch in diesem Antrag; insofern war Ihre Rede am Thema vorbei.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Frau Heitmann, der Ansatz, unser Anliegen sei gut, aber der Antrag irgendwie falsch, schreit nach einer Überweisung an den Ausschuss, damit Sie uns dort klarmachen können, wo es langgeht. Das wollen Sie aber irgendwie um alles in der Welt nicht tun. Sie werfen uns vor, wir würden Ursache und Wirkung verwechseln. Das habe ich nicht ganz verstanden, das könnten Sie uns dort erklären, das wollen Sie aber nicht. Weil die Verteilung von MVZs, Medizinischen Versorgungszentren, über Hamburg gut erfolgt, hätten wir eigentlich eine Möglichkeit gehabt, auf jemanden einwirken zu können, um das richtig zu machen. Asklepios führt solche Einrichtungen in großer Zahl ein. Wenn ich das richtig sehe, ist die Stadt immer noch mit 25,1 Prozent daran beteiligt. Tut sie etwas, damit das gut geschieht oder wäre es nicht vielleicht noch besser gewesen, die Einflussmöglichkeiten der Stadt dort besser zu belassen als sie jetzt sind? Das ist ein altes Thema, aber ich möchte es noch einmal anführen. Ohne die Krankenhäuser zu

verscherbeln, wie es passiert ist, hätten wir bessere Möglichkeiten, darauf einzuwirken, dass das gut geschieht.

(Beifall bei der SPD)

Weshalb man nicht an den Ausschuss überweisen kann, dass eine Bestandsanalyse der ambulanten Versorgung in den sozialen Brennpunkten erarbeitet wird und auf deren Grundlage zu prüfen sei, welche finanziellen Anreize geeignet sind, um eine Niederlassung von Kassenärzten in sozialen Brennpunkten zu fördern, weshalb das nicht gerade ganz ausdrücklich etwas für den Ausschuss ist, Frau Heitmann, müssten Sie mir noch einmal erklären, ich verstehe es nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN – *Wolfgang Beuß CDU*: Macht sie nach der Debatte!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/2497 an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt und ich lasse in der Sache abstimmen.

Wer den Antrag aus Drucksache 19/2497 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 64 der Tagesordnung, Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion: Integration durch Sport – ein Heimathafen für die "St. Pauli Buccaneers".

[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Integration durch Sport – ein Heimathafen für die "St. Pauli Buccaneers" – Drs 19/2593 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Kreuzmann, bitte.

Thomas Kreuzmann CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn irgendwo in der Gesellschaft etwas schief läuft, dann ist der Ruf nach dem Staat immer schnell zu hören und es wird nach Verantwortlichen gesucht. So ist es besonders erfreulich, wenn durch private Initiative und Engagement versucht wird, Probleme zu erkennen und eigenverantwortlich zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich ganz besonders darauf, Ihnen heute ein herausragendes Projekt menschlichen Einsatzes und ehrenamtlichen Handelns vorstellen zu dürfen. Dieses Projekt sind die St. Pauli Buccaneers. Einige tragende Säulen dieser Initiative kön-

(Thomas Kreuzmann)

nen wir heute ganz herzlich als unsere Gäste in der Loge begrüßen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Campino Milligan, der Coach und Trainer dieses Teams, hat sich gerade eben vorgestellt, rechts von ihm sitzt Herr Peter Schlüter, Abteilungsleiter und Jugendwart. Die Buccaneers wurden im November 2002 als Abteilung des 1. FC St. Pauli gegründet. Sie spielen American Football in der ersten Jugendliga der Leistungsklasse Nord.

(Dirk Kienscherf SPD: 1. FC St. Pauli gibt es nicht! Peinlich!)

Der Mannschaft gehören 50 männliche Jugendliche aus 18 Nationen im Alter von 14 bis 19 Jahren an. Dieses Team wird seit der Gründung von Campino Milligan, selbst einmal ein erfolgreicher Footballspieler, trainiert. Er bildet die Jugendlichen so aus, dass sie in die Lage versetzt werden, später selbst in einer Bundesliga-Mannschaft zu spielen. Der sportliche Erfolg ist aber nur ein Aspekt. Das noch wichtigere Ziel ist, Jugendliche aus allen sozialen Schichten verschiedener ethnischer Herkunft und Glaubensrichtungen in die Gesellschaft zu integrieren und sie dabei auch einander näherzubringen. Die St. Pauli Buccaneers sind ein innovatives Förderprogramm zur Verminderung von Jugendkriminalität. Es werden Jugendliche angesprochen, die auf die schiefe Bahn zu geraten drohen, denn in seiner Mannschaft hat Campino einige schwarze Schafe, Jugendliche, die schon kriminell wurden oder in den Sog von Jugendbanden gerieten. Von ihm und seinen Trainerkollegen wurden die Jugendlichen von der Straße geholt und absolvieren seitdem ein hartes Training.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Alltag dieser Jugendlichen war vorher gekennzeichnet von wenigen Worten, vielen Muskeln und eigenen Gesetzen. Sie waren Mitglieder von Jugendbanden und kannten kein Erbarmen, ihr Weg schien klar: kaputte Kindheit, Kriminalität und Knast. Heute kämpfen sie gegen andere Gegner. Die Jugendlichen werden bei den Buccaneers nur aufgenommen, wenn sie akzeptieren, dass Regeln eingehalten werden müssen, die Teilnahme am harten Mannschaftssport verlangt Disziplin. Der Trainer, der selbst unter harten sozialen Bedingungen aufwuchs, will mehr als nur sportlichen Erfolg für sein Team. Er erwartet von seinen Spielern in der Schule oder der Ausbildung dasselbe Engagement wie auf dem Platz. Die Arbeit lohnt sich auch sportlich, die St. Pauli Buccaneers haben sich in der Saison 2008 ganz nach oben gespielt. 15 Spieler sind in der Hamburger Jugendauswahl – ich hoffe, die Zahl stimmt noch –, zwei im Kader der Jugendnationalmannschaft und einer von ihnen wurde im Jahr 2008 zu Europas bestem Spieler auf seiner Position gewählt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der gemeinsame Sport schafft für diese Jugendlichen ein Wir-Gefühl und lehrt sie Teamplay. Diese positive Erfahrung aus dem Sport hilft ihnen auch, die Regeln der Gesellschaft oder der Schule zu akzeptieren und zu befolgen. Der Sport ermöglicht den Jugendlichen nicht nur eine sinnvolle Freizeitgestaltung und verhindert somit Jugendkriminalität aus Langeweile, sondern schafft auch eine Integration in ein festes soziales Netz. Die Buccaneers bieten darüber hinaus auch Ernährungsberatung, Aufklärung zum Thema Drogen, allgemeine Fitness durch Kraft- und Ausdauertraining sowie Hausaufgabenhilfe und Unterstützung bei der Jobsuche. Diese erfolgreiche Jugendarbeit möchten die Buccaneers weiter ausbauen und mehr Jugendliche erreichen. Zur Festigung des Gesamtprojekts sollen zwei weitere Gruppen aufgebaut werden. Mit einer Cheerleadergruppe soll das erfolgreiche Konzept auch weiblichen Jugendlichen zugänglich gemacht werden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Mit einem highschoolähnlichen Konzept soll eine Betreuung durch Lehrerinnen und Lehrer organisiert werden und dies sind nur einige Pläne für die zukünftige Entwicklung.

Meine Damen und Herren! Eine Gesellschaft und ihr erfolgreicher Fortbestand wird sich immer an dem persönlichen und ehrenamtlichen Einsatz ihrer Mitglieder für andere Menschen messen lassen müssen. Es sind nicht die staatlichen Interventionen, die zur Verfügung gestellten Mittel oder die Regulierungen und Sanktionsmaßnahmen, die der Indikator für eine humane Gesellschaft sind, sondern vielmehr der persönliche Einsatz jedes einzelnen, der anderen in der Not aus der Not hilft.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Alles in allem kann man den Verantwortlichen nur seinen Dank für ihre Arbeit aussprechen. Ich möchte die anwesenden Buccaneers bitten, den Dank auch den anderen Mitgliedern auszurichten.

(Beifall bei der CDU und der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die Arbeit der Buccaneers hat sich in sozialen Brennpunkten fest etabliert. Damit dies aber auch deutlich wird, brauchen die Buccaneers einen festen Heimathafen. Sie brauchen eine feste geeignete Sportfläche für das Training und die Heimspiele und geeignete Räumlichkeiten für ihre sozialen Aktivitäten außerhalb des Footballspiels. Dieser eigene Platz, in der Football-Sprache das Homefield, soll für Spieler und Fans identitätsstiftend sein. In der Vergangenheit mussten die Buccaneers ihre Heimspiele teilweise in Neumünster oder Braunschweig auf gegnerischen Plätzen ausrichten. Man stelle sich einmal vor, der HSV müsste seine Heimspiele in München absolvieren.

(Thomas Kreuzmann)

(Wolfgang Beuß CDU: Würden wir immer gewinnen!)

– Würden wir immer gewinnen, genau.

Das eigene Homefield soll aber auch helfen, die soziale Arbeit mit den sportlichen Erfolgen zu refinanzieren.

Mit diesem Antrag möchten wir den Senat und die zuständigen Fachbehörden auffordern, die St. Pauli Buccaneers bei der Suche zu unterstützen. Kurzfristig soll ein Sportplatz für den laufenden Spielbetrieb gefunden werden. Mittel- und langfristig benötigen die Freibeuter eine Fläche für den Sport und Räumlichkeiten für Meetings und Nachhilfeunterricht zur Erfüllung der sozialen Ziele im Rahmen ihrer Jugendarbeit. Wir erwarten gespannt den Bericht des Senats über das Ergebnis der Suche.

Lassen Sie mich zum Schluss an dieser Stelle dafür werben, dass man diese Initiative auch individuell unterstützen kann. Wer aus diesem Hause von dem Projekt genauso begeistert und ergriffen ist wie ich, kann sich am Partnerschaftsprogramm der Buccaneers beteiligen. Für nur 300 Euro kann ein weiterer Spieler, der sich teilweise nicht einmal eine Fahrkarte für die Hochbahn leisten kann, mit der benötigten Grundausstattung versorgt werden; ein Jugendlicher mehr, dem eine sinnvolle Beschäftigung ermöglicht wird.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich den Worten Erich Kästners anschließen und meiner Anerkennung noch einmal Ausdruck verleihen und auch Sie dazu ermuntern, sich an dem Partnerschaftsprogramm zu beteiligen.

"Es gibt nichts Gutes außer: Man tut es."

– Danke schön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Koeppen.

Martina Koeppen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind sehr erfreut, Herr Kreuzmann, über das, was Sie eben gesagt haben. Allerdings fehlt uns in der Drucksache doch ein Datum, bis wann diese Prüfung abgeschlossen sein soll.

(Wolfgang Beuß CDU: Das machen wir nie!)

– Das ist leider das Problem, dass Sie das nie machen.

Aber die Entscheidung, die die 50 bis 60 Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 19 Jahren getroffen haben, die aus 20 Nationen stammen, lautet: American Football oder Kriminalität. Die Jungen der St. Pauli Buccaneers haben sich entschieden. Früher waren wir Schläger, heute sind wir Sieger. Sie trainieren

lieber viermal in der Woche und absolvieren am Wochenende ihre Punktspiele, als auf der Straße zu leben, und sind obendrein noch sehr erfolgreich.

Mehrere Spieler sind in der Hamburger Auswahl oder spielen in der Nationalmannschaft. In der letzten Saison haben die St. Pauli Buccaneers zusammen mit den Young Blue Devils den ersten Platz in der Tabelle erreicht. Aber sie sind nicht nur auf dem Spielfeld erfolgreich, die Rückfallquote der Jugendlichen, die sich früher für die Kriminalität entschieden hatten, liegt bei 0 Prozent.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ihnen wird eine Perspektive für ihr Leben geboten, Ausbildungsplätze oder sogar die Karriere als Football-Profi. Aber es sind Sieger ohne Heimathafen, die ihre Heimspiele teilweise in Neumünster oder Braunschweig austragen müssen.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

So trainieren die St. Pauli Buccaneers zweimal wöchentlich auf einer Grünfläche am Steinwiesenberg in Eidelstedt. Dies ist keine Sportfläche, sondern ein Grünstreifen zwischen den Sportplätzen und der BAB A 7. Dabei wollen die St. Pauli Buccaneers nur einen Heimathafen, eine feste Sportstätte mit Kunstrasen und einem Gebäude, in dem sie die Theorie des Spiels erlernen und auch Hausaufgabenhilfe angeboten bekommen.

Die Tatsache, dass Jugendliche vor der Wahl stehen müssen Football oder Kriminalität, ist für Hamburg schlimm genug. Andere Städte zeigen uns, wie es geht. So gibt es in Paris das gleiche Projekt mit der Footballmannschaft Paris Flash. Für dieses erfolgreiche Projekt wurde von der Stadt Paris eigens eine Sportanlage gebaut.

(Wolfgang Beuß CDU: Das sind ja Dimensionen!)

– Daran können Sie sich einmal messen lassen.

Es muss einfach eine Selbstverständlichkeit sein, dass solche sozial engagierten Projekte unterstützt werden und nicht nur, weil sie den Budnianser-Hilfe-Preis erhalten haben.

(Beifall bei der SPD)

Für den Senat scheint diese Förderung aber keine Selbstverständlichkeit zu sein, denn sonst hätten wir heute nicht diesen Antrag auf der Tagesordnung. Dann wären auch die Gelder für Kids in die Clubs schon bewilligt und würde bei der Übertragung der Lehrschwimmbecken an die Vereine keine Finanzlücke von über 600 000 Euro klaffen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die SPD-Fraktion möchte sich an dieser Stelle beim Chefcoach der St. Pauli Buccaneers, Cam-

(Martina Koeppen)

pino Milligan, für seinen ehrenamtlichen Einsatz bedanken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir werden dem Antrag, den St. Pauli Buccaneers einen Heimathafen zu geben, zustimmen und hoffen ganz inständig, dass Prüfen auch Fördern und Unterstützen heißt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Eva Gümbe* GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Becker.

Horst Becker GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nun bin ich in der schwierigen Situation, dass die Vorredner mir im Prinzip schon alles weggenommen haben, was ich selber sagen wollte.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das waren zwei wirklich sehr gute Beiträge. Die Initiative der CDU-Fraktion, des Kollegen Kreuzmann, haben wir, als wir sie hörten, sehr gerne aufgegriffen, weil ich voller Bewunderung für Ihr Projekt bin, Herr Milligan. Das habe ich auch vorher, als ich Sie kennenlernte, zum Ausdruck gebracht. Es ist ein Projekt, in dem Integration und Prävention wirklich auf vorbildliche Art und Weise verbunden werden durch jemanden, der das mit Erfahrung macht, der mit Gewicht und Autorität den Jungen klarmachen kann, dass sie stolz und selbstbewusst sein können, wenn sie sich an Regeln halten und wenn sie lernen, sich zu quälen für ein Ziel, das sie gern erreichen möchten. Das ist etwas, was wir teilweise mit sehr teuren Dienststellen, die wir über Steuergelder finanzieren, auf diese Weise nicht erreichen können und das ist wirklich eine sehr beachtliche Leistung.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Dr. Monika Schaal* SPD)

Insoweit macht es natürlich Sinn, dass möglichst in innerstädtischer Lage eine Fläche gefunden wird, wo trainiert wird, wo auch Spielbetrieb stattfinden kann und wo vielleicht auch ein Gebäude ist, das nicht nur zum Umziehen geeignet ist, sondern in dem auch Räume für Sozialberatung, Drogenberatung und Schularbeitenhilfe sind.

Wie wir aber alle wissen, haben wir eine angespannte Lage, was die Flächen betrifft. Deswegen ist dies auch wohlweislich als Prüfauftrag formuliert. Ich bin genauso gespannt wie Sie alle, was es ergeben wird. Wir können das nur voll unterstützen. Von der Sache her ist es gerechtfertigt und es wäre außerordentlich wünschenswert, wenn wir diesen Heimathafen finden würden und ich hoffe, wir werden ihn finden. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin, obwohl ich die näheren Bedingungen nicht kenne, auch davon überzeugt, dass wir es hier mit einem herausragenden Projekt zu tun haben in Hinsicht auf sozialpädagogische Arbeit und Integration. Insofern wird es Sie nicht weiter wundern, dass wir selbstverständlich Ihrem Antrag zustimmen. Ich fände es, wie Frau Koeppen schon gesagt hat, ganz gut, wenn Sie sich zu einer zeitlichen Befristung durchringen könnten, weil diese Prüfaufträge zeitnah abgearbeitet werden sollten.

Herr Becker hat aber zu Recht darauf hingewiesen – das sei mir als kritische Note gestattet –, dass wir in der Stadtmitte bestimmte Flächenprobleme haben. Das ist ein Punkt, der mich, Herr Kreuzmann, bei Ihrem Antrag doch irritiert, weil ich Ihnen aus meiner Praxis zwei oder drei kleinere Sportvereine nennen könnte – ich habe nun einmal den Wahlkreis Mitte und wohne da –, die sicherlich nicht so herausragende Leistungen haben in sportlicher Hinsicht und in der Integration, wo es aber im Kleinen genau dieselben Vorgänge gibt. Wir haben im Bezirk Hamburg-Mitte überall das Problem, dass wir keine Sportplätze oder keine vernünftige Organisation für Hallen haben. Wenn Sie sich einmal meine Kleinen Anfragen dazu ansehen oder auch die Aktivitäten im Hinblick auf das Bezirksamt Hamburg-Mitte, dann wissen Sie, dass wir hier wirklich ein großes Problem haben.

Ich fände es jedenfalls gut, wenn Ihr hervorragendes Beispiel auch dazu führen könnte, dass Sie insgesamt einmal den Senat ermutigen könnten, was das Problem der Turnhallenbelegung und die Belegung von Sportplätzen angeht speziell im Bezirk Hamburg-Mitte, eine generelle Lösung zu finden.

Wir kommen nicht weiter, wenn wir uns immer nur auf herausragende Projekte beziehen, sondern wir sollten auch den Blick dafür behalten, dass es eine Reihe von kleineren Vereinen gibt, die die gleiche dramatische Situation haben. Sie hätten auch gerne wenigstens einen festen Platz, geschweige denn Unterkunftsmöglichkeiten, in denen sie ihr Büro unterbringen und Aufgabenbetreuung leisten könnten.

Das ist jetzt nicht gegen dieses Projekt ausgespielt. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir hier einen viel größeren Handlungsbedarf zumindest für den Bezirk Hamburg-Mitte haben. Ich hoffe, dass das der Einstieg in eine generelle Bewegung ist, in diesem Bereich einiges mehr zu tun. – Danke.

(Dr. Joachim Bischoff)

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte den gemeinsamen Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/2593 annehmen? Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 66, Drucksache 19/2595 in der Neufassung, Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion: Erweiterung der sozialtherapeutischen Abteilung im Jugendstrafvollzug.

[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Erweiterung der sozialtherapeutischen Abteilung im Jugendstrafvollzug – Drs 19/2595 (Neufassung) –]

Die Debatte entfällt einvernehmlich.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/2595 Neufassung an den Rechtsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Wer möchte den gemeinsamen Antrag aus der Drucksache 19/2595 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 59, Drucksache 19/2495, Antrag der SPD-Fraktion: Das Hamburgische Petitionsrecht bürgerfreundlicher gestalten durch Einführung der elektronischen Eingabe.

[Antrag der Fraktion der SPD: Das Hamburgische Petitionsrecht bürgerfreundlicher gestalten durch Einführung der elektronischen Eingabe (E-Eingabe) – Drs 19/2495 –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Eingabenausschuss überweisen. Die SPD-Fraktion möchte die Drucksache mitberatend an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen. Eine Aussprache findet einvernehmlich nicht statt. Wir kommen gleich zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/2495 an den Eingabenausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer möchte die Drucksache mitberatend an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 5, Drucksachen 19/2458 bis 19/2460: Berichte des Eingabenausschusses.

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drs 19/2458 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drs 19/2459 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drs 19/2460 –]

Zunächst Bericht 19/2458, Ziffer 1.

Hier sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Von den Ziffern 2 bis 5 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Bericht 19/2459.

Wer möchte den Empfehlungen folgen, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 614/08 und 776/08 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer möchte das in Ziffer 2 enthaltene Ersuchen beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Bericht 19/2460, Ziffer 1.

Hier sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte so abstimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Die Kenntnisnahmen der Ziffern 2 und 3 sind erfolgt.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie in einer Neufassung erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

*Siehe Anlage Seite 1535

(Präsident Berndt Röder)

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung unter C an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 7, Drucksache 19/1882, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Konzepte zur ambulanten Versorgung für Menschen mit Behinderung.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Konzepte zur ambulanten Versorgung für Menschen mit Behinderung
– Drs 19/1882 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen.

Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Dann wird die Besprechung für die Sitzung am 22. und 23. April dieses Jahres vorgesehen.

Tagesordnungspunkt 14, Drucksache 19/2056, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Koalitionsvorhaben in der Zuständigkeit der Sozialbehörde: Tricksen, Täuschen, Verbergen – die Geheimniskrämerei von Senator Wersich.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Koalitionsvorhaben in der Zuständigkeit der Sozialbehörde: Tricksen, Täuschen, Verbergen – die Geheimniskrämerei von Senator Wersich
– Drs 19/2056 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen.

Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Dann ist die Besprechung für den 22. und 23. April 2009 vorzusehen.

Tagesordnungspunkt 15, Drucksache 19/2066, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Konzept für den Verkehr im Hafen und auf den Elbinseln Veddel/Wilhelmsburg.

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:
Konzept für den Verkehr im Hafen und auf den Elbinseln Veddel/Wilhelmsburg
– Drs 19/2066 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Dann wird die Besprechung ebenfalls für die Sitzung am 22. und 23. April 2009 vorgesehen.

Tagesordnungspunkt 35, Drucksache 19/2401, Bericht des Rechtsausschusses: Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes.

**[Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksache 19/1814:
Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (Senatsantrag)
– Drs 19/2401 –]**

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an und möchte das Siebte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes aus der Drucksache 19/1814 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen?

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 36, Drucksache 19/2158, Bericht des Schulausschusses: Rettung der reformierten gymnasialen Oberstufe – Modernisierung statt Abschaffung des bewährten Leistungs- und Grundkurssystems.

**[Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 19/443:
Rettung der reformierten gymnasialen Oberstufe – Modernisierung statt Abschaffung des bewährten Leistungs- und Grundkurssystems (Antrag der SPD-Fraktion)
– Drs 19/2158 –]**

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen.

Tagesordnungspunkt 41, Drucksache 19/2424, Bericht des Wirtschaftsausschusses: Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Vergabegesetzes.

[Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Drucksache 19/1743:

(Präsident Berndt Röder)

**Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Ver-
gabegesetzes (Antrag der SPD-Fraktion)**
– Drs 19/2424 –]

Wer möchte der Empfehlung des Wirtschaftsaus-
schusses folgen? – Gegenstimmen? – Stimment-
haltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 44, Drucksache 19/2464, Be-
richt des Stadtentwicklungsausschusses: 103. Än-
derung des Flächennutzungsplans und 88. Än-
derung des Landschaftsprogramms für die Freie und
Hansestadt Hamburg, Grün- und Wohnbauflächen
an der Holtenklinker Straße in Bergedorf.

**[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses
über die Drucksache 19/1632:**

**103. Änderung des Flächennutzungsplans für
die Freie und Hansestadt Hamburg (Grün- und
Wohnbauflächen an der Holtenklinker Straße in
Bergedorf)**

**88. Änderung des Landschaftsprogramms für
die Freie und Hansestadt Hamburg (Grün- und
Wohnbauflächen an der Holtenklinker Straße in
Bergedorf) (Senatsantrag)**

– Drs 19/2464 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen?
– Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist
einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 49, Drucksache 19/2598, Be-
richt des Innenausschusses: Ausweispflicht und in-
dividuelle Kennzeichnung von Polizeibediensteten,
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE für ein Ge-
setz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der
öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

**[Bericht des Innenausschusses über die Druck-
sache 19/1255:**

**"Ausweispflicht und individuelle Kennzeich-
nung von Polizeibediensteten"**

**Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE für ein
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz
der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG)**
(Antrag der Fraktion DIE LINKE)

– Drs 19/2598 –]

Wer möchte der Empfehlung des Innenausschus-
ses folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltun-
gen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen ein-
stimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 58, Drucksache 19/2494, An-
trag der SPD-Fraktion: Einrichtung einer Ombuds-
stelle bei der team.arbeit.hamburg – Verbesserung
des Beschwerdemanagements.

[Antrag der Fraktion der SPD:

**Einrichtung einer Ombudsstelle bei der
team.arbeit.hamburg – Verbesserung des Be-
schwerdemanagements**

– Drs 19/2494 –]

Wer möchte dem Antrag zustimmen? – Gegen-
stimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehr-
heitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 62, Drucksache 19/2510, An-
trag der GAL-Fraktion: Verbesserung der Ver-
kehrsleistung der S3 und S31.

[Antrag der Fraktion der GAL:

**Verbesserung der Verkehrsleistung der S3 und
S31**

– Drs 19/2510 –]

Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Gegen-
stimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstim-
mig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 63, Drucksache 19/2592, An-
trag der GAL- und der CDU-Fraktion: Sport statt
Gewalt: Ein Skateplateau für St. Pauli und die
Neustadt.

[Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:

**Sport statt Gewalt: Ein Skateplateau für
St. Pauli und die Neustadt**

– Drs 19/2592 –]

Wer möchte dem Antrag zustimmen? – Gegen-
stimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstim-
mig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 65, Drucksache 19/2594 in
der Neufassung, Antrag der CDU- und der
GAL-Fraktion: Entwicklung eines Konzepts zur
Verringerung CO₂-intensiver Abfalltransporte bei
der Müllverbrennungsanlage Rugenberger Damm
unter besonderer Berücksichtigung der Hafenlage.

[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:

**Entwicklung eines Konzepts zur Verringerung
CO₂-intensiver Abfalltransporte bei der Müllver-
brennungsanlage Rugenberger Damm unter
besonderer Berücksichtigung der Hafenlage**

– Drs 19/2594 (Neufassung) –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an
den Umweltausschuss überweisen.

Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen?
– Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abge-
lehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Wer möchte
den gemeinsamen Antrag der CDU- und
GAL-Fraktion annehmen? – Gegenstimmen?
– Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so be-
schlossen.

Tagesordnungspunkt 67, Drucksache 19/2596, An-
trag der CDU-Fraktion: Infrastrukturprojekte des
Masterplans Industrie.

[Antrag der Fraktion der CDU:

Infrastrukturprojekte des Masterplans Industrie

(Präsident Berndt Röder)

– Drs 19/2596 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen.

Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 19/2596 annehmen? – Gegenstimmen?

– Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Die Sitzung ist beendet.

Ende: 21.20 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Elisabeth Baum, Martina Gregersen, Rolf-Dieter Klooß und Hans Lafrenz

Anlage 1(siehe Seite **1509**)**Namentliche Abstimmung****über den Bericht des Haushaltsausschusses zum Thema****"Sachstandsbericht zur HSH Nordbank" (Selbstbefassungsangelegenheit) sowie über die Drucksache 19/2428: HSH Nordbank: Strategische Neuausrichtung (Senatsantrag)****Drucksache 19/2617**

Name	Abstimmungsergebnis
Barbara Ahrons	Ja
Kersten Artus	Nein
Elke Badde	Ja
Jan Balcke	Ja
Horst Becker	Ja
Ksenija Bekeris	Ja
Wolfgang Beuß	Ja
Dr. Joachim Bischoff	Nein
Christiane Blömeke	Ja
Olaf Böttger	Ja
Thomas Böwer	Ja
Ole Thorben Buschhüter	Ja
Wilfried Buss	Ja
Bernd Capeletti	Ja
Bülent Ciftlik	Ja
Alexandra Dinges-Dierig	Ja
Gabi Dobusch	Ja
Anja Domres	Ja
Dr. Andreas Dressel	Ja
Dieter Dreyer	Ja
Barbara Duden	Ja
Ingo Egloff	Ja
Gunnar Eisold	Ja
Hartmut Engels	Ja
David Erkalp	Ja
Britta Ernst	Ja
Thomas Felskowsky	Ja
Lydia Fischer	Ja
Dr. Friederike Föcking	Ja
Günter Frank	Ja
Egbert von Frankenberg	Ja
Marino Freistedt	Ja
Jörn Frommann	Ja
Hanna Gienow	Ja
Thies Goldberg	Ja

Name	Abstimmungsergebnis
Jens Grapengeter	Ja
Andy Grote	Ja
Uwe Grund	Ja
Nebahat Güclü	Ja
Dr. Eva Gümbel	Ja
Micael Gwosdz	Ja
Norbert Hackbusch	Nein
Metin Hakverdi	Ja
Jörg Hamann	Ja
Rolf Harlinghausen	Ja
Heiko Hecht	Ja
Robert Heinemann	Ja
Roland Heintze	Ja
Linda Heitmann	Ja
Klaus-Peter Hesse	Ja
Dora Heyenn	Nein
Dr. Natalie Hochheim	Ja
Jens Kerstan	Ja
Dirk Kienscherf	Ja
Thilo Kleibauer	Ja
Martina Koeppen	Ja
Karen Koop	Ja
Thomas Kreuzmann	Ja
Anne Krischok	Ja
Wolfgang Joithe - von Krosigk	Nein
Harald Krüger	Ja
Rüdiger Kruse	Ja
Philipp-Sebastian Kühn	Ja
Dr. A. W. Heinrich Langhein	Ja
Gerhard Lein	Ja
Dittmar Lemke	Ja
Bettina Machaczek	Ja
Brigitta Martens	Ja
Dr. Lutz Mohaupt	Ja
Antje Möller	Ja
Stephan Müller	Ja
Farid Müller	Ja
Wolfgang Müller-Kallweit	Ja
Arno Münster	Ja
Michael Neumann	Ja
Olaf Ohlsen	Ja
Dr. Christel Oldenburg	Ja

Name	Abstimmungsergebnis
Aygül Özkan	Ja
Dr. Mathias Petersen	Ja
Wolfhard Ploog	Ja
Jan Quast	Ja
Ties Rabe	Ja
Berndt Röder	Ja
Hans-Detlef Roock	Ja
Wolfgang Rose	Ja
Andrea Rugbarth	Ja
Dr. Monika Schaal	Ja
Dr. Martin Schäfer	Ja
Jana Schiedek	Ja
Frank Schira	Ja
Stefan Schmitt	Ja
Christiane Schneider	Nein
Birgit Schnieber-Jastram	Ja
Sören Schumacher	Ja
Karl Schwinke	Ja
Richard Seelmaecker	Ja
Viviane Spethmann	Ja
Dr. Dorothee Stapelfeldt	Ja
Hjalmar Stemann	Ja
Birgit Stöver	Ja
Carola Thimm	Ja
Elke Thomas	Ja
Juliane Timmermann	Ja
Karin Timmermann	Ja
André Trepoll	Ja
Dr. Peter Tschentscher	Ja
Carola Veit	Ja
Thomas Völsch	Ja
Kai Voet van Vormizeele	Ja
Andreas Waldowsky	Ja
Andreas C. Wankum	Ja
Karl-Heinz Warnholz	Ja
Jenny Weggen	Ja
Ekkehart Wersich	Ja
Monika Westinner	Ja
Mehmet Yildiz	Nein

Anlage 2**NEUFASSUNG****Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO****für die Sitzung der Bürgerschaft am 1. April 2009****A. Kenntnisaufnahmen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
8	1883	Wohnheimsituation für Studierende in Hamburg
12	2047	Sicherungsverwahrung
27	2427	Unterrichtung: Beitritt des Ersten Bürgermeisters zur Initiative „Mayors for Peace“
32	2177	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 01.10.2008 Deutschkurse für geduldete Flüchtlinge – Drs. 19/1123
33	2597	Antrag der Fraktionen der CDU und GAL vom 26.11.2008 "Teilnahme des Hamburger Rathauses an der 'Langen Nacht der Museen'" – Drs. 19/1646
34	2157	Bericht des Rechtsausschusses
37	2199	Bericht des Schulausschusses
38	2544	Bericht des Schulausschusses
40	2198	Bericht des Wirtschaftsausschusses
42	2588	Bericht des Wirtschaftsausschusses
43	2430	Bericht des Sozial- und Gleichstellungsausschusses
47	2511	Bericht des Wissenschaftsausschusses
48	2535	Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses
50	2599	Bericht des Innenausschusses
51	2600	Bericht des Innenausschusses
53	2567	Bericht des Europaausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
11	1993	Zwischengeschlechtliche Menschen	LINKE	Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz
17	2138	Lärmschutz in Diskotheken, Tanzbetrieben und weiteren Veranstaltungsorten mit (Live-)Musik	GAL	Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz
23	2413	Zwischengeschlechtliche Menschen	SPD	Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz

25	2574	Haushaltsplan 2009/2010 – Haushaltsjahr 2009 – Einzelplan 1.1 Senat Deutscher Evangelischer Kirchentag 2013 in Hamburg hier: Nachbewilligung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 7,5 Mio. Euro beim Titel 1100.684.04 (neu) "Zuschuss zur Durchführung des Deutschen Evangelischen Kirchentages 2013 in Hamburg"	SPD	Haushaltsaus- schuss
26	2100	Beteiligungsbericht 2007	SPD	Haushaltsaus- schuss
28	2532	Bericht über die Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung 2008 zur Erhebung eines Migrationshintergrundes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hamburgischen Verwaltung	SPD	Sozial- und Gleichstellungs- ausschuss
29	2534	Feststellung des Senats über das Zustandekommen eines Volksbegehrens hier: Volksbegehren „Mehr Demokratie - Ein faires Wahlrecht für Hamburg“	Inter- fraktio- nell	Verfassungs- und Bezirksausschuss
30	2153	Jahresbericht 2009 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2007	SPD	Haushaltsaus- schuss
31	2154	Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2007	SPD	Haushaltsaus- schuss
56	2419	Weiterentwicklung des Planetariums im Stadtpark - besseres und günstigeres Konzept umsetzen	SPD	Kultur-, Kreativ- wirtschafts- und Tourismusauss- schuss
60	2496	Umstieg fördern - vergünstigte HVV-Wochenendtickets	GAL	Stadtentwicklungs- ausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlungen

TOP	Drs- Nr.	Ausschuss	Gegenstand
39	2545	Schulausschuss	Praktiker-Qualifizierung ausweiten
45	2484	Stadtentwicklungs-aus- schuss	104. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Gemischte Bauflächen und HafenCity Universität östlich des Magdeburger Hafens sowie Elbphilharmonie in der HafenCity) 89. Änderung des Landschaftsprogramms einschließlich Arten- und Biotopschutzprogramm für die Freie und Hansestadt Hamburg (Bauflächen östlich des Magdeburger Hafens in der HafenCity)
46	2483	Sportausschuss	Entwicklungsschwerpunkte der Sportstadt Hamburg und Änderungsantrag zu Drs. 19/1905 Entwicklungsschwerpunkte der Sportstadt Hamburg